

DAS PARLAMENT

Nr. 45 | Berlin, 02. November 2024 | 74. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



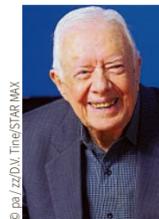
Da wollen sie rein: Das Weiße Haus in Washington D.C. ist Amts- und offizieller Regierungssitz des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

© picture-alliance/dpa/Patrick van Katwijk

KOPF DER WOCHE

Elder Statesman

Jimmy Carter Als der heute 100-Jährige am 20. Januar 1977 den Amtseid des amerikanischen Präsidenten ablegte, war Kamala Harris gerade einmal zwölf Jahre



jung und Donald Trump 30 Jahre alt. Der älteste noch lebende Präsident und frühere Gouverneur von Georgia trat das Amt in einer Zeit an, in der sein Land noch von der „Watergate“-Affäre tief verunsichert war. Dem einstigen Erdnussfarmer Carter gelangen einige friedenspolitische Initiativen; in seine Amtszeit fielen aber auch eine Ölpreiskrise, der Reaktorunfall von Harrisburg, der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan und die islamistische Revolution im Iran. Die Wähler goutierten ihm das nicht. Bei der Wahl 1980 unterlag er seinem republikanischen Herausforderer Ronald Reagan krachend. Er blieb politisch aktiv und setzte sich für Menschenrechte und Frieden ein. Dafür erhielt er 2002 den Friedensnobelpreis. scr

US-Wahlen

Die Welt schaut auf Amerika

Ob Donald Trump oder Kamala Harris - Deutschland und Europa müssen sich auf schwierige Partner einstellen

In Deutschland neigt man dazu, Kamala Harris und Donald Trump als Gegensätze zu sehen mit unterschiedlichen Weltbildern. Das kann zu falschen Erwartungen verführen, was von der Einen und was von dem Anderen international zu erwarten sei. Gewiss macht es einen Unterschied für Deutschland und Europa, wer von beiden in den nächsten vier Jahren den Kurs der Weltmacht bestimmt. Aber bei einigen für Deutschland und Europa wichtigen Fragen gibt es einen lagerübergreifenden Konsens in den USA. Das wird in Europa häufig nicht wahrgenommen.

Europa sollte fähig sein, selbst für seine Sicherheit zu sorgen

Zu dem übergreifenden Konsens gehört die – keineswegs neue – Erwartung, dass die Verbündeten nicht nur mehr militärische Verantwortung übernehmen, sondern grundsätzlich fähig sein müssen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Auch ohne Hilfe der USA, denn die wollen ihre Ressourcen stärker auf die Verbesserung des Alltags der US-Bürger sowie international auf die Konflikte in Asien und im Pazifik konzentrieren. Das gilt auch für den Krieg in der Ukraine, ein Regionalkonflikt aus US-Sicht. Europa sollte aus eigener Kraft mit Wladimir Putins Russland fertig werden können und das gewünschte Ziel erreichen: den Rückzug der Russen aus allen besetzten Gebieten. Schließlich sei die Wirtschaftskraft der EU sieben Mal so groß wie die russische, sagen Experten in den

USA. Und ein Sieg wäre wichtig, denn der Ausgang hat Signalwirkung für Chinas Kalkül, ob es sich die gewaltsame Annexion Taiwans leisten kann.

Die Generationen Harris und jünger blicken anders auf die Welt

Anders als in früheren Jahrzehnten, als Europa noch nicht so reich war wie heute, gibt es aus Sicht der Amerikaner keine guten Argumente, warum die USA den Großteil der Nato finanzieren. Diese Allianz schützt Europa. Die Europäer sollten den höheren Kostenanteil tragen. Als gewiss darf gelten: Zögen die USA das Bestandsversprechen zurück, würde es teurer für Europa. Zwei Prozent vom BIP für Verteidigung reichten dann vermutlich nicht mehr. Es müssten eher sechs Prozent sein, um die Versäumnisse aufzuholen. Joe Biden wird wohl der letzte Präsident sein, der durch das Denken der „Greatest Generation“ geprägt wurde. Die hat den Zweiten Weltkrieg persönlich erlebt und verinnerlicht, dass es keine gute Idee ist, wenn die USA Europa sich selbst überlassen. Und dass eine Weltmacht mit Verbündeten besser dasteht. Die Generationen Kamala Harris (60) und jünger blicken anders auf die Welt – und nicht mehr so väterlich wie Biden auf Deutschland und Europa. In der internationalen Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik ist „America First“ die allgemeine Devise. Trump hat die Republikaner, die früher Freihändler waren, auf Protektionismus eingeschworen. Die De-

mokraten neigten schon immer dazu. Da wird keine große Rücksicht auf die Verbündeten, ihre Interessen und WTO-Prinzipien genommen. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Kandidaten: Wie Trump mit Verbündeten umgeht, weiß man aus der ersten Amtszeit: Er erklärte die Nato für obsolet, verhängte Strafzölle auf Aluminium und Stahl aus Europa, drohte Deutschland mit Sanktionen wegen der Gasgeschäfte mit Russland und flirtete selbst mit Diktator Wladimir Putin. Im Handelskonflikt mit China verlangte er den Schulterchluss.

Mit Trump würden alle Konflikte zurückkehren – nur verschärft

Gewinnt Trump, kehren alle transatlantischen Konflikte verschärft zurück. Diesmal käme er nicht unvorbereitet ins Amt. Konservative Thinktanks planen seit Monaten, wer zügig welche Schlüsselpositionen besetzen soll, damit die zweite Amtszeit effizienter verläuft als die erste. Damals klagte er über den Widerstand aus dem „tiefen Staat“. Den will er nun zügig brechen. Zudem will er die Unterstützung der Ukraine reduzieren. Kamala Harris würde im Großen und Ganzen Joe Bidens Kurs fortsetzen, aber mehr Druck ausüben, damit die Europäer tun, was sie schon seit Jahren versprechen: sicherheitspolitische Selbstverantwortung statt Trittbrettfahrerei. In der ökonomischen Rivalität mit China wären ihre Rhetorik und ihr Handeln nicht so hart wie Trumps. Mit Blick auf die militärische Unter-

stützung Taiwans im Fall eines chinesischen Angriffs gilt umgekehrt: Die Bürger Taiwans – wie auch der Ukraine – können sich eher auf Harris als auf „Dealmaker“ Trump verlassen.

Je nach Wahlausgang könnten Teile der deutschen Politik und Gesellschaft sich falsche Vorstellungen machen. Nach Trumps unerwartetem Sieg 2016 meinten einige, Deutschland könne sich moralisch über den US-Präsidenten erheben und Kooperation verweigern. Das war schon damals unrealistisch. Angesichts der heutigen Weltlage wäre es selbstmörderisch. Bei einem Sieg Trumps müsste Deutschland vieles beschleunigt nachholen, was es seit Jahren vor sich hergeschoben hat.

Gewinnt Kamala Harris, würde die Versuchung wachsen, sich erleichtert zurückzulehnen – nach der Devise „Ist ja nochmal gut gegangen“. Auch das wäre eine Fehleinschätzung. Ihr Sieg würde Deutschland bestenfalls eine Gnadenfrist schenken, die überfälligen Reformen anzupacken. Die Konflikte in der Welt nehmen zu, ebenso die Bereitschaft, sie mit ökonomischem und militärischem Druck auszutragen, statt auf Diplomatie und Kompromisse zu setzen. Die Prioritäten haben sich von mehr Klimapolitik zu mehr Sicherheit verschoben und von mehr Sozialpolitik zu mehr internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Begrenzung der unkontrollierten Migration. Christoph von Marschall

Der Autor ist Diplomatischer Korrespondent der „Tagesspiegel“-Chefredaktion und lebt derzeit in Washington.

Das neue Parlament

In dieser Woche liegt „Das Parlament“ in einem neuen Format auf dem Tisch. Die Zeitung ist handlicher geworden, eine neue Aufmachung mit kürzeren Zeilen, neuer Schrift und mehr Weißraum soll helfen, die Texte besser lesen zu können. Das Blatt verliert dabei keinen Inhalt, denn es hat ein sogenanntes Zeitungsbuch mehr: Auf der Rückseite des ersten Buchs findet sich jetzt alles zum Thema „Menschen und Meinungen“ (Seite 8) und im zweiten Buchs ist sie reserviert für die Personalien (Seite 12). Die Kehrseite rundet jede Ausgabe ab (Seite 20). Ein Highlight sind die Panoramaseiten, die es im neuen Format gibt (Seiten 4 und 10). Schreiben Sie uns gerne, wie Ihnen das neue Parlament gefällt: Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder redaktion@das-parlament.de.

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
34123 Kassel



INTERVIEW: DAS AMERIKANISCH-DEUTSCHE VERHÄLTNIS

»Unser wichtigster Verbündeter«

Michael Georg Link (FDP) ist Transatlantik-Koordinator der Regierung. Er erklärt, warum auch Europa eine stärkere Hinwendung zu Asien, insbesondere zu China, braucht, und was zu tun ist, wenn Donald Trump gewählt werden und der Ukraine die Unterstützung entziehen würde.

Herr Link, US-Präsident Joe Biden ist ein Politiker, der in seiner ganzen Laufbahn eine besondere Verbundenheit mit Europa gezeigt hat. Das kann man von Vizepräsidentin Kamala Harris aufgrund ihrer Biografie und ihrer bisherigen Tätigkeit nicht gleichermaßen behaupten. Könnte sich also das, was schon unter Barack Obama als „Hinwendung zu Asien“ begonnen hat, unter einer Präsidentin Harris verstärken?

Kamala Harris hat in der Tat eine andere Prägung. Eine „Hinwendung zu Asien“, in dem Sinne, dass man das Vorgehen Chinas stärker in den Blick nimmt und analysiert, welche Herausforderungen sich dadurch ergeben, das brauchen auch wir. Denn das Aufstreben Chinas ist ein globales Phänomen, kein pazifisches. China ist im Pazifik aktiv, aber es ist auch in Europa aktiv. Nehmen Sie nur Chinas Aktivitäten in Serbien oder die Unterstützung für Russland im Ukraine-Krieg. Also: Ja, es verändert sich etwas an der Persönlichkeit im Weißen Haus, vielleicht auch an der Schwerpunktsetzung, aber unabhängig davon müssen auch wir Europäer mehr nach Asien schauen.

Donald Trump sagt, wenn er gewählt würde, würde er den Ukraine-Krieg innerhalb von Tagen beenden. Er sagt nicht genau, wie er das anstellen will. Aber nach Ihrer Einschätzung, was ist da zu erwarten?

Das ist eine wichtige Frage, denn er macht regelmäßig Andeutungen dazu. Wenn man genauer hinschaut, ist das immer sein Prinzip: Andeutungen, Drohungen, Einschüchterungen, sprunghaftes Verhalten, unerwartete Deals. Und weil wir nicht exakt sagen können, wie er sich genau verhält, ist es umso wichtiger, dass wir uns methodisch vorbereiten. Das heißt: engste Abstimmung mit unseren Verbündeten im Rahmen der Nato, im Rahmen der EU, und uns nicht auseinanderdividieren lassen. Würde er sich tatsächlich mit Putin zusammensetzen und unter vier Augen die Zukunft der Ukraine aushandeln, wäre das für uns nicht akzeptabel. Denn keiner sollte über die Ukraine und Europa ver-

handeln, ohne dass die Ukraine und Europa am Tisch sitzen.

Sollte ein gewählter Präsident Donald Trump tatsächlich der Ukraine die Unterstützung entziehen, wäre Europa auch nur halbwegs in der Lage, in die Bresche zu springen?

Aktuell ein klares Nein. Ich glaube aber auch nicht, dass Trump über Nacht die Unterstützung beenden wird oder aus der Nato austritt. Zunächst könnte er versuchen, den Preis hochzutreiben und in der Nato Uneinigkeit zu schüren. Das Engagement der USA für die Ukraine ist unverzichtbar, und deshalb werben wir sehr stark dafür, dass auch wir im Sinne des sogenannten „burden sharing“ noch mehr tun müssen, damit die USA an Bord bleiben. Denn gewinnt Russland in der Ukraine, dann gewinnt letztendlich auch China, das genau beobachtet, wie die USA und ihre Verbündeten agieren. Das sollte auch Kritiker in den USA davon überzeugen, dass es sinnvoll und richtig ist, sich an der Seite der Ukraine zu engagieren.

Gleichzeitig mit der Präsidentenwahl werden auch das Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. Die US-Verfassung sieht den Kongress als Gegengewicht zum Präsidenten, und diese Rolle hat er bisher auch gespielt, selbst bei einer Mehrheit der Präsidentenpartei in Senat und Abgeordnetenhaus. Nun hört man aber, dass bei der republikanischen Kandidatenaufstellung viele unabhängige Köpfe durch Trump-Anhänger ersetzt worden seien. Entspricht das auch Ihrer Beobachtung und wenn ja, was bedeutet das?

Nach meiner Beobachtung und auch der Analyse politischer Beobachter unterschiedlicher Couleur konnten sich in der Tat an der republikanischen Basis mit ganz wenigen Ausnahmen nur noch solche Kandidaten durchsetzen, die von Trump unterstützt werden und meist auch dem MAGA-Lager angehören – Make America Great Again. Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl werden im Repräsentantenhaus und im Senat mehr Abgeordnete aus



© picture-alliance/dpa

diesem Flügel der Partei kommen. Inwieweit sich diese Entwicklung in der Zukunft fortsetzt, ist offen. Sollte Trump die Wahl verlieren, könnten wir in der Republikanischen Partei sehr schnell wieder unterschiedliche Strömungen sehen. Aber momentan gibt Trump den Ton an.

Müssen Sie als deutscher Außenpolitiker dann befürchten, dass es nach der Wahl schwerer wird, bei Senatoren und Abgeordneten offene Ohren für Ihre Anliegen zu finden?

Wir haben die letzten Jahre intensiv genutzt, um unser Kontaktnetzwerk

in den USA weiter auszubauen und gerade auch mit der republikanischen Seite zu arbeiten. Im Ton und Inhalt gibt es natürlich mitunter große Unterschiede zwischen Republikanern und Demokraten. Aber die deutsch-amerikanischen Beziehungen dürfen nicht davon abhängen, ob ein Demokrat oder ein Republikaner regiert. Und es sollte auch bei uns nicht davon abhängig sein, wer die Regierung stellt. Die USA sind und bleiben unser wichtigster politischer, militärischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Verbündeter.

In der zurückliegenden Amtszeit von Donald Trump haben Funktionsträger im Regierungsapparat oft mächtig Einfluss genommen. Nun will Trump nach einem Wahlsieg eine hohe Zahl von Amtsträgern durch linientreue Gefolgsleute ersetzen. Was würde das für die Politik eines Präsidenten Trump bedeuten?

Auch hier gilt, abzuwarten, was er tatsächlich tut. Trump könnte diesmal in der Tat ein Team zusammenstellen, das weniger aus Experten bestehen wird, sondern aus außerordentlich loyalen Gefolgsleuten. Das ist eine Herausforderung auch für die USA selbst. Sie brauchen für eine erfolgreiche Politik nicht die gehorsamsten, sondern die besten Leute.

Ist im Fall einer erneuten Wahl Trumps zu erwarten, was Sie für Deutschland gerade mit einer Grundgesetzänderung zu verhindern suchen, nämlich ein politischer Zugriff auf das Verfassungsgericht?

In der ersten Amtszeit hat Trump außerordentlich konservative Persönlichkeiten ernannt, die auch teilweise schon die Rechtsprechung in ihrem Charakter verändert haben. Nicht nur im Supreme Court, sondern auch bei obersten Bundesrichtern, die zum Beispiel den Bundesgerichten in den einzelnen Bundesstaaten vorstehen. Die Amerikaner brauchen aber keine Ratschläge von außen. Sie haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, über Jahrhunderte hinweg, dass sie es schaffen, politische Krisen zu überstehen und auch gestärkt daraus hervorzugehen. Deshalb sollten wir bei allen lauten Tönen, die wir in den nächsten Wochen aus den USA hören werden, nicht das System der „Checks and Balances“ unterschätzen und die Selbstbehauptungskräfte sehen, die immanent im amerikanischen Verfassungswesen angelegt sind.

Das Interview führte Peter Stützle. ■

Michael Georg Link ist 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, dem er zuvor bereits von 2005 bis 2013 angehörte. Seit 2022 ist er Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Abwägende: Kai Whittaker

Seine erste Nacht in Amerika ist ihm noch in Erinnerung. Seine Schwester hatte in Charleston ihren Uniabschluss gemacht, er war aus Deutschland angereist, und man hatte in dem Haus einer Freundin gefeiert, „mit einer eingemauerten Kanonenkugel aus dem Unabhängigkeitskrieg“, sagt Kai Whittaker. Nachts hörte er andere Schüsse, und zwar aus der Nachbarschaft. „Da erfuhr ich die Bandbreite der USA zwischen dem Jahr 1776 und Bandenkriegen heute.“ Whittaker, 39, CDU-Abgeordneter aus dem Wahlkreis Rastatt, setzt sich auf einen alten Lehnstuhl, der das moderne Abgeordnetenbüro im Paul-Löbe-Haus angenehm kontrastiert. Die USA sind für ihn noch immer das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, „die richtige Idee zum richtigen Zeitpunkt, und Sie werden gefeiert“. Was geht ihm durch den Kopf, wenn er an die Präsidentschaftswahl denkt? Whittaker ist einer, der länger überlegt, bevor er spricht. Er legt dann den Kopf kurz seitlich, und wägt ab: „All dies zeigt mir, dass wir Europäer erneut vier Jahre lang nicht daran gearbeitet haben, unsere Sicherheitspolitik auf eigene Beine zu stellen.“ Mit einem Präsidenten Donald Trump würde das Schutzversprechen jedenfalls in Frage stehen. „Warum wir das von ein paar Wechselwählern in einigen Bundesstaaten abhängig machen, verstehe ich nicht.“ Whittaker ist stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA, er bezeichnet sich als tiefen Anhänger der transatlantischen Beziehungen, fordert die Pflege gemeinsamer Interessen. Die hätten durch Trump zwar einen Knacks bekommen, „aber da können wir

uns auch an die eigene Nase fassen, bei uns wählen junge Leute ja Höcke und Co.“ Überhaupt setzt der Badener für das Ausloten von Gemeinsamem auf die Fähigkeit zur Selbstkritik. „Deutschland ist in Europa in ähnlicher Lage wie die USA“, sagt er. „Wir sind das stärkste Land, alle schauen auf Berlin – aber wir tun uns schwer, diese Rolle anzunehmen.“ Und er schaut zurück und nach vorn zugleich: „Wir sind die beiden freiheitlichsten Blöcke. Es ist traurig, dass es noch



Wir Europäer haben erneut vier Jahre lang nicht daran gearbeitet, unsere Sicherheitspolitik auf eigene Beine zu stellen.



© Steven Vangermain

kein Freihandelsabkommen mit den USA gibt, dafür sollte die Bundesregierung dringend werben.“

Man merkt, dass Whittaker ein Mann des Ausgleichs ist. Einer, der in der CDU mehr im liberalen Flügel zu verorten ist. Sätze wie von seinem CDU-Kollegen Jens Spahn hört man von ihm weniger, dessen Forderungen

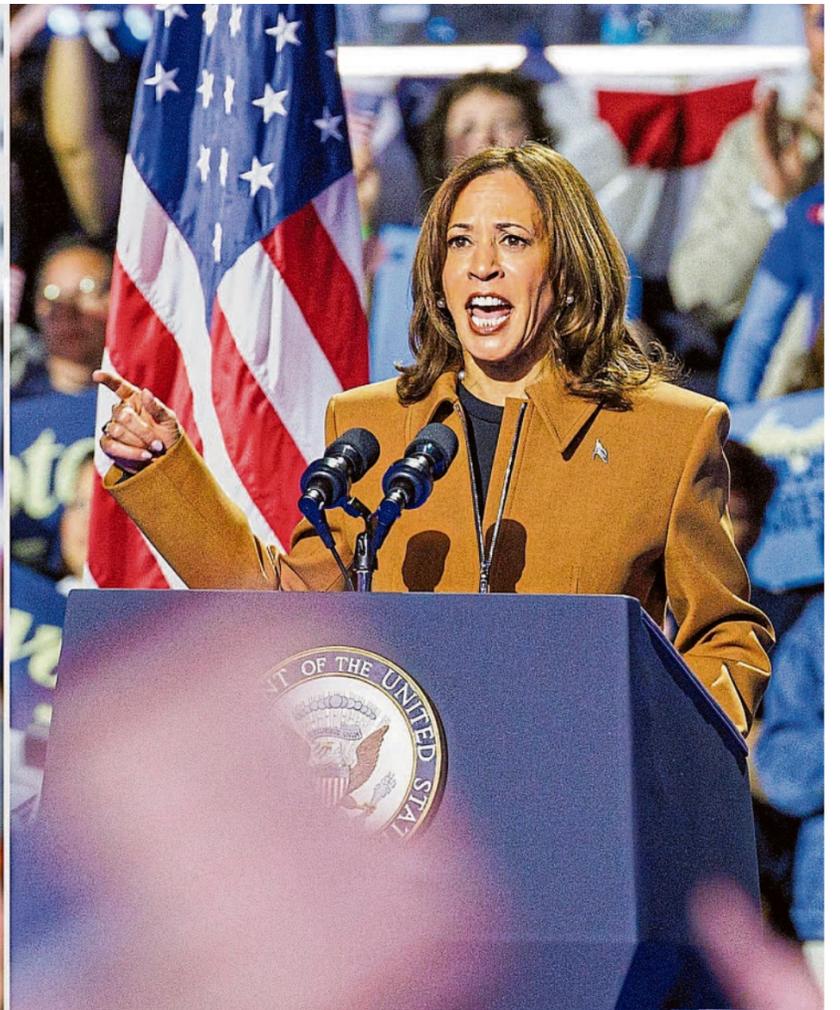
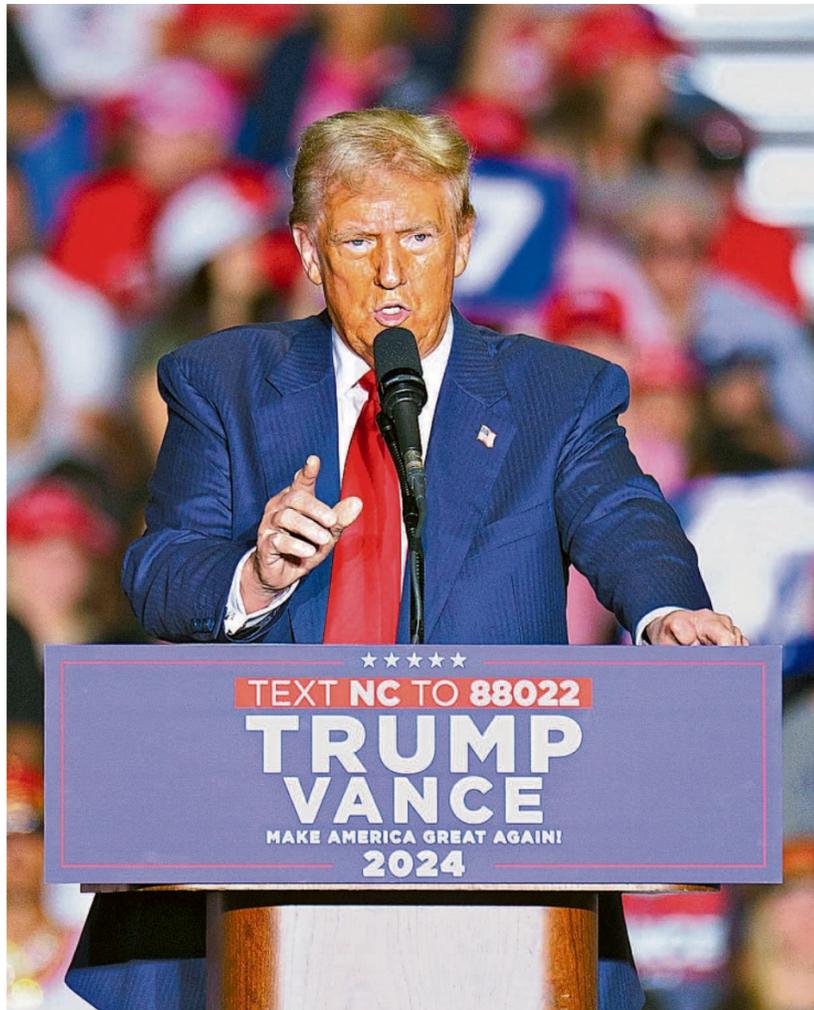
gen aus dem vergangenen Juli nach einer Suche nach gemeinsamen Interessen mit Trump kommentiert er trocken: „Gemeinsame Interessen loten Regierungen aus. Dazu müssen wir erstmal die Wahlen gewinnen, und Trump auch.“ Da überrascht es nicht, dass er in die Junge Union als Teenager eintrat, „weil die CDU die pragmatischste Partei ist, die sich über Werte und nicht durch fixe Ideen definiert“.

Mit dem Engagement ging es bei ihm früh los. Im Elternhaus war Politik zwar kein Dauerthema, das Schauen der „tagesschau“ aber schon ein Ritus. Der Vater ein gelernter Tischler aus Großbritannien, die Mutter Sportlehrerin und Sekretärin – Whittaker wuchs in kleinbürgerlichen Verhältnissen auf, wo genau geschaut wurde, wie das Geld ausgegeben wird. Er war Klassensprecher und schrieb für die Jugendbeilage des „Badischen Tagblatts“, kommentierte dort bitter den Zustand der Schultoiletten; es war vielleicht der Einstieg ins eigene politische Wirken. Dann 2004 der jüngste Stadtrat im Gemeinderat von Baden-Baden. Parallel stand das Bachelorstudium an, er investierte sein Einkommen in Flüge zwischen Bristol, wo er Volks- und Betriebswirtschaftslehre studierte, und Deutschland. Bis zu seinem Ausscheiden 2009 verpasste er im Gemeinderat nur eine Sitzung. Dann noch ein Master in London, eine Assistenz der Geschäftsleitung für die Herrenknecht AG und dann: die erfolgreiche Kandidatur für den Bundestag 2013 im Wahlkreis, den er bisher verteidigte. Als er aufsteht, sagt er dazu einen Satz, den man an dieser Stelle selten liest: „Bei sowas fragt Sie keiner. Das muss man wollen.“

Jan Rübél ■

Zwei Kontrahenten, die sich ein Duell mit harten Bandagen liefern: Donald Trump und Kamala Harris haben sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft der Vereinigten Staaten.

© picture alliance/ZUMAPRESS.com/
Josh Brown/Sipa USA/AndrewRoth



Die Euphorie war riesig. Als Kamala Harris im Sommer von Joe Biden die Präsidentschaftskandidatur übernahm, erweckte die Demokratische Partei aus einem depressiven Dämmerzustand. Auf einmal fühlte sich alles nach Aufbruch an. Die US-Vizepräsidentin verkörperte den Generationswechsel und ließ den 18 Jahre älteren Kandidaten Donald Trump plötzlich alt aussehen. Harris, so hieß es schnell, sei die Entscheidung für die Zukunft, Trump für die Vergangenheit.

Die Entscheidung der Kalifornierin für Tim Walz als Vize-Präsidentschaftskandidat, den volksnahen Gouverneur von Minnesota, wurde als sinnvolle Ergänzung zu ihrem Portfolio gelobt. Der frühere Football-Highschool-Lehrer sollte Menschen im Mittleren Westen ansprechen – und vor allem Männer, die verhaltener auf die Idee einer historischen Premiere im Weißen Haus reagierten. Alles in allem gilt er als eher moderat. Ursprünglich stammt er aus dem ländlichen Nebraska, arbeitete im Sommer in der Landwirtschaft und ist ein begeisterter Jäger. Mit 17 Jahren meldete er sich als Freiwilliger bei der Army National Guard, wo er 24 Jahre lang diente. Walz wurde sogar von der waffenfreundlichen National Rifle Association (NRA) unterstützt – bis er sich nach dem Schulmassaker in Parkland/Florida vor sechs Jahren für ein Verbot von Angriffswaffen aussprach.

Bei seinen Plänen bleibt das Team Harris/Walz vage

Auch Harris spricht in diesem Wahlkampf überraschend offen darüber, dass sie eine Waffe besitzt und diese auch benutzen würde. Gleichzeitig unterstützt die Organisation „March for Our Lives“ ihre Kampagne – das erste „endorsement“ dieser Protestbewegung, die sich als Reaktion auf die wachsende Zahl von Schulmassakern gegründet hat und für schärfere Waffengesetze einsetzt.

Dass Harris, Amerikas erste Vizepräsidentin und die erste schwarze und indischstämmige Frau in diesem Haus, endlich den Traum einer US-Präsidentin Wirklichkeit werden lassen könnte, hoffen vor allem Frauen. Hillary Clintons überraschende Niederlage vor acht Jahren gegen Trump war ein Schock für sie – nun soll es Harris richten. In den letzten Wochen

Der Wahlkampf und die Wahlkämpfer

Sie schenken sich nichts

Das Ergebnis der wohl wichtigsten Wahl des Jahres könnte sehr knapp ausfallen. Wofür stehen die Kandidaten?

vor der Wahl sind die Befürchtungen indes gewachsen, dass es wieder nicht klappen könnte. Falls es so kommt, könnte es daran liegen, dass viele US-Bürger bis zuletzt rätselten, was das Duo Harris/Walz im Fall eines Wahlsiegs genau machen will. Die ehemalige Staatsanwältin Harris konzentriert sich im Endspurt darauf, die Gefahren auszumalen, die eine Rückkehr des „Faschisten“ Trump mit sich bringen würde. Zu ihren Plänen äußert sie sich eher vage. Dahinter steckt durchaus eine Strategie: Je weniger sie sich auf konkrete Vorgaben festlegt, umso weniger können sie vorzeitig in der Luft zerrissen werden. Und dennoch bleibt bei vielen ein Gefühl zurück, dass unklar sei, wofür Harris stehe. Ein besonderes Problem von Harris: Sie ist Teil der in Umfragen schlecht bewerteten Biden-Regierung und hat sichtlich Schwierigkeiten, die Frage zu beantworten, was sie anders als der amtierende Präsident machen würde.

Was bisher von Harris' Plänen bekannt ist, zeigt eher graduelle Unterschiede zu der Politik Bidens. In ihrer Dankesrede nach ihrer Kür auf dem Parteitag versprach die Vizepräsidentin Hypothekenhilfen für Erstkäufer von Wohneigentum, eine Steuergutschrift für Eltern von Neugeborenen und ein Verbot von Preisabzocke im Lebensmittelhandel, um die Inflation zu bekämpfen. Sie wolle eine „Wirtschaft der Möglichkeiten“ schaffen, in der jeder eine Chance hat, sich zu behaupten und erfolgreich zu sein. Auch versprach sie, Steuersenkungen für die Mittelschicht, die mehr als 100 Millionen Amerikanern zugute kommen sollen. Bidens Vorschlag, die Steuern für Amerikaner mit einem Einkommen von weniger als 400.000 Dollar nicht zu erhöhen, unterstützt sie. Sie will zudem für die Wahlfreiheit von Frauen kämpfen und hat für den Fall, dass der Kongress ein bundesweites Abtreibungsrecht verabschiedet, angekündigt dieses zu un-

terschreiben. In Einwanderungsfragen ist Harris konservativer geworden und spricht inzwischen viel davon, den Grenzschutz auszubauen. Außenpolitisch sind die Unterschiede zu Biden noch weniger zu erkennen. Harris, die schon dreimal an der Münchner Sicherheitskonferenz teilgenommen hat, hat wie er versprochen, die Ukraine zu unterstützen, „solange es nötig ist“. Im Nahost-Konflikt ermahnt sie den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu etwas expliziter, mehr für den Schutz der Zivilisten in Gaza zu tun. Ein Waffenembargo gegen Israel, das einige Linke in den USA fordern, hat sie nicht unterstützt.

Trump und Vance werben als „Verbrecher/Hinterwäldler“ für sich

Es ist eines der T-Shirts, die besonders gut laufen könnten. „Fellon/Hillbilly“ steht da drauf. Und: „Make America Great Again 2024“. Wer mit den Schlagworten „Verbrecher“ und „Hinterwäldler“ für sich wirbt, und damit Amerika wieder zu alter „Größe“ zurückzuführen verspricht, meint zu wissen, wer seine Wähler sind. Adressiert werden die MAGA-, die überzeugten Anhänger des Ex-Präsidenten Trump – die längst auch dessen „running mate“ J.D. Vance ins Herz geschlossen haben.

Gegen Trump, US-Präsident von 2017 bis 2021 und zum dritten Mal in Folge Kandidat der Republikanischen Partei, wurde zweimal ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Als erster ehemaliger US-Präsident wurde der 78-Jährige zudem wegen eines Kapitalverbrechens verurteilt. Ein New Yorker Geschworenengericht befand ihn in allen 34 Anklagepunkten für schuldig, die Wahl 2016 durch eine Schweigegeldzahlung an eine Pornodarstellerin, die behauptete, die beiden hätten Sex gehabt, unrechtmäßig beeinflusst zu haben. Gegen ihn laufen drei weitere Anklagen

unter anderem wegen seiner Bemühungen, den Ausgang Wahl 2020 nachträglich zu kippen. Auf seine Wähler scheint das keine Wirkung zu haben. Sie glauben seiner Argumentation, dass die Demokraten die Justiz dazu benutzen, ihn politisch aus dem Verkehr zu ziehen. Genauso wie Umfragen zufolge zwei Drittel der republikanischen Wähler der Aussage zustimmen, dass die Wahl 2020 „gestohlen“ worden sei. Das verspricht nichts Gutes für den Fall einer erneuten Niederlage Trumps.

Eines der wichtigsten Wahlversprechen Trumps ist es, die Inflation zu beenden „und Amerika wieder erschwinglich machen“. Dafür will er die Energieproduktion in den USA ausweiten („Drill, baby, drill“) und geschützte Gebiete wie die arktische Wildnis für Ölbohrungen öffnen, was seiner Meinung nach die Energiekosten senken würde. Außerdem verspricht er umfangreiche Steuersenkungen und spricht von neuen Zöllen in Höhe von bis zu 20 Prozent auf die meisten Importe ausländischer Waren. Trump hat versprochen, die Grenze durch die Fertigstellung der Mauer zu Mexiko abzuriegeln und die größten Massenabschiebungen von Migranten ohne Papiere in der Geschichte der USA anzuordnen.

Trump will die USA aus Konflikten in anderen Ländern raushalten

Außenpolitisch vertritt er einen isolationistischen Ansatz und fordert, dass sich die USA aus Konflikten in anderen Teilen der Welt heraushalten sollen. Den Krieg in der Ukraine meint er, „innerhalb von 24 Stunden“ durch eine Verhandlungslösung mit Russland beenden zu können. Mit Blick auf die Nato ist er der Meinung, dass Länder, die nicht die versprochenen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben, der Schutz entzogen werden könnte, Vance, erst seit 2023 für Ohio im US-

Senat, war vor seiner politischen Blitzkarriere als Erklärer des vernachlässigten Amerikas bekanntgeworden. Sein Buch „Hillbilly-Elegie“, in dem er die Geschichte seiner in Armut lebenden Familie nacherzählt, wurde ein Bestseller und anschließend ein erfolgreicher Kino-Film. Als Vance dies vor acht Jahren schrieb, war er kein Anhänger von Trump. Jetzt gibt er sich als glühender Fan.

»Project 2025« - Pläne für eine radikale Umgestaltung der Regierung

Der 40-Jährige ist bei seinen Auftritten konzentriert und fokussiert sich stark auf die aus republikanischer Sicht wichtigsten Wahlkampfthemen Migration und Inflation.

Besondere Aufmerksamkeit ziehen Vances Verbindungen zu Kevin Roberts auf sich, dem Chef der Heritage Foundation. Unter Roberts' Regie hat die rechtskonservative Denkfabrik in Washington DC „Project 2025“ erarbeitet, ein konservatives politisches Konzept für eine künftige republikanische Regierung. Auf rund 900 Seiten wird darin eine radikale Umgestaltung der Regierung dargelegt. Dazu gehören Pläne zur Auflösung mehrerer Bundesbehörden. Auch sollen viele Beamte ihren Sonderstatus verlieren, sodass sie leicht gegen loyale Mitarbeiter ausgetauscht werden können.

Angesichts großer medialer Aufregung hat sich Trump davon distanziert. Aber Vance hat ein sehr positives Vorwort zu einem Buch von Roberts geschrieben, das nun zwar erst nach der Wahl erscheinen soll, aber in Teilen geleakt wurde. Die Demokraten versuchen, dieses Thema im Bewusstsein der Wähler zu verankern und sie mit Warnungen vor einer zunehmend radikalen Bewegung von der konservativen Konkurrenz abzuwerben.

Juliane Schäuble

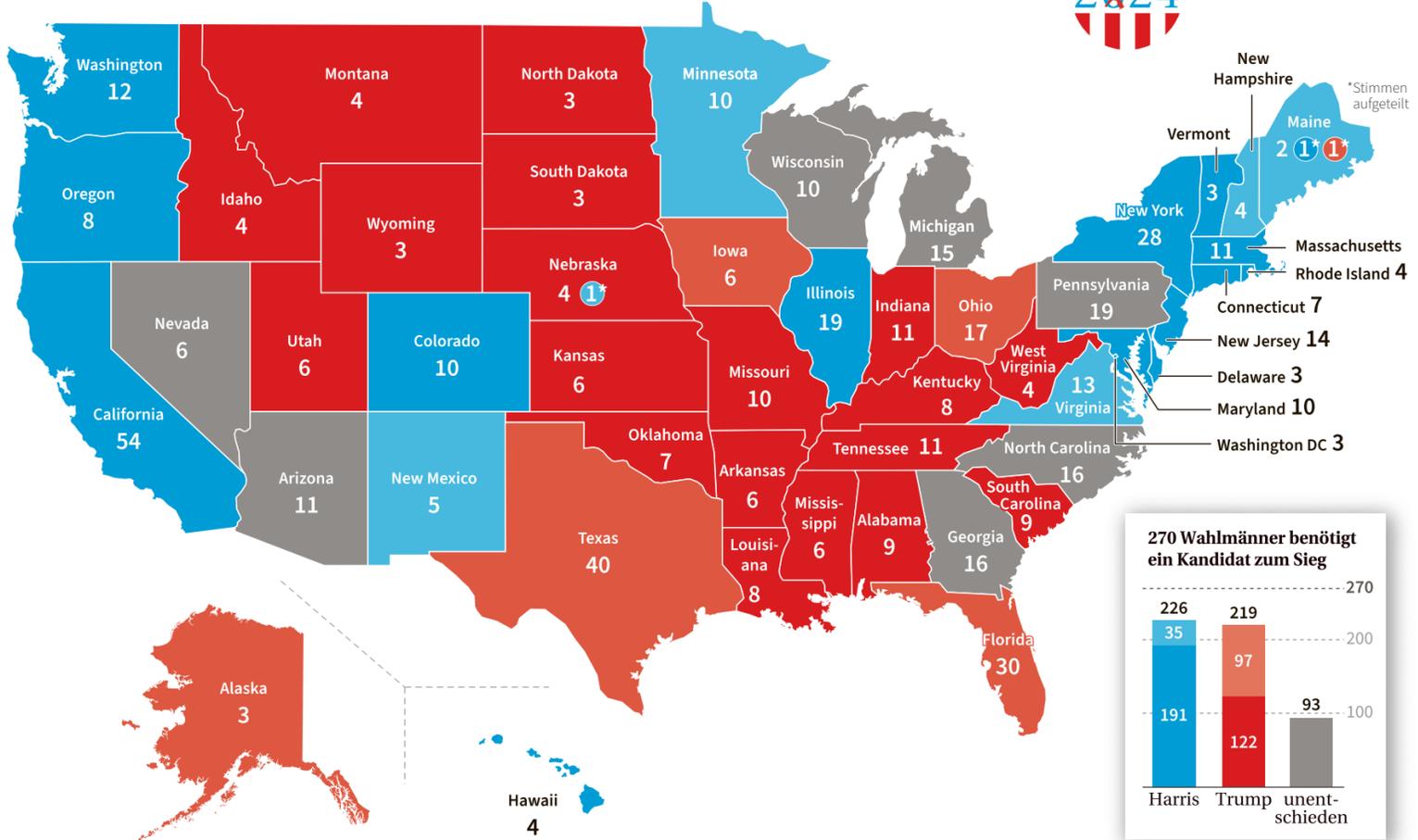
Die Autorin ist US-Korrespondentin für den „Tagesspiegel“.

Die Vereinigten Staaten von

Umkämpfte Bundesstaaten: So steht das Rennen zwischen Kamala Harris und Donald Trump

Am 5. November 2024 entscheiden die US-Bürger, für welche Präsidentschaftskandidatin oder welchen Präsidentschaftskandidaten die Wahlmänner ihres Bundesstaates stimmen sollen. So steht es im Rennen um die Präsidentschaft laut jüngsten Umfragen. Anzahl der Wahlmänner je Bundesstaat:

■ sicher Harris ■ sicher Trump ■ nicht festgelegt (Swing State)
 ■ eher Harris ■ eher Trump

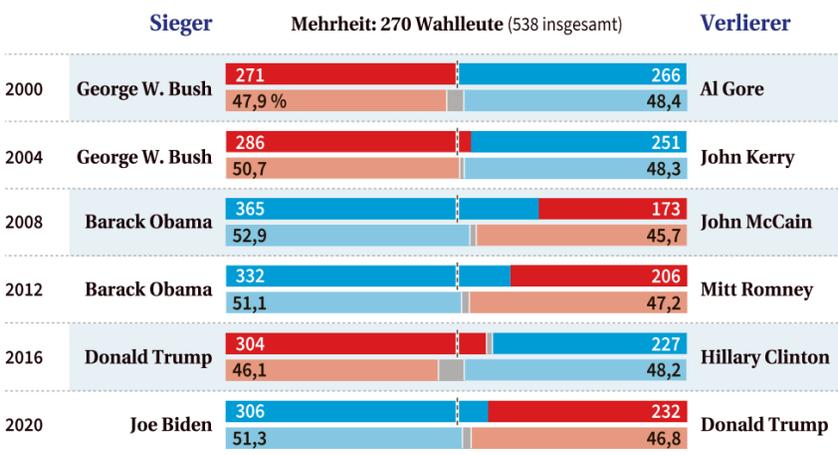


Quelle: 270twin.com Stand: 26. Oktober 2024 Grafikquelle: dpa-24873 (editiert)

Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen

Wahlen in den Jahren 2000 bis 2020 nach ...

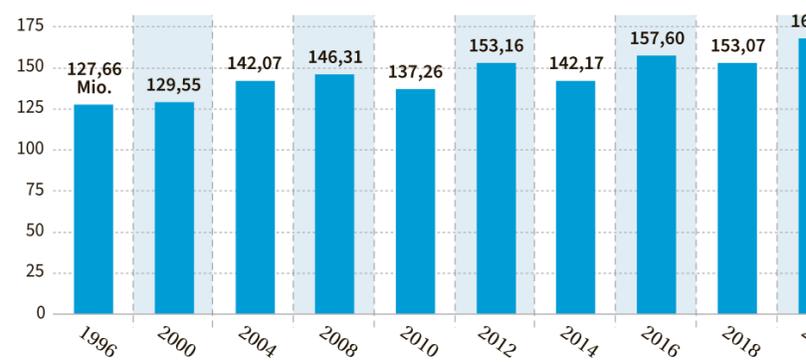
... gewonnenen Wahlleuten: ■ Demokraten ■ Republikaner
 ... Wählerstimmenanteil in Prozent*: ■ Demokraten ■ Republikaner



Hinweis: Zu 100 Prozent/538 Wahlleuten fehlende Werte sind Stimmen für andere Kandidaten bzw. Enthaltungen.
 Quelle: US-Kongress, US-Wahlkommission FEC, CNN Grafikquelle: dpa-101661 (editiert) *Stand Mitte Januar 2021

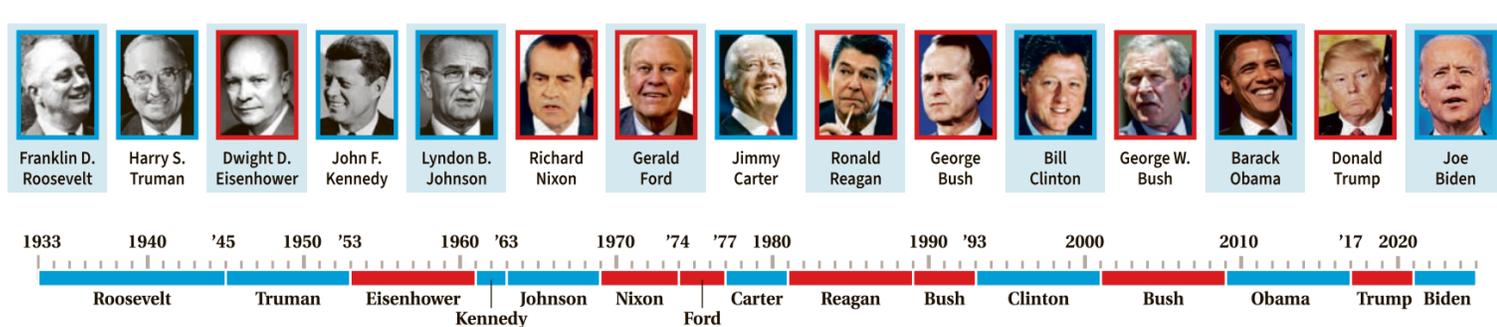
Anzahl der registrierten Wähler in den USA

Entwicklung von 1996 bis 2022 (in Millionen)



Quelle: US Census Bureau Stand: Mai 2023

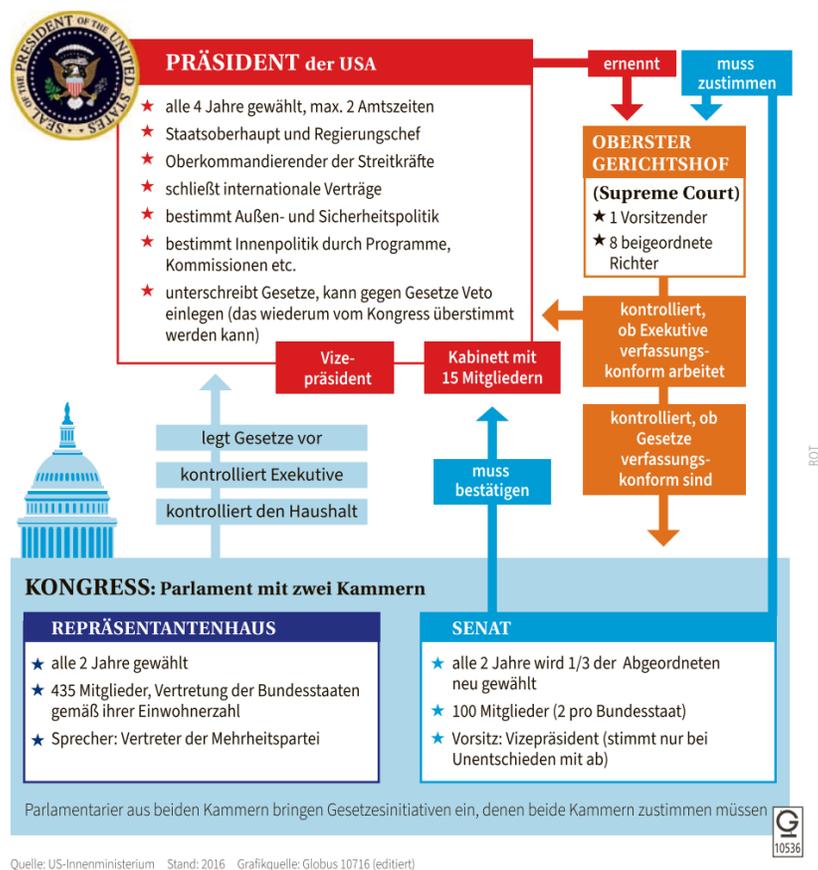
Die US-Präsidenten seit 1933



Quelle: Library of Congress Grafikquelle: dpa-24809 (editiert)

on Amerika wählen

Das politische System der USA

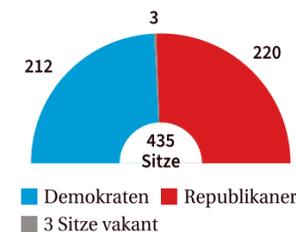


Der US-Kongress

Sitzverteilungen in Repräsentantenhaus und Senat vor den Wahlen am 5. November 2024

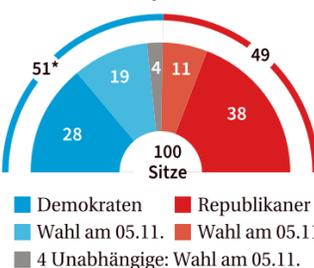
Das Repräsentantenhaus

Alle 435 Mitglieder werden am 5. November neu gewählt



Der Senat

34 der 100 Senatoren werden am 5. November neu gewählt



Grafikkarte: dpa-24875 (editiert)

Wer wählt am 5. November?

Grundsätzlich dürfen in den USA alle US-Bürgerinnen und -Bürger ab dem 18. Lebensjahr wählen. Bei der Präsidentschaftswahl 2020 galten geschätzte 240,6 Millionen Menschen als wahlberechtigt. Einige Amerikaner dürfen in ihren Bundesstaaten nicht wählen, da sie verurteilte Straftäter sind.

Wer wählen will, muss sich zuvor registrieren lassen. Die Verfahren unterscheiden sich von Bundesstaat zu Bundesstaat und sind oft Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen. Bei der Präsidentschaftswahl 2020 hatten sich 168,3 Millionen Wählerinnen und Wähler registrieren lassen. Tatsächlich zur Wahl gehen bei der Präsidentschaftswahl 158,5 Millionen Menschen ihre Stimme ab. Mit rund 66 Prozent Wahlbeteiligung (gemessen an der wahlberechtigten Bevölkerung) war das ein neuer Höchststand. Bei den Midterm-Elections, bei denen das Repräsentantenhaus und ein Teil des Senats gewählt werden, liegt die Zahl der Wählerinnen und Wähler deutlich niedriger.

Wie funktioniert das Wahlsystem?

Präsident beziehungsweise Präsidentin wird, wer im „Electoral College“ die Mehrheit der Stimmen der Wahlmänner und -frauen der Bundesstaaten auf sich vereint. Es gibt insgesamt 538 Wähler; für die Mehrheit sind 270 nötig. Die Zahl der Wähler pro Bundesstaat richtet sich nach der Zahl der Sitze des Staates im Repräsentantenhaus und im Senat. In den meisten Bundesstaaten gilt: „The winner takes it all“ – das heißt: Wer die meisten Stimmen hat, bekommt alle Stimmen der Wahlmänner und -frauen. Ausnahmen sind Maine und Nebraska, wo die Verteilung teilweise proportional erfolgt. Das System des „Electoral College“ kann dazu führen, dass ein Kandidat beziehungsweise eine Kandidatin USA-weit zwar mehr absolute Stimmen gewinnt, aber trotzdem keine Mehrheit im Electoral College erreicht. So erging es etwa Hillary Clinton im Jahr 2016. Klarer ist das Wahlsystem im Kongress: In das Repräsentantenhaus oder den Senat ist gewählt, wer die meisten Stimmen im Wahlbezirk beziehungsweise im Bundesstaat auf sich vereint.

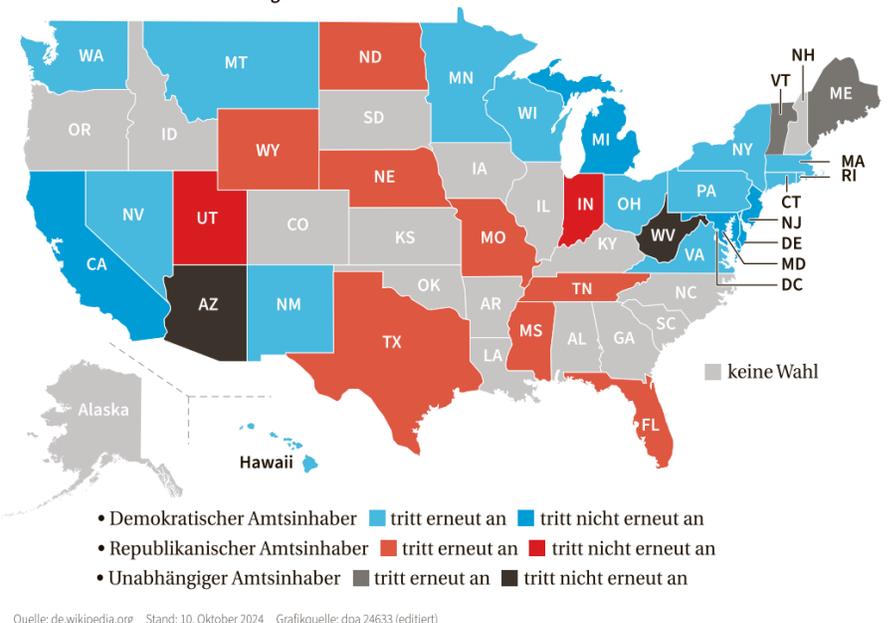
Wie geht es nach dem Wahltag weiter?

Je nachdem, wie knapp die Präsidentschaftswahl verläuft, kann für lange Zeit unklar bleiben, wer die Wahl gewonnen hat. 2020 zögerte sich die Bekanntgabe der Wahlergebnisse in umkämpften Staaten wie Arizona, Georgia und Pennsylvania über Tage und Wochen hinaus. Hinzu kamen juristische Auseinandersetzungen und Nachzählungen. Danach ist ein zeremonieller Ablauf vorgesehen. Am 17. Dezember tritt das Electoral College zusammen, um den Präsidenten beziehungsweise die Präsidentin formell zu wählen; am 6. Januar 2025 soll der US-Kongress dann den Gewinner offiziell verkünden. Wie der Nachgang der Wahl von 2020 gezeigt hat, der mit dem Sturm von Trump-Anhängern auf das Kapitol endete, muss dies nicht formell und zeremoniell ablaufen. Die Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten findet am 20. Januar 2025 statt.

Der Kongress wird Anfang Januar seine Arbeit aufnehmen. Im Repräsentantenhaus werden alle 435 Abgeordneten vereidigt, im Senat die neu gewählten Senatorinnen und Senatoren.

Senatswahlen: Demokraten in der Defensive

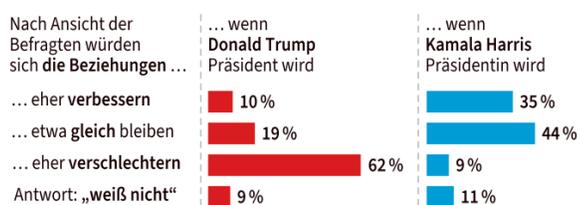
In diesen Staaten wird mindestens ein Senatssitz neu besetzt, die meisten davon werden aktuell von Demokraten gehalten:



Erwartete Auswirkungen der US-Wahl ...

... auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen

(Umfrage in Deutschland, 2151 Befragte, Zeitraum 04.-08. Oktober 2024)



rundungsbedingte Differenzen | Quelle: YouGov (im Auftrag der dpa) | Grafikkarte: dpa-107944

Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus

Enges Rennen um die Macht im Kapitol

Welche Partei nach dem 5. November die Mehrheit im Senat beziehungsweise im Repräsentantenhaus hält, ist aktuell völlig offen. Für die politische Beinfreiheit des nächsten Präsidenten ist es aber eine entscheidende Frage.

Das Rennen um die US-Präsidentschaft verspricht sehr knapp zu werden. Die Legislative passt sich dem an. Ob Demokraten oder Republikaner die Kontrolle über Repräsentantenhaus und Senat in Washington gewinnen, was je nach Ausgang der Wahl die politische Beinfreiheit von Kamala Harris oder Donald Trump bestimmen wird, ist kurz vor dem Wahlgang ebenfalls ungewiss. Tendenziell werden der „Grand Old Party“ im Moment bessere Chancen eingeräumt, den Senat zu erobern. Die Demokraten hingegen liebäugeln mit einem Machtwechsel im „House“. In beiden Kammern trennen nur sehr wenige Mandate die Rollenverteilung zwischen Koch und Kellner.

Käme es zu einer gesplitteten Machtverteilung, sind bis zu den Zwischenwahlen 2026 erhebliche Reibungsverluste zwischen Weißem Haus und Parlament programmiert, die Gestaltungsmacht des Präsidenten beziehungsweise der Präsidentin wäre empfindlich eingeschränkt. Bei knappen Mehrheitsverhältnissen könnten radikale Einzelgänger, die gegen ihre Fraktion votieren, Sand ins Regierungsgetriebe werfen.

50 Parlamentarier haben ihren Rückzug verkündet

Zumal die Arbeitsatmosphäre im Kongress bedenklich schlecht ist. Über 50 Parlamentarier haben ihren Ausstieg erklärt, fast zehn Prozent des

Kongresses. Bei den Republikanern ist Donald Trump der Hauptgrund für den Exodus. Der Ex-Präsident hatte seiner Partei bereits bei den Kongress-Zwischenwahlen 2022 geschadet. Es war vorher eine „rote Welle“ (sprich: viele zusätzliche Mandate für die Republikaner) prognostiziert worden. Sie blieb aus. Trump polarisiert zu sehr. Abgeordnete wie Ken Buck (Colorado) oder Mike Gallagher (Wisconsin), die Trumps „destruktiven Einfluss“ auf die Fraktion beklagten, wollten sich dem nicht mehr aussetzen. Das gilt im Senat auch für den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney. Bei den Demokraten ist nach dem Wechsel an der Spitze von Nancy Pelosi zu Hakeem Jeffries der Hof be-

stellt. Die Fraktion arbeitet geräuschlos. Einst progressive Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer haben sich integrieren lassen. Anders die Republikaner. Die Partei leidet weiter unter Flügelkämpfen. Das bisher prominenteste Opfer war Kevin McCarthy. Er war bis zu seinem vom rechten Rand der Fraktion betriebenen Rauswurf als „Mr. Speaker“ hinter Präsident und Vizepräsidentin die Nr. 3 im Staatsgefüge. Durch Nachfolger Mike Johnson (Louisiana), der sein Wirken eng an den Begehrlichkeiten von Donald Trump ausrichtet, ist nicht die erhoffte Konsolidierung eingetreten. Radikale Abgeordnete wie Matt Gaetz oder Marjorie Taylor Greene drohen in unregelmäßigem Abstand damit, seine Abwahl zu initiieren. Für diesen Fall werden dem Trump-Verbündeten Jim Jordan Chancen eingeräumt.

Vor dem Wahltag am 5. November sind damit nur 26 Abgeordneten-Sitze so stark umkämpft, dass man von „toss up“ spricht, sprich: von beiden Parteien gleichermaßen zu holen. Acht dieser Rennen spielen sich in den bevölkerungsreichen Bundesstaaten New York und Kalifornien ab. Darum fließt der Löwenanteil der Parteispenden für TV-Werbung in diese Regionen.

Im Senat sind die Mehrheiten noch enger. Dort stehen zurzeit 47 Demokraten plus vier Parteienabhängige, die wie etwa der frühere Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders in der Regel mit ihnen stimmen, 49 Republikanern gegenüber. Die demokratische „Majority“ von 51 zu 49 ist hauchdünn. Anders als im „House“ werden nicht alle 100 Senatoren und Senatorinnen neu gewählt, sondern nur 34. Schon ein, zwei Siege oder Niederlagen können das Machtgefüge dramatisch ändern. Allerdings sind knappe Mehrheiten im Senat nicht so durchschlagkräftig wie im Repräsentantenhaus. Für die meisten Gesetze sind aufgrund des sogenannten Filibusters 60 Stimmen erforderlich.

Der 118. Kongress hat nur 40 Gesetze verabschiedet

Die Zerrissenheit der „Grand Old Party“, die von moderat-konservativ bis ultra-nationalistisch mehrere Machtzentren hat, ist nach Ansicht von Analysten der Hauptgrund für die mangelhafte Produktivität des 118. Kongresses. Weniger als 40 Gesetzesvorhaben wurden gestemmt. Im 117. Kongress verabschiedete das Repräsentantenhaus unter demokratischer Führung über 300 Gesetze. Im Senat steht bei den Konservativen ein prominenter Wechsel an. Mitch McConnell, über Jahrzehnte der Strippenzieher schlechthin, geht aufs Altenteil. John Cornyn aus Texas, John Thune aus South Dakota und Rick Scott aus Florida bringen sich als Nachfolger in Stellung. Auf demokratischer Seite herrscht bis auf Weiteres mit Mehrheitsführer Chuck Schumer Kontinuität. Von 435 Sitzen im „House“ sind nach den aktuellen Erhebungen des parteiunabhängigen „Cook Report“ 409 Mandate (202 Demokraten, 207 Republikaner) so gut wie vergeben. Dies ist das Resultat des von beiden Parteien durch das sogenannte „Gerrymandering“ geregelten Zuschnitts der Wahlkreise. Dadurch sind beständige Mehrheiten für „Blau“ (Demokraten) oder „Rot“ (Republikaner) nahezu zementiert.

Nur 26 Rennen für das „House“ sind wirklich umkämpft

Für die Mehrheit im „House of Representatives“ werden 218 Sitze benötigt. Aktuell stehen sich 220 Republikaner und 212 Demokraten gegenüber, wobei drei Sitze vakant sind. Das ist einer der kleinsten Vorsprünge in der Parlamentsgeschichte. Laufen fünf Republikaner bei einer Abstimmung über, ist die Mehrheit futsch.

Demokraten bangen um Mehrheit im Senat

Demokraten und Unabhängige haben diesmal 23 Sitze zu verteidigen, die Republikaner nur elf. Einige dieser Sitze befinden sich in Bundesstaaten, die Donald Trump 2020 gewonnen hat. Die Startbedingungen für die Demokraten sind widrig. Mindestens drei Mandate – Jon Tester (Montana), Tammy Baldwin (Wisconsin) und Sherrod Brown (Ohio) – sind heftig umkämpft oder tendieren in den Umfragen republikanisch. Auch der Kampf um Michigan zwischen Elissa Slotkin (Demokraten) und Mike Rogers (Republikaner) steht auf Messers Schneide. Durch den Rückzug von Senator Joe Manchin wird West Virginia mit hoher Wahrscheinlichkeit an den Republikaner Jim Justice fallen. Bleiben Sensationen – ein demokratischer Sieg gegen Rick Scott (Florida) und Ted Cruz (Texas) – aus, spricht vieles für eine Machtübernahme der Republikaner. Daran würde auch der in Nebraska gerade aussichtsreich im Rennen liegende Parteienunabhängige Dan Osborn wohl nichts ändern.

Jeder US-Bundesstaat entsendet zwei Senatoren nach Washington, die sechs Jahre im Amt bleiben. Im „Oberhaus“ ist bei 50-zu-50-Patt-Abstimmungen der Vizepräsident (seit 2021 Kamala Harris, künftig J.D. Vance oder Tim Walz) das Zünglein an der Waage. Harris hat ihrer Partei weit über zehnmal bei wichtigen Gesetzen den Erfolg gesichert.

Dirk Hautkapp

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.



Das Kapitol in Washington: Die Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus sind umkämpft.

© picture-alliance/Sipa USA/Graeme Sloan

DAS IST GERRYMANDERING

Nur wenige der 435 Sitze im US-Repräsentantenhaus sind tatsächlich zwischen den Parteien umkämpft. Das liegt im Wesentlichen an zwei Gründen: Zum einen gibt es politische und soziokulturelle Trends. Wähler in urbanen Gebieten tendieren zu den linksliberalen Demokraten, Wähler in ländlichen Gegenden halten es mit den konservativen Republikanern. Der zweite Grund ist „Gerrymandering“. Damit ist die politische Praxis gemeint, einen Wahlkreis so zuzuschneiden, dass die Kandidierenden einer Partei bevorteilt werden. „Gerrymandering“ ist ein Politikum. Etliche Verfahren wurden vor Gerichten ausgefochten. Historisch geht der Begriff „Gerrymandering“ auf eine Wahlkreisreform im Jahr 1812 unter dem Gouverneur von Massachusetts, Elbridge Gerry, zurück. Ein Wahlkreis erinnerte einen Karikaturisten an einen Salamander – den „Gerry-Mander“ (siehe Bild).



©E. Tisdale (gemeinfrei)



Die Waffenkontrolle ist ein großes Thema in den USA. Die Regeln unterscheiden sich in den Bundesstaaten.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Jay Mallin

US-Bundesstaaten

»Kleine« Präsidenten

Zeitgleich mit der Präsidentschaftswahl werden auch Gouverneure neu gewählt

Die Welt blickt gespannt auf die Präsidentschaftswahl in den USA. Gewinnt mit Kamala Harris erstmals eine Frau oder schafft der Republikaner Donald Trump ein Comeback? Während den beiden Kandidaten die volle Aufmerksamkeit zuteil wird, gerät die parallel stattfindende Wahl der Gouverneure in einigen US-Bundesstaaten in den Hintergrund. Doch was genau ist ein Gouverneur und wie steht es um den Föderalismus in den USA?

Ob Benjamin Franklin (1706-1790) wusste, dass etwas Großes passieren wird, als er am 17. September 1787 den Versammlungsraum der Independence Hall in Philadelphia betrat? Es war ein politisches Experiment, für das Franklin und seine Mitstreiter gekämpft hatten. In unzähligen Debatten versuchten sie die Delegierten des Verfassungskonvents von etwas Neuem zu überzeugen: der Errichtung einer Volksherrschaft. Nach Jahren des Krieges, in denen sich die 13 nordamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpften, sollte das Volk selbst bestimmen, von wem es regiert wird. Festgeschrieben wurde dies in der Verfassung, die an jenem 17. September 1787 gezeichnet wurde und knapp zwei Jahre später in Kraft trat.

Föderale Republik in Form eines Präsidialsystems

Wenn in den USA gewählt wird, dann geschieht dies noch immer nach den Vorstellungen der Gründungsväter, die eine föderale Republik in Form eines Präsidialsystems schufen. So kommt es, dass am 5. November 2024 nicht nur die Präsidentin oder der Präsident neu gewählt wird, sondern auch 11 von 50 Gouverneuren: In Washington, Montana, North Dakota, Utah, Missouri, Indiana, West Virginia, North Carolina, Delaware, Vermont und New Hampshire. Derzeit stellen die Republikaner acht der zur Wahl stehenden Gouverneure in diesen Staaten, die Demokraten drei. „Im Prinzip ist ein Gouverneur ein Präsident im Kleinen“, sagt Christian

Lammert, Professor für Politikwissenschaften am John-F-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin (siehe Interview auf Seite 9). Er forscht über die politischen Systeme Nordamerikas. „In seinem Einzelstaat verfügt der Gouverneur über sehr viel Macht. Das liegt am dezentralen Politiksystem der USA. In vielen Politikbereichen haben die Gouverneure freie Hand – zum Beispiel beim Haushalt. Hier darf sich die Bundesregierung in Washington nicht einmischen.“

Da jeder Bundesstaat von einem Gouverneur geleitet wird, gibt es 50 dieser „kleinen Präsidenten“. Das kann zu einem Flickenteppich an Gesetzen führen. Stichwort Waffenbesitz. Zwar ist in allen Bundesstaaten das verdeckte Tragen von Schusswaffen in der Öffentlichkeit grundsätzlich erlaubt, so steht es in der Verfassung, doch wie genau dieses Recht ausgelebt wird, regeln die Einzelstaaten – und zwar in rund 20.000 Waffengesetzen. „Daran zeigt sich die Problematik des US-amerikanischen Föderalismus“, sagt Lammert. „Es ist sehr intransparent, man weiß oft nicht, welche Regeln wann wie wo gelten.“

Strikte Trennung zwischen Bund und Einzelstaaten

Die Verfassungsväter wollten eine strikte Trennung zwischen Bund und Einzelstaaten erwirken. Während die Einzelstaaten die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse vor Ort regelten, beschränkte sich die Tätigkeit des Bundes hauptsächlich auf Außen- und Verteidigungspolitik. Die föderale Ordnung wurde mehr als ein Jahrhundert lang von den Einzelstaaten dominiert. Erst die Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren führte zu einer Machtverschiebung zugunsten des Bundes und leitete eine neue Phase des Föderalismus ein.

„Mit einer Serie von Reformen, dem New Deal, griff der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt stark in die Wirtschafts- und Sozialpolitik ein und führte Maßnahmen ein, die die

Wirtschaft beleben sollten“, sagt Lammert. Doch die Bemühungen der Zentralisierung hielten nicht dauerhaft. „Unter Ronald Reagan in den 1980er Jahren und spätestens mit Bill Clinton und seinem Versprechen, den Wohlfahrtsstaat zu reformieren, wurden viele der bundesstaatlichen Programme wieder in die Verantwortung der Einzelstaaten überführt.“ Sozialpolitische Themen, wie beispielsweise die Regelung von Arbeitslosengeld, sind seither Aufgabe der jeweiligen Bundesstaaten.

Hitzige Debatten nach Amokläufen in den USA

Lammert sieht das kritisch. Seiner Meinung nach würde es die Politik stärken, wenn der Staat in bestimmten Bereichen nationale Standards setzen würde – auch mit Blick auf die gesellschaftliche Polarisierung. Denn dass sich der Föderalismus auch auf das politische Klima auswirkt, zeigen etwa die hitzigen Debatten nach jeder Massenschießerei. Während die „blauen Staaten“, also jene, die von der demokratischen Partei geführt werden, schon lange eine nationale Verschärfung des Waffenrechts fordern, verweigern die von den Republikanern geführten „roten Staaten“ jegliche Waffenreform. „Natürlich hat das auch mit der Waffenlobby und dem Wunsch der Wiederwahl zu tun. Aber es zeigt auch, wie stark die USA gespalten sind“, meint Lammert.

Ein Zustand, der sich durch eine Wiederwahl Donald Trumps verstärken könnte. In dem Strategieplan „Project 2025“, an dem viele Trump-Vertraute mitgearbeitet haben, werden radikale Ideen zu stark umstrittenen Themen wie dem Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen oder der Abschiebung illegaler Einwanderer formuliert. Auch einige Bundesministerien sollen abgeschafft, Staatsangestellte entlassen und die Macht des Präsidenten gestärkt werden. Sollte Trump die Präsidentschaftswahl gewinnen, hätte das womöglich auch größere Auswirkungen auch auf das föderale Gefüge der USA. *Marejke Tammen*

INTERVIEW

»Jüngere müssen Druck machen«

In den USA sind auffällig viele Politiker schon sehr alt

Die US-Politik steht in dem Ruf, überaltert zu sein. Joe Biden (81), Donald Trump (78), Mitch McConnell (82) und Nancy Pelosi (84) sind Beispiele dafür. Der Politikforscher Michael Werz über Ursachen und Folgen einer hochaltrigen Führungselite.

Herr Werz, in den USA arbeiten auffällig viele Politiker bis weit über das Rentenalter hinaus. Haben die Alten zu viel Macht?

Ich glaube, es wäre eine Vereinfachung, das so zu sagen. Ja, die Institutionen sind altersmäßig nicht repräsentativ. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass die Interessen der Jüngeren nicht vertreten werden. Gleichzeitig gibt es Schlüsselfragen moderner Gesellschaften, etwa zu Klimawandel und Einwanderung, die generationell unterschiedliche Auswirkungen haben. Aber ich würde davor zurückschrecken, mich auf die eine oder andere Seite zu werfen: Jugend allein ist keine Qualifikation, Alter allein kein Ausschlussgrund. Und umgekehrt.

Woran liegt es, dass in den Vereinigten Staaten häufiger Hochbetagte in wichtige Positionen kommen – und bleiben?

Das hat sowohl persönliche als auch strukturelle Gründe. Ein Beispiel: die Machtfülle des Präsidenten. Sich von einem solchen Amt zu lösen, ist eine schwierige Entscheidung. Zweitens kommt hinzu, dass amtierende Abgeordnete, vor allem im Senat, der nur alle sechs Jahre gewählt wird, in gewisser Weise Lebenszeit-Abonnements haben. Vor allem in kleineren Bundesstaaten bestehen

» Wer den Rückhalt der Partei hat, kann quasi endlos weitermachen.

MICHAEL WERZ

häufig starke lokale Bindungen, die für andere kaum angreifbar sind. Der dritte Punkt ist das Gerrymandering, also der parteipolitisch motivierte Zuschnitt von Wahlkreisen. Das hat zur Folge, dass im Abgeordnetenhaus nur knapp zehn Prozent der Sitze überhaupt im Wettbewerb sind. Alle anderen sind vorab entschieden: entweder demokratisch oder republikanisch.

Man muss also nur die Vorwahlen in der eigenen Partei gewinnen. Wer den Rückhalt der Partei hat, ist in einer sicheren Position und kann quasi endlos weitermachen.

Fällt es also jüngeren Kandidaten schwerer, die Partei hinter sich zu bringen?

Politisches Engagement hat in den USA höhere Eingangshürden als etwa in Deutschland. Im Unterschied zum Bundestag, bei dem sich die Hälfte der Sitze über Landeslisten konstituiert, wird in den USA jeder Abgeordnete direkt gewählt. Die Partei muss sich also genau überlegen: Ist diese Person für die Menschen im Wahlkreis wählbar? Das führt dazu, dass sich Kandidaten zunächst sehr viel stärker gesellschaftlich etabliert haben müssen.

Dass Abgeordnete im Schnitt älter sind als die Bevölkerung, ist nicht ungewöhnlich. In den USA scheint die Differenz aber besonders groß. Fühlen sich Jüngere in den USA überhaupt repräsentiert?

Auf die Bundesebene geschaut, fühlt sich in den USA fast niemand so

richtig repräsentiert. Das liegt allerdings an der allgemeinen schlechten Laune, was Politik angeht. Da sind Junge keine Ausnahme.

Sehen Sie trotzdem Unterschiede zwischen den Generationen?

Jüngere Amerikanerinnen und Amerikaner sind politisch und weltanschaulich zum Teil stärker in Hautfarben und ethnische Gruppen orga-



Der Politologe Michael Werz

© privat

nisiert. Man kann deshalb einen weniger universell und stärker partikulär geprägten Blick auf die Politik beobachten: Was bedeutet das für mich als Latino? Als asiatische Einwandererfamilie? Als Schwarze oder Weiße?

Die Zivilgesellschaft ist extrem stark ausgeprägt, was auch politisch wichtige Effekte hat. Viele junge Menschen sind jedoch nicht bereit, in die großen Parteien einzutreten und dort Politik zu machen. Das wird erschwert durch das Zwei-Parteien-System. Es gibt keine Kleinparteien mit starker politischer Ausrichtung, sondern breite Bündnisse. Man muss also mit sehr viel mehr Kompromissbereitschaft in die Politik gehen und das schreckt viele Jüngere ab.

Dazu kommt die kontinentale Ausdehnung. Durch die geografische Distanz und die starken kulturellen Unterschiede ist die Identifikation mit der Zentralregierung schwach. Ich vermute, dass auch das dazu beiträgt, dass Jüngere, wenn sie sich politisch engagieren, dies eher in ihren unmittelbaren Gemeinschaften tun. Die Frage, ob man auf der Bundesebene in die Politik eintritt, ist weiter entfernt von der eigenen Biografie.

Braucht es einen Generationenwechsel?

Auf der Bundesebene gibt es zu wenige Role Models. Deshalb sind junge Abgeordnete wie die Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez wichtig. Allerdings zeigt das Beispiel Joe Biden, der aus Altersgründen aus dem Weg geräumt wurde, dass es durchaus Verjüngungskuren gibt. Und die werden zum Teil nicht gerade mit Samthandschuhen durchgeführt. Meiner Meinung nach ist ein gewisses Maß an Lebenserfahrung in der Politik wichtig. Allerdings sollten Abgeordnete auch loslassen können. Zu sagen, es ist die Schuld der Älteren, die an ihren Ämtern festhalten, ist jedoch nur eine Dimension. Eine andere ist, dass es für einen Generationenwechsel den Druck der Jüngeren braucht.

Das Gespräch führte Irina Steinhauer

Michael Werz ist Politikwissenschaftler beim Center for American Progress, einem Thinktank in Washington, DC. Er ist USA-Kenner und Demografie-Experte.

GASTKOMMENTARE: SCHUTZ DURCH US-RAKETENSCHIRM?

Richtig entschieden, mies erklärt

PRO



Julia Weigelt © Inga Sommer

Die geplante Stationierung der US-Raketen in Deutschland ist wichtig, um sich im Fall eines russischen Angriffs verteidigen zu können. Und um zu zeigen, dass ein solcher Angriff große Verluste mit sich bringen würde. Doch politisch Verantwortliche dürfen nicht nur wichtige Entscheidungen treffen, sie dürfen diese auch emotional kompetent kommunizieren. Denn Sicherheit kann zwar objektiv gemessen werden, ist zugleich aber ein zutiefst subjektives Gefühl. Grundlage dafür ist Vertrauen, dass Interessen, Werte und Bedürfnisse verstanden und ernst genommen werden. Dass dieses Vertrauen bei der katastrophalen Kommunikation der Bundesregierung nicht entstand, ist – nun ja – „no rocket science“. Wer die Pläne am Rande eines Nato-Gipfels unter ferner liefen verkündet, darf sich nicht wundern, dass Teile der Bevölkerung sich fragen: Weiß diese Regierung nicht, wie wichtig das ist? Vier Millionen Euro kostet eine einzige SM-6-Rakete. So viel wie die jährlichen Kosten von 500 Kindergartenplätzen, 4.000 Stellen im Bundesfreiwilligendienst oder 30.000 Stunden Psychotherapie. Es wird schwer, unsere soziale Sicherheit und den Schutz unserer körperlichen Sicherheit in den nächsten Jahren zusammenzubringen. Da-

von hätte Olaf Scholz reden können. Er könnte die Sehnsucht nach Frieden thematisieren. Oder dass er das Verhältnis zu Russland gar weiterentwickeln will, auf Augenhöhe mit einer großen Nation. Doch da sind wir gerade nicht. Bis die Zeit der Zusammenarbeit wieder kommen kann, brauchen wir Schutz. „Do no harm and take no shit“ – „Tu niemandem weh und lass dir keinen Mist gefallen“, habe ich neulich gelesen. Derzeit sind wir in der „Take no shit“-Phase. Dass sie möglichst schnell vorbegehen wird, daran setzt diese Bundesregierung hoffentlich alles. Künftig darf sie es auch mit der nötigen emotionalen Kompetenz kommunizieren. Julia Weigelt

Die Autorin ist freie Journalistin.

Darüber ist noch zu streiten

CONTRA



Stephan Hebel © Alex Kraus

Es gehört leider zu den Begleiterscheinungen einer Mediendemokratie, dass Debatten über komplexe Themen oft auf vereinfachende Parolen reduziert werden. Die Diskussion über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stellt dafür ein Beispiel dar, sowohl in der Sache als auch in der Form. Am 10. Oktober hat der Bundestag über Anträge der Linken und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) zu diesem Thema debattiert – das Protokoll verzeichnet eine geplante Beratungsdauer von 26 Minuten, nicht einmal einer halben Stunde. Auch wer die Anträge vor dem Hintergrund eines teils verharmlosenden Umgangs mit dem Putin-Regime vor allem durch das BSW liest, wird in den Texten selbst nichts anderes finden als Kritik an der geplanten Stationierung selbst und an der fehlenden Einbeziehung des Bundestages durch die Regierung. Es ist bedauerlich, dass die anderen Parteien die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser weitreichenden Rüstungsentscheidung den zwei kleinsten Oppositionskräften überlassen, statt sie – unter Beibehaltung einer harten Haltung gegenüber Moskau – kontrovers zu diskutieren. Tatsächlich sind die Zweifel an der militärischen „Fähigkeitslücke“, auf die die Befürworter sich berufen, nicht mit Allgemeinplätzen aus der Welt zu schaffen. Auf die Lehre aus der

Geschichte hinzuweisen, dass Freiheit und Demokratie verteidigt werden müssen (wie in der Debatte geschehen), genügt nicht, denn das würde in dieser allgemeinen Form niemand bestreiten. Die Frage ist vielmehr, welche Mittel dafür angemessen sind. Und die Kritik, dass die Stationierungsentscheidung nicht einmal (wie beim Nato-Doppelbeschluss von 1979) mit einem Ansatz für Verhandlungen verbunden ist, lässt sich so schon gar nicht entkräften. Schon der Debattenkultur zuliebe wäre zu wünschen, dass die Bundesregierung eine solch schwerwiegende Entscheidung in Parlament und Gesellschaft zur ergebnisoffenen Diskussion stellt – und damit im Zweifel auch zur Disposition. Stephan Hebel

Der Autor arbeitet als freier Journalist.

DAS PARLAMENT
Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15, Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet: <http://www.das-parlament.de>
E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur: Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.
Stellvertretender Chefredakteur:
Alexander Heinrich (ah)
Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)
Fotos: Stephan Roters
Redaktionsschluss: 1. November 2024
Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 341231 Kassel
Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel
Leserservice/Abonnement:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de
Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de
Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.
GOGREEN PLUS
Wir vermeiden CO₂, durch den Versand mit der Deutschen Post

LESERPOST

Zur Ausgabe 40-41 vom 28.9.2024, „Streit um Entlastung“ auf Seite 4: Der Artikel über die hitzige Debatte zum Bürokratieentlastungsgesetz IV zeigt eindrücklich, wie unterschiedlich die Perspektiven der Fraktionen auf den Bürokratieabbau in Deutschland sind. Einerseits lobt die Ampelkoalition ihr Vorhaben als dringend notwendigen Schritt, um Bürger und Unternehmen zu entlasten. Es ist nachvollziehbar, dass der Abbau von Bürokratie als Investitionshemmnis wahrgenommen wird. Gerade die Abschaffung der Hotelmeldepflicht oder die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen bei Steuerunterlagen klingen zunächst

nach sinnvollen Maßnahmen. Doch bei näherer Betrachtung wird schnell klar, dass das Gesetz an vielen Stellen nur Oberflächenkosmetik betreibt. Die Kritik der Opposition ist daher berechtigt. Die verkürzte Aufbewahrung von Steuerunterlagen etwa könnte tatsächlich Schlupflöcher für Steuerbetrug vergrößern. In Zeiten, in denen Transparenz und die Aufarbeitung von Skandalen wie Cum-Ex unabdingbar sind, scheint dies ein gefährlicher Schritt zu sein. Bürokratieabbau ist wichtig, darf aber nicht auf Kosten der Gerechtigkeit gehen.

Sonja Hilbert, Plauen

Zur Ausgabe 40-41 vom 28.9.2024, „Die Industrie ist kein Zugpferd mehr“ auf Seite 12: Die schwierige Lage der deutschen Industrie gibt Anlass zur Sorge. Hohe Energiekosten, mangelnde Infrastruktur und ein akuter Fachkräftemangel belasten das Rückgrat unserer Wirtschaft. Es ist alarmierend, dass zunehmend Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern. Dekarbonisierung und Digitalisierung sind aber keine Hindernisse, sondern Chancen, die wir aktiv gestalten müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Per Westmann, Ludwigsburg

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Homeoffice im Oval Office

Die stetig höhere Lebenserwartung hat auch für Spitzenpolitiker ihre warmen Sonnenseiten. Schon der alte Adenauer wusste, wie angenehm es sich mit eifriger Unterstützung subalternen Mitarbeiter und einem bequemem Dienstwagen lange leben und regieren lässt. Wurden Hochaltrige in Spitzenpositionen früher vorzugsweise im Vatikan gesichtet, dringen die 80-Jährigen neuerdings international in die Phalanx der politischen und parlamentarischen „best ager“ vor. In den USA demonstrieren Präsident Biden, sein sportlicher Herausforderer Trump und andere langgediente politische Kräfte, dass man auch als hochbetagter Entscheidungsträger noch erfolgreich beim Golf tricksen, an Charity-Events teilnehmen oder zumindest launige Tischreden halten kann. Freilich brauchen die Herrschaften hin und wieder ein Püschchen, im Weißen Haus soll es gemütliche Ohrensessel aus dem 18. Jahrhundert geben und klimatisierte Räume, wie gemacht für ein „sleep in“, wenn man nicht gerade eine Kriegserklärung verfassen oder den Nato-Austritt bekannt geben muss. Den lästigen Atomkoffer trägt der stramme Kerl vom Militär durch die Gegend, während der Chef bei „Hart aber herzlich“ schon selig eingeschlummert ist. Mit schlaun Reformen könnten die Duracell-Häuschen noch mit 100 Jahren ein ausgefülltes Politikerleben in höchsten Staatsämtern genießen. Bei der „Air Force One“ wäre ein Lift angezeigt, um läche Gangway-Abstürze zu vermeiden. Lange Dienstreisen gehören ohnehin ganz abgeschafft, wozu gibt es schließlich Video-Calls. Der Trend zum Homeoffice sollte sich endlich auch im Oval Office durchsetzen. Denn „my home is my castle“ ist vor allem unter Security-Gesichtspunkten besser als gepanzerte Präsidenten-Rollatoren mit eingebauter Raketenabwehr. Claus Peter Kosfeld

»Das ist beängstigend«

Politikwissenschaftler und US-Experte Christian Lammert über Donald Trumps Übernahme der Republikaner, die Probleme der Demokraten – und die Gefahr der Autokratie in den Vereinigten Staaten

Herr Lammert, Donald Trump hat in diesem Wahlkampf unter anderem vorgeschlagen, die Armee gegen den „inneren Feind“ einzusetzen. Wie steht es um die politische Verfasstheit der USA, wenn das Wahlkampf ist?

Seit Trump 2020 die Wahl verloren hat, sehen wir eine immer weitere Radikalisierung in der Rhetorik. Er hat in diesem Wahlkampf schon Migranten als „Ungeziefer“ bezeichnet. Er kündigt jetzt an, Militär gegen innere politische Feinde einzusetzen. Da fragt man sich, ob es nur noch um die Mobilisierung der eigenen Anhänger geht oder ob der Druck aus seinem Umfeld wirklich schon so groß ist, dass das ernst gemeinte Vorschläge sind. Das ist schon beängstigend.

Die konservative Bewegung, die die Republikaner seit Jahrzehnten prägt, hat sich früher immer damit gebrüstet, Extremisten am rechten Rand liegen zu lassen. Das scheint nicht mehr der Fall zu sein, oder?

Genau, der rechte Rand hat mit Donald Trump die Partei übernommen. Das hat auch mit der Demokratisierung des Kandidaten-Auswahlprozesses zu tun, der in den USA sehr demokratisch ist. Die Parteieliten und die Parteiorganisation haben aber immer weniger Einflussmöglichkeiten. So können Kandidaten, die das Parteiestablishment eigentlich gar nicht will, sich im Vorwahlkampf durchsetzen, weil sie eben eine radikalisierte und politisierte Anhängerschaft mobilisieren können, die mit den Interessen der Parteieliten keine großen Schnittmengen mehr hat.

Darum konnte Trump auch trotz seiner Wahlniederlage wieder antreten?

Ja, Trump ist ja nicht einmal im Vorwahlkampf richtig angetreten, hat sich keiner Debatte innerhalb der Partei gestellt. Die Basis war auf seiner Seite, er wusste, er kriegt die Nominierung. Fast 80 Prozent seiner Anhänger glauben, dass Biden ein illegitimer Präsident sei und eigentlich Trump 2020 die Wahl gewonnen habe. Deswegen stehen sie weiterhin zu ihrem Kandidaten, der sich weiterhin als politischer Außenseiter beschreiben kann, der vom Establishment, vom Deep State, verfolgt wird.

Welche Folgen hat das für die Partei?

Die gemäßigten Kräfte haben sich zurückgezogen. Wir sehen auch in diesem Wahlkampf viele Republikaner, die sich offen für Kamala Harris aussprechen. Da sind auch einige sehr konservative darunter. Es geht hier nicht um das altbekannte ideologische Links-Rechts-Schema, sondern es sind Leute, die sich Sorgen um die Demokratie machen. Fast alle, die in Trumps Administration eng mit ihm zusammengearbeitet haben, sprechen sich deutlich gegen ihn aus und warnen vor ihm. Manche seiner Generäle und sein ehemaliger Stabschef, John Kelly, beschreiben ihn als

Wir sehen jetzt als Folge der asymmetrischen Polarisierung, der Radikalisierung der Republikaner und verstärkt durch Trump eine Dynamik, die an den Fundamenten des demokratischen Systems, der Idee der Gewaltenteilung, sägt. Das ist eine sehr problematische Entwicklung.

CHRISTIAN LAMMERT



Treue Anhänger: Ex-Präsident Donald Trump hat die Republikaner fest im Griff. Gemäßigtere Kräfte kehren der Partei darum den Rücken.

© picture alliance / AP/ Mary Altaffer

einen Faschisten.

Trotzdem steht Trump in Umfragen gut da. Warum verfängt er in der Wählerschaft?

Auf der einen Seite verfängt es, weil es Trump auch gelungen ist, wahn-sinnig viele Leute zu aktivieren, die bei Wahlen eigentlich gar nicht beachtet wurden und die seit 2016 zum ersten Mal überhaupt wählen gehen. Da geht es auch um die White-Supremacist-Bewegungen, also sehr radikale und rassistische Wähler, die jetzt in Trump einen Kandidaten sehen, der ihre Positionen vertritt. Darüber hinaus gibt es natürlich viele Wähler, die Trump nicht wählen, weil er Trump ist, sondern weil er Republikaner ist. Das hat mit der Polarisierung zu tun, die in einigen politikwissenschaftlichen Ansätzen schon als affektiv bezeichnet wird.

Was heißt das?

Das heißt, es geht gar nicht mehr darum, was der eigene Kandidat macht, sondern man ist schon so fest Republikaner, man würde nie einen Demokraten wählen. Der dritte Faktor ist, dass in Umfragen viele sagen, sie wissen noch nicht genau, wofür die Kandidatin der Demokraten, Kamala Harris, steht. Der Wechsel der Kandidaten hat zwar zwischenzeitlich ein bisschen Euphorie in die demokratische Wählerbasis gebracht, aber insgesamt kann man mit dieser Kandidatin im rechten Spektrum nicht gut mobilisieren.

Warum ist es den Demokraten unter Präsident Joe Biden nicht gelungen, klarzumachen, dass es eine moderate Alternative zu Trump gibt?

Das Problem mit Biden ist weniger

inhaltslich begründet, sondern da hat die mediale Debatte so einen Spin gekriegt, zum Teil natürlich auch gerechtfertigt, ob er aufgrund seines Alters und seines mentalen Zustandes noch in der Lage sein sollte oder ist, nochmal für vier Jahre im Weißen Haus zu sitzen. Das, wofür Biden programmatisch stand, seine Verankerung in der Arbeiterbewegung, die Unterstützung von Streiks der Gewerkschaften, hatte schon große Unterstützung. Dieser Wählergruppe hat der Wechsel der Kandidaten nicht gut gefallen.

Wieso?

Sie wissen nicht, wofür Harris eigentlich steht – und sind jetzt wieder stärker bei Trump. Es macht den Demokraten zu schaffen, die neue Kandidatin als wirklich linke, progressive Kandidatin, die sich auch für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzt, zu präsentieren.

Schafft es Harris denn, andere, neue Wählerschichten anzusprechen?

In Umfragen sehen wir einige interessante Trends, die ein bisschen erklä-



Christian Lammert

© Kerstin Petermann

ren können, warum das Rennen wieder so offen ist. Es gibt einen riesigen Gender Gap in den Umfragen. Frauen sprechen sich in großen Mehrheiten für Kamala Harris aus, vor allem bei Jungwählern, während Männer, insbesondere Jungwähler, sehr stark nach rechts rücken. Da weiß man noch nicht genau, woran das liegt. Frauenfeindlichkeit mag ein Teil der Erklärung sein. Ein anderer Teil ist aber, und das ist der zweite Trend, dass Leute mit niedrigem Bildungsabschluss überproportional, jetzt noch viel stärker als bei den letzten beiden Wahlen, Trump unterstützen. Hier verlieren die Demokraten extrem.

Woran liegt das?

Das hat mit dem Bild des Elitären bei den Demokraten zu tun, für die Harris auch steht. Sie kommt aus Kalifornien, war an guten Universitäten und Anwältin. Ein dritter Trend ist das Wahlverhalten der Hispanics. Sie stimmen zwar noch mehrheitlich für die Demokraten, aber der Vorsprung schmilzt im Vergleich zu den letzten Wahlen deutlich. Dazu müssen unterschiedliche Erklärungen herangezogen werden, darunter Gender Gap und Bildungsstand. Es gibt aber auch einige Umfragen, die deutlich zeigen, dass Hispanics der zweiten und dritten Generation sich auch sehr skeptisch gegenüber Immigranten zeigen, weil diese als ökonomische Bedrohung wahrgenommen werden und sie deshalb Republikaner unterstützen. Das Thema ist also nicht mehr so abschreckend bei bestimmten Gruppen der Hispanics. Außerdem sehen wir, dass die eigentlich sehr heterogene Wählergruppe der Hispanics in der Gesamtheit sehr konservativ in ihren Glaubensvorstellungen

ist, etwa bei den Themen Ehe für alle oder Abtreibungsrecht. Da können die Republikaner mit Trump momentan erfolgreich mobilisieren.

Welche Rolle spielen die teils sehr polarisierten Medien im US-Wahlkampf?

Es gibt eine polarisierte Medienwelt: Wenn man sich die rechten Sender Fox News oder Newsmax anschaut, bekommt man schon eine andere Wirklichkeit präsentiert als bei etwas linken Medien wie MSNBC. Bedeutend ist aber auch die Ökonomisierung der Medien. Die Newsbranche lebt davon, diesen Wahlkampf als offen zu präsentieren. Mit Trumps radikaler Rhetorik kann man Einschaltquoten generieren und deswegen ist er wahnsinnig präsent. Wenn man sich Daten zur Wahlkampffinanzierung anschaut, sieht man, dass Trump immer mit viel weniger Geld auskommt als die demokratischen Gegenkandidaten. Das liegt daran, dass er sehr viel freie Sendezeit bekommt, für die die Demokraten bezahlen müssen.

Radikalisierung, Polarisierung und Infragestellung demokratischer Grundwerte – wie würden Sie diese Situation historisch mit Blick auf die letzten Jahrzehnte einordnen?

In den letzten 40, 50 Jahren hatten wir so etwas noch nicht. Auch während der Bürgerrechtsbewegung waren die Zeiten sehr bewegt, nach dem Zweiten Weltkrieg gab es die McCarthy-Ära, die natürlich auch sehr stark polarisiert und von Verschwörungstheorien dominiert war. Es ist kein gänzlich neues Phänomen. Aber wir sehen jetzt als Folge der asymmetrischen Polarisierung, der Radikalisierung der Republikaner und verstärkt durch Trump eine Dynamik, die an den Fundamenten des demokratischen Systems, der Idee der Gewaltenteilung, sägt. Das ist eine sehr problematische Entwicklung. Hier müssen die USA gegensteuern, um nicht Gefahr zu laufen, in Richtung eines autoritären Regimes umzukippen.

Mit Blick auf diese Entwicklungen: Was kann die bundesdeutsche Demokratie daraus lernen?

Das ist die große Frage. Wenn man sich momentan die Debatte in Deutschland anguckt, hat man das Gefühl, dass genau dieselben Fehler wie in den USA auch hier gemacht werden. Wir haben hier auch eine politische Rechte, die sehr radikalisiert auftritt, die radikale Forderungen stellt. Wir haben natürlich ein anderes Wahl- und ein Mehrparteiensystem. Das sind andere Dynamiken, die das ein bisschen abschwächen. Aber die Parteien hier in Deutschland müssten eigentlich aus solchen Entwicklungen lernen, dass es keine gute Idee ist, den rechten Parteien hinterherzurennen, um deren Programmpunkte zu übernehmen. Man muss Probleme angehen, aber man muss auch Gegenentwürfe entwickeln und präsentieren. Da sind die Demokraten in den USA jetzt auf einem Weg. Aber ich würde sagen, sie sind in vielen Bereichen noch zu defensiv, zu ängstlich vor dem Erstarren der rechten Parteien.

Die Fragen stellte Sören Christian Reimer

Christian Lammert ist Professor für Politikwissenschaft am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin. Zuletzt erschien von ihm die Monografie „Das Versprechen der Gleichheit: Legitimation und Grenzen der Demokratie“ (mit Boris Vormann).



Mächtige Roben: Die Mitglieder des Supreme Courts dienen auf Lebenszeit.

© picture-alliance/newscom/U.S. SUPREME COURT

Streit um den Supreme Court

Bastion der Konservativen

Gestrichenes Recht auf Abtreibung, gestärkte Waffenrechte – am Supreme Court haben konservative Richterinnen und Richter das Sagen. Das ärgert die Demokraten. Doch ihre Vorschläge zur Reform des obersten Gerichts haben kaum eine Aussicht, tatsächlich umgesetzt zu werden

Es gab Zeiten, da stand der Oberste Gerichtshof in Washington über den Dingen des politischen Grabenkampfs im Zwei-Parteien-System der Vereinigten Staaten von Amerika. Mochten sich Demokraten und Republikaner im Kongress auch noch so hartnäckig bekämpfen und dadurch in der Wertschätzung der Bürger auf miserables Niveau absinken, die Chef-Interpreten der Verfassung konnten sich vor 20 Jahren noch auf den stabilen Rückhalt von 75 Prozent der Bevölkerung verlassen. Was die neun Richterinnen und Richter entschieden, dem vertraute eine solide Mehrheit der Amerikaner. Das ist vorbei.

Als das „Annenberg Public Policy Center“ im Spätsommer neue Umfragewerte vorlegte, war das Erschrecken groß: Nur noch 44 Prozent der Bürger waren der Ansicht, dass der Supreme Court in ihrem besten Interesse agiert.

Je nach Parteizugehörigkeit, das ergänzten Meinungsforscher von Gallup, ist die Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit noch drastischer ausgeprägt. Während mehr als 70 Prozent der republikanischen Wähler hinter dem Gericht stehen, teilen nur 15 Prozent der Demokraten diese Einschätzung. Das liegt an diversen spektakulären Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit – und an Donald Trump.

Trump setzte drei konservative Richter durch

Seit der 45. Präsident in seiner Amtszeit von 2017 bis 2021 mit Hilfe republikanischer Parlamentarier, mit Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett, drei ultrakonservative „Justices“ ernannte, verfügt die politische Rechte dort über eine 6-zu-3-Mehrheit.

Zu den drei Genannten gesellen sich die dienstältesten Richter Samuel Alito, Clarence Thomas und der Vorsitzende Richter John Roberts. Ihnen stehen mit Sonia Sotomayor, Elena Kagan und Ketanji Brown Jackson drei von demokratischen Präsidenten berufene Richterinnen gegenüber, die tendenziell einer linksliberalen Auslegung der Verfassung anhängen.

Die Demokraten in Person von Amtsinhaber Joe Biden wollen dem massiven Ansehensverlust des Obersten Gerichts durch ein Reformwerk beikommen, das es in sich hat, aber bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament kaum Aussichten auf Realisierung. Kamala Harris hat sich dazu noch nicht dezidiert geäußert.

Biden will Immunität des Präsidenten einschränken

So soll die im Sommer ergangene, kontroverse Entscheidung zur Immunität gekontert werden. Danach soll Ex-Präsident Donald Trump für diverse Verbrechen, die er im Kontext mit dem blutigen Sturm aufs Kapitol und der versuchten nachträglichen Manipulation der Wahl von 2020 begangen haben soll, grundsätzlich nicht strafrechtlich belangt werden können – jedenfalls sofern er in seiner Funktion als Präsident aktiv wurde. Nur private Handlungen könnten in einem Prozess gegen ihn verfolgt werden, urteilten die sechs konservativen Richter – was diese sind, blieb undefiniert.

Aus Sicht der liberalen Richterinnen war das eine Fehlentscheidung, die auch nichts mit den ansonsten von den konservativen Richterinnen und Richtern gerne hochgehaltenen Intentionen der Verfassungsväter zu tun hat. „Das

steht im krassen Gegensatz zu den Absichten, die die Gründungsväter hatten, als sie Amerika vom Joch des Königreichs befreiten: Niemand darf über dem Gesetz stehen“, schrieb Sonia Sotomayor für die Minderheit des Gerichtes.

Joe Biden, der zum Missfallen des progressiven Flügels der Demokraten das Thema lange Zeit auf kleiner Flamme köcheln ließ, redet inzwischen einer Zusatzklausel das



Das steht im krassen Gegensatz zu den Absichten, die die Gründungsväter hatten, als sie Amerika vom Joch des Königreichs befreiten: Niemand darf über dem Gesetz stehen.

RICHTERIN SONIA SOTOMAYOR ÜBER DAS IMMUNITÄTSURTEIL

Wort, die mit der juristischen Immunität von Präsidenten aufräumen würde. Die dazu notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress und die Zustimmung von 38 der 50 Bundesstaaten sind aber zum jetzigen Zeitpunkt illusorisch.

Eine Amtszeitbegrenzung steht im Raum

Als Beiwerk sieht eine von Biden eingesetzte Kommission vor, die Amtszeit der bisher auf Lebenszeit ernannten Top-Richter zu begrenzen. Nach maximal 18 Jahren soll künftig Schluss sein. Weil die Umsetzung strittig ist, wird der Vorschlag aber derzeit nicht mit Verve verfolgt. Ebenso die immer wieder auftauchende Überlegung, das neunköpfige Gremium zu erweitern, „court packing“ genannt, um ideologische Schieflagen auszugleichen, findet zurzeit keine breite Unterstützung. Alles zu kompliziert, kein eindeutiges Gewinner-

Thema im laufenden Wahlkampf. Das gilt mit Abstrichen auch für einen von den Demokraten geforderten Ethik-Kodex, der nach diversen Skandalen als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den Bürgern gedacht ist. Denn die neun Top-Richter regulieren sich mehr oder weniger selbst. Niemand kontrolliert sie. Man kann sie theoretisch bei schwerem Fehlverhalten des Amtes entheben, aber das ist bisher

noch nie geschehen. Ein verbindlicher Verhaltenskatalog darüber, was legitim ist und was anrührig, fehlt. Und damit auch ein transparentes Sanktionsregime, falls jemand dagegen verstößt.

Erste Kandidaten für ein solches Regelwerk wären die von republikanischen Präsidenten ernannten Richter Clarence Thomas und Samuel Alito. Beide sind ideologisch weit rechts zu verorten und deshalb zu Hassfiguren der politischen Linken geworden.

Thomas ist zudem auf das Radar der Investigativ-Journalisten von „ProPublica“ geraten. Die fanden heraus, dass sich der 76-Jährige seit vielen Jahren von dem texanischen Milliardär Harlan Crow mit teils sündhaft teuren Urlaubsreisen und anderen Vergünstigungen aushalten lässt, obwohl dieser regelmäßig strittige Angelegenheiten vor den Supreme Court bringt.

Thomas, dessen Frau Gini öffentlich mit den Verschwörern sympa-

thisiert, die den Wahlsieg von Joe Biden 2020 als illegitim bezeichnen, saß Rücktrittsforderungen bisher einfach aus, obwohl er klar gegen Auflagen verstoßen hatte. Solche Gefälligkeiten müssen im Sinne der politischen Hygiene offiziell angegeben werden.

Bei Alito, dessen Frau ebenfalls der Überzeugung ist, dass Trump die Wahl vor vier Jahren gewonnen hat und von den Demokraten betrogen wurde, ging es auch um illustre Geschenke. Der Hedgefonds-Manager Paul Singer hatte Alito im Privatjet zum Lachsfangen und Champagnerschlürfen auf eine 1.000-Dollar-die-Nacht-Nobel-Farm in Alaska fliegen lassen. Gegenwert: Mehr als 100.000 US-Dollar. Weder gab Alito den Reisevouchers bei der Veröffentlichung seiner finanziellen Verhältnisse an, noch erklärte er sich für befangen, als vor dem Supreme Court Themen verhandelt wurden, die direkt Singers wirtschaftliche Aktivitäten betrafen. Weder Thomas noch Alito haben öffentliche Reue gezeigt und Besserung gelobt. Sie wissen, sagen ihre Gegner, dass sie quasi unantastbar sind.

Warnungen vor einer Legitimitätskrise des Gerichts

Stellvertretend für die vielen Kritiker, die sich einer nicht demokratisch gewählten Instanz mit klarer Präferenz für konservativ-republikanische Rechtsauslegung hoffnungslos ausgeliefert sehen, fordert die renommierte Watchdog-Organisation „Citizens for Responsibility and Ethics in Washington“ (Bürger für Verantwortung und Rechtfähigkeit in Washington) die Politik auf, die „Legitimitätskrise“ des Obersten Gerichtshofes nicht länger auf die leichte Schulter zu nehmen. Ihr Tenor: Ist der Ruf des Su-

Der Protest blieb erfolglos: Mit der Mehrheit der konservativen Richterinnen und Richter kippte der Supreme Court nach knapp 50 Jahren das bundesweite Recht auf Abtreibung. Jetzt gibt es einen Flickenteppich. © picture-alliance/Megan Smith-USA TODAY





preme Courts erst einmal irreparabel geschädigt, gibt es keine landesweit akzeptierte Instanz mehr, die in Zeiten extremer gesellschaftlicher Polarisierung befriedigende Impulse geben könnte.

Neben der Jahrhundert-Entscheidung „Dobbs v. Jackson Women's Health Organization“, die de facto das bis dahin landesweit geltende Recht auf Abtreibung seit 2022 atomisiert hat und einen von den 50 Bundesstaaten individuell zu verantwortenden Flickenteppich schuf, hat der Supreme Court auch bei anderen zentralen Themen Pflöcke eingerammt, die gesellschaftlich hoch umstritten sind.

Weitreichende Entscheidungen zum Waffenrecht

So wurde vor zwei Jahren trotz sich häufender Amokläufe und Massaker mit Dutzenden Toten das Tragen von Schusswaffen in der Öffentlichkeit als Grundrecht der Bürger eingestuft und massiv gestärkt. Bundesstaaten und Städte, die das Mitführen von Pistolen und Gewehren reguliert und teilweise verboten hatten, um die galoppierende Schusswaffengewalt einzudämmen, mussten die Zügel wieder lockern. Präsident Joe Biden erklärte damals, die Entscheidung „widerspricht sowohl dem gesunden Menschenverstand wie der Verfassung und sollte uns alle schwer beunruhigen“.

Der Supreme Court sorgt aber nicht erst seit Bidens Präsidentschaft mit seinen Urteilen für Kontroversen. In der fast 20-jährigen Amtszeit von Chief Justice Roberts fielen auch Zankapfel-Entscheidungen wie die Aufweichung des „Voting Rights Act“ (1965), der mit der strukturellen Diskriminierung von Minderheiten an der Wahlurne Schluss machte. Ebenso hob das Gericht die finanziellen Limits bei anony-

men Wahlkampfspenden auf. Auch die in der Verfassung festgeschriebene Trennung von Kirche und Staat wurde in den vergangenen Jahren torpediert und der Zugriff staatlicher Behörden auf Finanzgauner und Umweltfrevler reduziert.

In der im Oktober begonnenen neuen Amtszeit des Gerichts stehen erneut mehrere Entscheidungen an, die gesellschaftlichen Sprengstoff enthalten. Etwa der Fall „United States v. Skrmetti“: Dabei geht es um die Anfechtung eines Gesetzes aus Tennessee, das einige medizinische Behandlungen für Transgender-Minderjährige verbietet. Mehr als 20 andere Bundesstaaten haben ähnliche Gesetze, wodurch eine neue Front in den allgegenwärtigen „Kulturkriegen“ entstanden ist. Das Gesetz aus Tennessee verbietet es medizinischen Fachkräften, Pubertätsblocker oder Hormone zu verschreiben, um die psychische Belastung zu behandeln, die durch die Diskrepanz zwischen dem gelebten Geschlecht und dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht verursacht wird. Die Regierung von Joe Biden argumentiert, dass das Gesetz gegen die Gleichbehandlungsklausel der Verfassung verstößt.

Trumps Fälle könnten wieder vor den Richtern landen

Überlagert wird das Arbeitsprogramm von der noch offenen Frage, ob die Causa Donald Trump erneut vor das höchste Gericht kommen wird. Und zwar dann, wenn der Ex-Präsident die Wahl verliert und in einem dann kaum vermeidbaren Strafprozess schuldig gesprochen werden sollte. *Dirk Hautkapp*

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

FÜNF FRAGEN AN LINDA GREENHOUSE

»Frauen haben schon immer abgetrieben«

Frau Greenhouse, vor 50 Jahren hat der Oberste Gerichtshof der USA mit der Entscheidung Roe v. Wade ein weitgehendes Recht auf Schwangerschaftsabbruch eingeräumt. 2022 kippte das Gericht die Entscheidung. Wie schätzen Sie die historische Bedeutung von Roe v. Wade ein?

Roe v. Wade hat eine zentrale Rolle in der amerikanischen Geschichte gespielt. Es war nicht nur entscheidend, weil es Millionen Frauen in den USA einen sicheren und legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ermöglichte, sondern auch, weil es die Beziehung zwischen dem Obersten Gerichtshof und der Öffentlichkeit nachhaltig beeinflusste. Das Gericht trat als Hüter von Frauenrechten auf, was gleichzeitig in anderen Teilen der Bevölkerung heftigen Widerstand auslöste.

Roe v. Wade galt jahrzehntlang als Meilenstein auf dem Gebiet der reproduktiven Rechte. Welche gesellschaftlichen und rechtlichen Veränderungen hat diese Entscheidung in den USA ausgelöst?

Es ist wichtig, die Auswirkungen von Roe v. Wade nicht überzubewerten. Frauen haben schon immer abgetrieben – in den Jahren vor der Entscheidung schätzte man die Zahl auf über 500.000 pro Jahr. Heute sind es ungefähr doppelt so viele Abbrüche im Jahr. Meiner Ansicht nach hat der Oberste Gerichtshof in diesem Fall nicht aktiv sozialen Wandel herbeigeführt, sondern diesen vielmehr gespiegelt. Die zentrale Frage war nicht, ob Abtreibungen durchgeführt werden sollten, sondern ob sie sicher und legal sein sollten. Vor Roe v. Wade waren Schwanger-

schaftsabbrüche in den meisten Bundesstaaten illegal; im Januar 1973 wurden sie plötzlich überall legal. Doch das war nicht das Ende der Geschichte, sondern der Beginn eines neuen Kapitels: des Widerstands gegen diese Entscheidung, sowohl religiöser als auch politischer Natur.

2022 hat der Oberste Gerichtshof das Urteils Roe v. Wade gekippt und damit das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch aufgehoben. Wie wirkt sich das auf die bevorstehenden US-Wahlen aus?

Das ist so kurz vor den Wahlen eine spannende Frage. In zehn Bundesstaaten werden die Wählerinnen und Wähler in diesem Herbst darüber entscheiden können, ob sie das Recht auf Abtreibung in ihren Verfassungen verankern wollen. Daher spielt das Thema auch im Wahlkampf eine zentrale Rolle. Die Mehrheit der Öffentlichkeit möchte das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch bewahren. Das könnte für die Demokraten von Vorteil sein. Ob es jedoch ausreicht, um die Wahlen zu gewinnen, bleibt abzuwarten.

Wie hat sich das Verhältnis der Amerikaner zum Obersten Gerichtshof verändert, nachdem das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch gekippt wurde?

Die öffentliche Zustimmung zum Obersten Gerichtshof ist nach dem Urteil drastisch gesunken – von etwa 60 Prozent auf knapp 40 Prozent. Viele Menschen fragen sich, ob das Gericht rechtmäßig gehandelt hat oder ob die fünf katholischen Richter, die die Mehrheit bildeten, nur eine religiöse und po-



Linda Greenhouse war von 1978 bis 2008 Gerichtsreporterin der „New York Times“. Heute lehrt sie an der Yale Law School in New Haven. *© privat*

litische Agenda verfolgten. Drei dieser fünf Richter wurden von Donald Trump in den Gerichtshof berufen, der versprochen hatte, Richter zu ernennen, die das Urteil aufheben würden. Seitdem die Öffentlichkeit das mitbekommen hat, begegnet sie dem Gerichtshof mit mehr Misstrauen.

Welche Rolle sehen Sie für den Obersten Gerichtshof in einer zunehmend polarisierten politischen Landschaft?

Die Frage ist, ob das Gericht die Polarisierung verursacht oder ob es selbst ein Opfer unserer polarisierten Politik ist. Meiner Ansicht nach trifft beides zu. Das Gericht wird zunehmend als politisch motiviert wahrgenommen, was gefährlich für seine Legitimität ist. Denn die Macht des Gerichts hängt stark davon ab, dass die Öffentlichkeit seine Entscheidungen als legitim akzeptiert.

Das Gespräch führte Carolin Hasse. *■*

Nahostkonflikt

Die Demokraten haben ein Problem

Die jüngere Generation der ethnisch immer diverseren Partei steht Israel zunehmend kritisch gegenüber. Könnte das die Wahl entscheiden?

Für Tausende Fans von Kamala Harris war es eine doppelte Enttäuschung. Erst war ihnen der Zutritt zur Ellipse, dem Park hinter dem Weißen Haus, verweigert worden. Dort hielt die demokratische Präsidentschaftskandidatin eine Woche vor der Wahl ihr großes Schlussplädoyer – es war mit 75.000 Zuschauern die mit Abstand größte Veranstaltung ihrer bisherigen politischen Karriere, und die Sicherheitsvorkehrungen für das Gelände waren massiv verschärft worden. Viele der Abgewiesenen versammelten sich daraufhin vor einer Leinwand, die etwas weiter südlich aufgebaut worden war. Doch dort war Harris' Rede kaum zu verstehen: Propalästinensische Demonstranten versuchten, die Übertragung durch ihren lautstarken Protest zu übertönen. Wer davon genug hatte, ging einfach nach Hause.

Wohl bei keiner Veranstaltung von US-Präsident Joe Biden, seiner Stellvertreterin Harris und deren „running mate“, Vizekandidat Tim Walz, in diesem Wahlkampf fehlten Demonstranten, die gegen Amerikas Unterstützung für Israel aufbegehren und einen Waffenstillstand forderten. Oft waren es nur vereinzelte Störer, die entweder außerhalb der Events oder auch mal innerhalb auf den Konflikt aufmerksam machen wollten. Für den Nominierungsparteitag in Chicago im Sommer war mit dem Schlimmsten gerechnet worden – der Ernstfall trat aber nicht ein, die Proteste blieben friedlich.

Bei Trump demonstriert niemand für die palästinensische Sache

Bemerkenswert war aber auch, dass bei Veranstaltungen der Gegenseite in der Regel niemand demonstrierte – obwohl allen bewusst sein müsste, dass ein Präsident Donald Trump zu hundert Prozent auf der Seite von Israel stehen und null Empathie für die palästinensische Sache hegen würde. Zur Erklärung hieß es, dass man sich eben mehr davon verspreche, Druck auf die demokratischen Wahlkämpfer auszuüben.

Fakt ist: Die Demokraten sind in dieser Frage gespalten, vor allem die jüngere Generation der ethnisch immer diverseren Partei steht Israel zunehmend kritisch gegenüber. Dagegen verorten sich die Republikaner, vor allem die christliche Rechte, ganz auf Seiten des jüdischen Staates. Wie sich dieser Druck im Wahlergebnis spiegelt, wird sich nach dem 5. November erst zeigen. Aber besonders in wahlentscheidenden Swing States wie Michigan könnte es sich



Fast bei jeder Veranstaltung von Kamala Harris gab es Demonstrationen gegen die US-Unterstützung für Israel.

©aj/dpa/Nur-Photo/Bryan Dozier

auswirken, wenn Tausende arabischstämmige oder auch schwarze Wähler der Wahl fernbleiben, weil sie der Biden-Harris-Regierung ihr Verhalten im Gaza-Krieg vorwerfen beziehungsweise nicht akzeptieren wollen, dass sich die USA als Israels wichtigster Waffenlieferant weigern, Druck auszuüben.

Die Proteste begannen schon bald, nachdem die israelische Armee ihre Angriffe auf Gaza als Reaktion auf die Hamas-Terroranschläge des 7. Oktobers 2023 gestartet hatte. Studentische Aktivisten errichteten „Solidaritäts-Camps“, nannten Israel einen „Unterdrückerstaat“ und warfen der Biden-Regierung vor, sich an einem „Geno-

zid“ zu beteiligen, weil durch amerikanische Bomben in Gaza auch Zivilisten getötet worden seien. Die bis heute in Hamas-Gewalt befindlichen Geiseln wurden dagegen kaum thematisiert oder als „Kollateralschaden“ eines quasi kolonialen Konflikts abgetan. Von ihren Universitätsleitungen verlangten die Demonstranten, die finanziell wichtige Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen, die das militärische Vorgehen Israels im Gaza-Krieg unterstützten, offenzulegen und zu beenden. Häufig beteiligten sich auch Lehrkräfte an dem Protest: Viele sahen nach – wie sie es ausdrückten – Jahrzehnten des Wegschauens der amerikanischen Mehr-

heitsgesellschaft erstmals die Chance, auf das Leid der Palästinenser hinzuweisen. Präsident Biden selbst versuchte nach dem schlimmsten Angriff auf Juden seit dem Holocaust einen Spagat: Er flog zeitnah nach Israel und umarmte dort den umstrittenen und für ihn häufig unbequemen Premierminister Benjamin Netanjahu. Einerseits versprach er ihm, dass die USA Israel stets dabei helfen würden, sich selbst zu verteidigen. Andererseits versuchte er, die israelische Regierung bei ihrer Antwort auf die katastrophale Attacke zur Rücksicht auf Zivilisten zu ermahnen. Mehr als ein Jahr nach Beginn des Krieges ist klar, dass Netanjahu nur

selten auf Biden hört. Plausibel scheint die Analyse, dass er tatsächlich auf einen Wahlsieg Trumps setzt. Denn Kamala Harris, so erwarten Experten, könnte Amerikas militärische Unterstützung des jüdischen Staates stärker konditionieren. Bisher unterscheidet sie sich kaum von Biden, zu groß ist die Sorge, wichtige Unterstützer kurz vor der erwartbar sehr knappen Wahl zu verlieren.

Das Verhältnis Biden-Netanjahu wiederum ist seit geraumer Zeit belastet. Biden verhängte beispielsweise Sanktionen gegen israelische Siedler und schlug vor, dass die Militärhilfe für Israel an die Lieferung humanitärer Hilfe geknüpft werden sollte. Außerdem gab er Netanjahus politischem Gegner Benny Gantz im Weißen Haus die Chance, sich mit Vizepräsidentin Harris zu treffen. In einem Interview mit dem US-Sender MSNBC erklärte er zudem, Netanjahu schade Israel mehr, als dass er dem Land helfe.

Der Juristin Harris sind internationale Normen wichtig

Aber Experten wie der Politikberater Ian Bremmer kritisieren, dass Biden viel zu wenig Druck ausgeübt habe. „Joe Biden ist ein Zionist“, sagt Bremmer. Als ein Vertreter des Kalten Krieges teile er die Welt in Gut und Böse sein, sehe ein Ringen zwischen Autokraten und Demokraten. Der ehemaligen Staatsanwältin Harris seien dagegen internationale Normen wichtig. „In dieser Hinsicht ist sie ganz anders als Biden“, so Bremmer. „Harris wird in ihrer Haltung gegenüber Israel und dem Nahostprozess wahrscheinlich eher mit den Europäern und allgemein mit den fortgeschrittenen industriellen Demokratien übereinstimmen als Biden.“

Bremmer sagt weiter: „Der Einfluss der USA auf der ganzen Welt hat sich verschlechtert“, weil die Amerikaner sich unter Biden und Harris der israelischen Politik angeschlossen hätten und damit ziemlich isoliert seien. Das sei in Bezug auf Russland und die Ukraine ganz anders gewesen, da wurden „groß angelegte Bemühungen mit sehr vielen Ländern koordiniert“.

Donald Trump dagegen seien solche Überlegungen egal. Er würde auch die Zweistaatenlösung inzwischen nicht mehr unterstützen – „selbst, wenn er nicht viel darüber redet“. Er sei „ziemlich auf Israel fixiert, den Palästinensern gegenüber weitgehend gleichgültig, und er unterstützt die Golfstaaten sehr“.

Juliane Schauble
Die Autorin ist US-Korrespondentin für den „Tagesspiegel“.

PERSONALIA

Kurt Ueberschär FDP

Kurt Ueberschär beging am 31. Oktober seinen 85. Geburtstag. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Weihenstephan in Bayern trat 1968 der SPD bei und war von 1984 bis 1990 Mitglied des Kreistags Weihenstephan-Gunzenhausen. Im Bundestag wirkte Ueberschär, der für den Abgeordneten Konrad Porzner nachrückte, im Rechtsausschuss mit. Später trat er der CDU bei und ist seit 2016 Mitglied der FDP.

Klaus Ernst Die Linke, seit 2023 BSW

Am 1. November ist Klaus Ernst 70 Jahre alt geworden. Der Gewerkschaftssekretär aus Schweinfurt, von 1974 bis 2004 SPD-Mitglied, zählte 2004 zum Gründerkreis „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und wurde 2007 Mitglied der „Linken“. Von 2007 bis 2010 war er stellvertretender Vorsitzender und von 2010 bis 2012 Co-Parteichef. Ernst wirkte im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Energie mit, dessen Vorsitz er von 2017 bis 2021 inne hatte. Von 2020 bis 2023 stand er an der Spitze des Ausschusses für Klimaschutz und Energie.

Wolfgang von Geldern CDU

Am 4. November vollendet Wolfgang von Geldern sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt und promovierte Historiker aus Nordholz/Landkreis Cuxhaven

85 JAHRE

schloss sich 1966 der CDU an, war von 1979 bis 1991 Vorsitzender des Bezirksverbands Stade und Mitglied im CDU-Landesvorstand Niedersachsen. Von 1983 bis 1991 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, von 1991 bis 1994 Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Von 1992 bis 2021 amtierte er als Präsident der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“.

Eduard Lintner CSU

Eduard Lintner wird am 4. November 80 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Münnerstadt/Landkreis Bad Kissingen, seit 1962 CSU-Mitglied, wurde 1978 stellvertretender Vorsitzender des unterfränkischen Bezirksverbands und gehörte von 1972 bis 1979 dem CSU-Landesvorstand an. Lintner engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen, im Verkehrsausschuss und zuletzt im Auswärtigen Ausschuss. Von 1991 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren und von 1992 bis 1998 erster Beauftragter der Bundesregierung für Drogenfragen. Lintner, der von 2001 bis 2010 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats angehörte, war von 2003 bis 2005 Vorsitzender des Rechtsausschusses.

Siegfried Scheffler SPD

Am 5. November begeht Siegfried Scheffler seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur für Bauwesen aus Berlin trat 1989 in die SPD ein. Im Bundes-

80 JAHRE

Björn Engholm SPD

Am 9. November vollendet Björn Engholm sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Politologe aus Lübeck, Mitglied der SPD seit 1962, gehörte von 1984 bis 1993 dem Bundesvorstand und von 1988 bis 1993 dem SPD-Parteipräsidium an. Im Mai 1991 wurde er als Nachfolger Jochen Vogels Bundesvorsitzender der SPD. 1993 trat er zurück; er war bis zu seinem Rücktritt der designierte Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 1994. Im Bundestag wirkte Engholm vorwiegend im Bildungsausschuss mit. Von 1977 bis 1981 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister und trat im Januar 1981 an die Spitze des Ministeriums. Von 1988 bis 1993 amtierte Engholm, der seit 1983 dem Landtag in Kiel angehörte, als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Turnusgemäß war er vom 1. November 1988 bis zum 31. Oktober 1989 auch Präsident des Bundesrates. Der Rücktritt von seinen öffentlichen Ämtern im Mai 1993, auch vom Parteivorsitz, erfolgte im Verlauf der Aufarbeitung der „Barschel-Affäre“. Engholm engagierte sich danach in zahlreichen kulturellen und sozialen Projekten Schleswig-Holsteins.

Bernd Haunfelder

85 JAHRE



Containershipf auf dem Mississippi: Zölle würden den Import von Waren verteuern, aber wohl auch den Export erschweren, wenn andere Staaten ebenfalls Handelshemmnisse aufbauen.

© picture alliance/Sipa USA/Alexandra Buxbaum

Richtungsstreit um US-Wirtschaft

Ökonomen warnen vor Zöllen

Trump plant eine Neuordnung des Welthandels, obwohl die US-Volkswirtschaft boomt. Harris bekommt dafür kaum Anerkennung.

Donald Trump nimmt auf dem weißen Ledersessel Platz und ballt die Faust in die Höhe. „Ich mag dieses Publikum, das sind nette Leute“, lobt der republikanische Präsidentschaftskandidat bei einem Wahlkampfauftritt in Chicago, bei dem er mit Applaus und stehenden Ovationen empfangen wird. An diesem Dienstag im Oktober spricht Trump vor dem ehrwürdigen Chicago Economic Club, der seit über 100 Jahren die Wirtschaftselite der US-Metropole vereint. Seine Herausforderin Kamala Harris hat einen Auftritt in Chicago abgelehnt. Doch Trump sucht die Nähe zu den Unternehmenskernern, um seine neue Vision für die größte Volkswirtschaft der Welt zu präsentieren. Es wäre nicht weniger als eine radikale Umgestaltung des Welthandels. Der Republikaner plant Importzölle von 60 Prozent auf Güter aus China und 20 Prozent auf alle anderen Einfuhren. Ökonomie-Professor Paul Krugman rechnet damit, dass so die Zölle insgesamt auf ein Niveau steigen werden, das die Welt seit den 1930er Jahren nicht gesehen hat.

„Das schönste Wort im Lexikon ist für mich der Begriff ‚Zoll‘“, schwärmte Trump in Chicago. Sein Kalkül: Höhere Einfuhrzölle würden ausländische Unternehmen dazu bewegen, ihre Produktion in die USA zu verlagern, was wiederum Investitionen, Arbeitsplätze und das Wirtschaftswachstum der USA ankurbeln würde.

Trump verspricht niedrigere Steuern, und das kommt an

Gleichzeitig verspricht Trump massive Steuersenkungen, die die Staatsverschuldung der USA auf 150 Prozent der Wirtschaftsleistung erhöhen könnten – ein neuer Rekord. Doch Trump winkt ab. „Wir sind sehr auf Wachstum bedacht“, stellt er klar. Es passt zu den Aussagen, die er nur wenige Wochen vorher machte: „Ich möchte, dass deutsche Autofirmen zu amerikanischen Autofirmen werden.“

Bei Ben Mason aus Philadelphia im US-Bundesstaat Pennsylvania kommt das gut an. Der Mann mit Bart und Baseball-Mütze hat seinen Job als Lkw-Fahrer verloren und schlägt sich mit Gelegenheitsjobs durch. Einer hat ihn gerade nach New York verschlagen, wo er in einem Touristenshop Fan-Artikel von Trump begutachtet. „Trump traut sich wenigstens mal was“, sagt Ma-

son und ist überzeugt: „Nur unter ihm werden sich die Dinge wirklich ändern.“

Es ist paradox: Die US-Wirtschaft ist wachstumsstark, innovativ und technologisch dominant. Sie treibt derzeit die Weltwirtschaft an und die Aktienkurse von US-Unternehmen gleich mit, weil Europa und China schwächeln. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet damit, dass die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 2,8 Prozent wachsen wird. Deutschland dagegen steckt in einer Stagnation. Vergleicht man die Wirtschaftsleistung pro Kopf in China, Deutschland und den Vereinigten Staaten, zeigt sich, dass Amerika seine Führung zuletzt immer deutlicher ausbauen konnte.



Das schönste Wort im Lexikon ist für mich der Begriff „Zoll“.

DONALD TRUMP

Doch Kamala Harris, die als Vizepräsidentin unter Joe Biden große Teile dieses Aufschwungs mit verantwortet hat, bekommt dafür wenig Anerkennung. Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff sieht dafür vor allem einen Grund: die Inflation. „Wenn man den Leuten sagt, dass die Inflation auf zwei Prozent sinkt, dann hilft ihnen das nicht viel. Sie schauen auf die Preise im Supermarkt und was sie für Benzin zahlen und für alles andere“, gibt er zu bedenken. Schließlich sinken die Preise nicht, sie steigen nur weniger stark an als noch vor einem oder zwei Jahren. Gleichzeitig steigen die Löhne bei einem immer noch starken Arbeitsmarkt. Und dennoch kommen die vielen guten Nachrichten nicht gleichermaßen bei den Wählern an. Wer zum Beispiel vor der Pandemie ein Haus gekauft hat, als die Zinsen niedrig waren, der bekommt von der anhaltenden Wohnungsnot nicht viel mit.

Trump-Fan Mason spürt das indes sehr stark. Um 200 Dollar pro Monat sei seine Miete gestiegen. Die Kosten für Nahrungsmittel sorgen zusätzlich für gestiegene Kosten. „Früher konnte man noch zu zweit für 50 Dollar gut Essen gehen. Das geht schon lange nicht mehr“, sagt er. Auch der Besuch im Supermarkt sorgt regelmäßig für schlechte Laune, genauso wie der Blick auf seine Kreditkartenabrechnung. Wie viele Amerikaner hat auch er Kreditkartenschulden angehäuft. Landesweit

besteuern, den Spitzensteuersatz für Personen erhöhen, die mehr als 400.000 Dollar im Jahr verdienen, und die Kapitalertragsteuer für Einkommensmillionäre anheben. Auch ihre Programme würden die Staatsschulden erhöhen, allerdings nicht so stark wie die von Trump.

Das Committee for a Responsible Federal Budget (CRFB), eine überparteiliche Interessenvertretung, schätzt, dass Trumps Pläne die kumulierten Haushaltsdefizite über zehn Jahre hinweg auf 7,5 Billionen Dollar wach-

sen lassen würden. Harris' Ideen sind der Untersuchung zufolge rund halb so teuer. Die Vize-Präsidentin positioniert sich im Wahlkampf jedoch im Wesentlichen als Kandidatin der Stabilität, die die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Landes achtet und eine Alternative sein will zu Trump, der bereits in seiner ersten Amtszeit für seine Lügen und sein erratisches Verhalten bekannt und gefürchtet wurde. In einem Interview mit der „New York Times“ warnte John Kelly, sein früherer Stabschef in Weißen Haus, vor Trumps Vorliebe für Diktatoren. Er „bevorzugt sicherlich die diktatorische Herangehensweise“, sagte Kelly.

Den Inflation Reduction Act, den Biden vor gut zwei Jahren als das größte Investment in erneuerbare Energien und Klimaschutz der Geschichte unterzeichnet hatte, würde Harris ebenfalls weiterführen. Schon jetzt hätten Unternehmen Investitionen im Wert von 900 Milliarden Dollar angekündigt, heißt es in einer Erklärung des Weißen Hauses. Diese sollen mehr als 300.000 Jobs schaffen.

Wendy Jacobs will sich gar nicht vorstellen, wie es wäre, wenn sich die USA wieder von ihrem Vorstoß zu erneuerbaren Energien abwenden würden, so wie es Trump angekündigt hat. „Harris hat eine Vision für die Zukunft, nach den vielen Waldbränden und Hurrikans in diesem Jahr ist es doch ganz klar, dass wir auf erneuerbare Energien setzen müssen“, sagt die Frau mit den langen braunen Haaren, die als Pro-

grammiererin in Denver im US-Bundesstaat Colorado arbeitet und ihren richtigen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will. Nachrichten schaut sie sich schon gar nicht mehr an. „Die erste Amtszeit von Trump war schon so düster, ich will auf keinen Fall, dass wir wieder solche Zeiten erleben.“

grammiererin in Denver im US-Bundesstaat Colorado arbeitet und ihren richtigen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will. Nachrichten schaut sie sich schon gar nicht mehr an. „Die erste Amtszeit von Trump war schon so düster, ich will auf keinen Fall, dass wir wieder solche Zeiten erleben.“

Volkswirte fürchten Folgen für Verbraucher

Ökonomen warnen unterdessen vor den negativen Folgen, die Trumps anvisierte Zölle haben würden. So gaben in einer Umfrage unter Wirtschaftswissenschaftlern der University of Chicago 95 Prozent der Befragten an, dass „ein wesentlicher Teil der Zölle von den Verbrauchern des Landes, das die Zölle einführt, getragen wird – durch Preiserhöhungen.“ Zölle lösten in der Regel Vergeltungsmaßnahmen aus und führten zu großen Produktionsproblemen, da die Lieferketten der USA nicht auf eine neue Ära der Abschottung ausgerichtet seien, warnt Bill Dudley, der frühere Chef der regionalen Notenbank in New York. Flächendeckend höhere Zölle würden nicht die Wirtschaft ankurbeln, sondern die Inflation erhöhen und das Wachstum beeinträchtigen, schrieb er in einem Gastbeitrag für die Nachrichtenagentur Bloomberg. „Wähler müssen erkennen, dass Trump keine Ahnung hat, wovon er redet.“

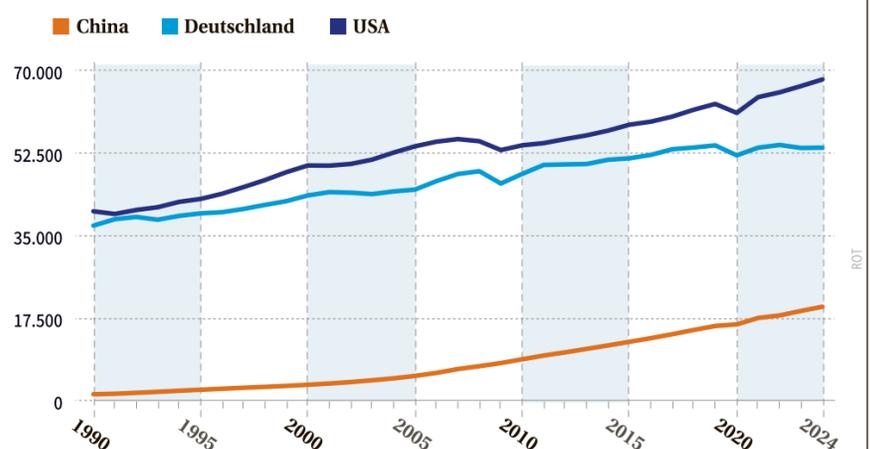
Astrid Dörner

Die Autorin ist US-Korrespondentin für das „Handelsblatt“.

Der Vergleich der Wirtschaftsleistung pro Kopf in Kaufkraftparitäten (KKP) zeigt, dass Amerikaner sich im Durchschnitt immer mehr leisten können. In Deutschland dagegen stagniert der Wohlstand.

Amerika baut Führung aus

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Dollar (in Kaufkraftparitäten)



Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database Stand: April 2024 Grafik: Stephan Roters

Grenzen schließen, Migranten deportieren, Militär einsetzen

Wahlkampf mit Hass und Hetze

Donald Trump hat den Ton in der Debatte um illegale Migration massiv verschärft. Wären seine Abschiebepläne überhaupt umsetzbar?

Kein Thema hat Donald Trump im Präsidentschaftswahlkampf so forciert wie die illegale Einwanderung. Bei keinem anderen Thema, mit Ausnahme der hohen Verbraucherpreise und der Inflation, war seine Widersacherin Kamala Harris bis zuletzt so sehr in der Defensive.

Der Ex-Präsident beschreibt sein Land als von Schwerverbrechern, Mördern, Vergewaltigern und Geistesgestörten überrannt. Er nennt die Asylsuchenden „Tiere“ und menschlichen „Müll“. Amtsinhaber Joe Biden und seiner Stellvertreterin wirft er vor, seit 2021 etwa 25 Millionen Flüchtlinge unkontrolliert über die amerikanisch-mexikanische Grenze ins Land gelassen zu haben. Die meisten davon seien kriminell und gefährlich. Nur die „größte inländische Abschiebeaktion in der amerikanischen Geschichte“ könne die Misere beenden, so Trump.

Obwohl das Heimatschutzministerium von insgesamt rund 11,5 Millionen Menschen ohne entsprechende Aufenthaltsberechtigungen spricht, verfängt in Umfragen Trumps Horrorszenerario von einer „Nation am Abgrund“, weil die Demokraten angeblich die Grenzen geöffnet hätten.

Zahl der illegalen Einwanderer ist zuletzt deutlich gesunken

Aber stimmt das so? In Trumps letzten Amtsmonat im Januar 2021 wurden laut US-Grenzschutz 75.000 Asylsuchende entlang der 3.400 Kilometer langen Grenze registriert. Im Juli dieses Jahres lag die Zahl bei 57.000. Bereits seit Februar hat es zwischen San Diego im äußersten Westen und Brownsville im grenznahen Süden von Texas von Monat zu Monat immer weniger illegale Einwanderung gegeben. Als Gründe dafür nennen Migrationsexperten unter anderem die Einführung einer Handy-App, mit der Flüchtlinge sich vor Einreichung ihres Asylgesuchs bei den US-Behörden anmelden müssen. Andernfalls werden sie zurückgeschickt. Parallel dazu hat die Biden-Regierung mit Mexiko Maßnahmen vereinbart, wel-



Zwei Männer überwinden bei Auburn Hills im US-Bundesstaat Michigan einen Drahtzaun. Im Hintergrund warten Asylsuchende an der Mauer, die Mexiko und die USA trennt, auf ihre Registrierung. Im Juli waren es 57.000 entlang der Grenze.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/David Peinado

che die Zahl der ankommenden Arbeitsflüchtlingen aus Latein- und Mittelamerika an der US-Grenze senken sollen. Im Heimatschutzministerium in Washington erwarten Experten, dass die neue mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum mit einer Präsidentin Kamala Harris „unaufgeregter und zielorientierter zusammenarbeiten würde“, als dies unter Trump möglich wäre.

Der 78-Jährige hat dem Nachbarland mit einem Einsatz des US-Militärs gegen die Drogenkartelle gedroht. Anfang 2024 ließ er zudem eine überparteilich ausgehandelte Reform der Einwanderungspolitik, die etwa die beschleunigte Rückführung von nicht asylberechtigten Flüchtlingen und 1.500 Grenzschilder zusätzlich vorsah, aus taktischen Gründen scheitern. Trump wollte mit dem Thema Wahlkampf machen. Darum verschärfte er den Sommer über seine Rhetorik, sprach von Schmarotzern, die Amerikanern „die Arbeitsplätze wegnehmen“ und „das Blut

unseres Landes vergiften“. Dass Trump nach Überzeugung vieler Experten mit seinem Abschiebeplan die Wirtschaft zum Absturz bringen, Familien und Nachbarschaften zerreißt sowie Polizei und Justiz in einen Alptraum stürzen würde, blieb unterbelichtet.

Geht es nach Trump, sollen bewaffnete Truppen von Militär, Nationalgarden, lokalen Sheriffs- und Polizei-Departements zusammen mit den Fahndern der Behörde „Immigration and Customs Enforcement“ (ICE) in allen 50 Bundesstaaten in Gemeinden eindringen, an Türen klopfen, Arbeitsplätze und Wohnungen durchsuchen und mutmaßliche Einwanderer ohne Papiere willkürlich verhören, festnehmen, internieren und so zügig wie möglich per Flugzeug außer Landes bringen. Auf der praktischen Ebene sei das „nahezu unmöglich“, sagt der frühere Heimatschutz-Experte John Sandweg. Szenen von Massenverhaftungen würden das Land erschüttern und einen

öffentlichen Aufschrei erzeugen. Ein anderer Grund: Über ein Dutzend Bundesstaaten und über 200 Kommunen sind „sanctuary cities“ – also „Zufluchtsstädte“, die eine Kooperation mit den Abschiebungsbeamten der ICE ausschließen.

Experten: Trumps Abschiebepläne sind teuer und »realitätsfern«

Nach einer Studie des rechtsorientierten „American Action Forum“ würden die Abschiebung von elf Millionen Illegalen rund 265 Milliarden Dollar verschlingen. Bei 25 Millionen Menschen stiege der Betrag auf über 500 Milliarden Dollar. Unvorstellbar, dass der Kongress solche Summen bewilligen würde, sagen Experten. Realitätsfern, finden Migrationsforscher der Georgetown-Universität, sei die Deportationsidee auch aus anderen Gründen. Das Gros der illegalen Migranten lebt seit zehn, 15 Jahren in der Regel unbescholten in den USA, geht geregelter Arbeit nach,

zahlt Steuern, finanziert die sozialen Sicherungssysteme mit und schickt seine Kinder auf den amerikanischen Bildungsweg. Diese Menschen in kurzer Zeit ausfindig zu machen und bis zur Abschiebung in neu zu bauenden Internierungslagern entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze unterzubringen, ist nach Angaben von Anwälten in Washington, die beruflich mit dem Thema zu tun haben, „absolut illusorisch“. Auch weil rund 3,5 Millionen illegale Einwanderer minderjährige Kinder haben, die – weil in den USA geboren – amerikanische Staatsbürger sind.

Der wichtigste Grund, auf den Kamala Harris und die Demokraten zuletzt häufiger zu sprechen kamen, liegt in der Wirtschaft. Die massenhafte Ausweisung würde nach Berechnungen von Robert J. Shapiro, einst Unterstaatssekretär für Handel in der Regierung von Bill Clinton, eine Rezession auslösen und die Inflation anheizen. Die US-Wirtschaft würde durch einen Mangel an Niedriglohnarbeitern massiv schrumpfen, zitiert ihn das Magazin „Mother Jones“. Viele Wirtschaftszweige sind auf „undocumented immigrants“ angewiesen, weil alteingesessene Amerikaner für die teils körperlich schwere und mäßig bezahlte Arbeit nicht zur Verfügung stehen.

Am stärksten betroffen wäre die Landwirtschaft, in der die Hälfte der Arbeitskräfte illegal sind. Pierre Mérel von der „University of California“ in Davis, prophezeit, dass die arbeitsintensive Obst- und Gemüseernte extrem betroffen sein würde. Ein 50-prozentiger Rückgang des Arbeitskräfteangebots in der Landwirtschaft, so seine Studie, würde zu einem Preisanstieg von circa 20 Prozent für handgepflückte Feldfrüchte führen. Im Falle eines Wahlsieges von Kamala Harris würde es dazu nicht kommen. Die Demokratin hat angekündigt, eine bessere Balance zwischen humanitären Asylbeweggründen und den Aufnahmekapazitäten der USA zu finden.

Dirk Hautkapp

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

INTERVIEW ZU BLACK LIVES MATTER

»Struktureller Rassismus ist keine Idee von Aktivisten, sondern Realität«

Herr Wendt, 2013 löste der Freispruch eines Nachbarschaftswächters, der den schwarzen Teenager Trayvon Martin in Sanford, Florida, erschossen hatte, eine Welle des Protests aus. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich unter dem Hashtag #Black Lives Matter eine internationale Bewegung gegen Rassismus und Polizeigewalt. Wie lässt sich dieser Erfolg erklären?

Der große Unterschied zwischen Black Lives Matter und der Bürgerrechtsbewegung der 1950er- und 1960er-Jahre ist die Existenz sozialer Medien. Mit wenigen Klicks lassen sich heute Tausende Menschen mobilisieren, während früher Flugblätter gedruckt und verteilt werden mussten. Dass nach dem Tod von George Floyd...

...der 2020 bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis, Minnesota, qualvoll erstickte...

...schätzungsweise zwischen 15 und 26 Millionen Menschen allein in den USA auf die Straße gingen, wäre ohne Social Media nicht denkbar gewesen. Neue Technologien wie Handys mit Kamera haben zudem die Wahrnehmung des strukturellen Rassismus und speziell

der Polizeigewalt verbessert. Diese ließ sich damit viel leichter dokumentieren, publik machen und vor allem weit verbreiten. Das Handyvideo von Floyds Tod machte einen großen Unterschied.

Knüpft Black Lives Matter an die Bürgerrechtsbewegung an?

Als gewaltlose Massenprotestbewegung hat Black Lives Matter klare Anknüpfungspunkte zu ihr. Inhaltlich orientiert sie sich aber weniger an Martin Luther King als an Black Power. Die Bewegung, deren sichtbarste Organisation die Black Panther Party war, prangerte bereits 1966 Polizeigewalt und strukturellen Rassismus an, der sich nicht allein durch eine Bürgerrechtsgesetzgebung beseitigen lasse.

Gibt es auch neue Ansätze?

Ja. Black Lives Matter, übrigens initiiert von drei Frauen, will eine basisdemokratische Bewegung sein, in der es nicht nur um schwarze Männer geht, sondern ganz im Gegenteil auch um Frauen, queere Menschen, Transpersonen und alle anderen marginalisierten Gruppen, die doppelt von Diskriminierung und Unterdrückung betroffen sind.



Professor Simon Wendt

© privat

Nach Floyds Tod erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt. Viele Weiße solidarisierten sich, auch viele Prominente. Wo steht sie heute?

2020 war die Mobilisierung auf ihrem Höhepunkt. Doch das Jahr markiert auch den Anfang eines beginnenden Wandels der öffentlichen Meinung. Ein Grund dafür ist, dass die Proteste einzeln gewaltsam wurden. Zusammen mit den massiven Anfeindungen der Trump-Administration sowie rechter Gruppen hat das die Unterstützung für die Bewegung geschwächt. Hinzu kam

interner Streit über die Verwendung von Spenden. Heute ist die Bewegung zersplittert. Auf lokaler Ebene sind viele Ortsgruppen aber noch aktiv.

Sichtbarkeit und Einfluss sind aber geschrumpft.

Angesichts der konservativen Gegenbewegung, die wir gegenwärtig erleben, ist das nicht verwunderlich. Ideen für einen nachhaltigen strukturellen Wandel, für Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion haben es nicht leicht – und sollte Donald Trump die Wahl gewinnen, wird es noch schwieriger.

2020 spielte Black Lives Matter im Wahlkampf für die Mobilisierung gegen Trump eine wichtige Rolle. Nun zeigen Umfragen, dass Trump gerade bei jungen schwarzen Männern punkten kann. Wie ist das zu erklären?

Afroamerikaner sind längst kein einheitlicher Wählerblock mehr. Die Community ist – eine Errungenschaft der Bürgerrechtsbewegung – viel heterogener geworden. Und darunter gibt es auch Männer, die sich nicht mehr in einer Opferrolle sehen und über Afroamerikaner als unterdrückte Minderheit sprechen wollen. Der amerikani-

sche Traum, die Vorstellung, es durch harte Arbeit nach oben zu schaffen, ist für sie viel attraktiver. Und Trump, der sich gern als Selfmade-Milliardär darstellt, vertrauen sie offenbar mehr, diesen Traum zurückzubringen.

Die eigene finanzielle Lage ist also wichtiger?

Ja, der eigene Geldbeutel ist auch vielen Afroamerikanern gerade wichtiger als der Kampf gegen Rassismus.

Was hat Black Lives Matter dennoch erreicht?

Auch wenn es noch immer Polizeigewalt gibt, so hat die Bewegung es doch geschafft, das Bewusstsein für strukturellen Rassismus zu stärken. Er ist nicht etwa eine Idee von militanten Aktivisten, sondern Realität.

Das Gespräch führte Sandra Schmid

Der Historiker Simon Wendt ist Professor für Amerikanistik an der Universität Frankfurt am Main. Eine von ihm geleitete Forschungsgruppe untersucht die Vorläufer von Black Lives Matter im 20. Jahrhundert.

Systemwettbewerb zwischen USA und China

»Frieden durch Stärke« oder Konfrontation

Nach Jahrzehnten von Ambivalenz wurden im Wahlkampf nun klare Kontraste der zukünftigen China-Politik der USA sichtbar, US-Vizepräsidentin Kamala Harris will den Kurs Joe Bidens fortsetzen, während Donald Trump auf Konfrontation setzt

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist das Verhältnis zwischen den USA und China von einer bemerkenswerten Ambivalenz geprägt. Mit seiner historischen Reise nach Peking im Jahr 1972 versuchte der damalige Präsident Richard Nixon, ein versöhnliches Zeichen zu setzen. In den Jahrzehnten danach folgte ein Wechselbad der Gefühle. Militärübungen im südchinesischen Meer und Drohgebärden gegenüber Taiwan versetzten Washington in Alarmbereitschaft. Auch kam es immer wieder zu Vorwürfen seitens der Amerikaner, Peking würde den Wechselkurs der chinesischen Währung Renminbi manipulieren, um Ausfuhren in die USA zu verbilligen. Nach der Jahrtau-

sendwende gesellten sich neue Konflikte hinzu. Von US-Seite kamen die Vorwürfe des Datenklau und der Produktpiraterie. Dazu das hartnäckig hohe Handelsdefizit, das die USA seit über 30 Jahren gegenüber China verzeichnen. Der immense Fehlbetrag im Außenhandel war vor allem dem 45. Präsidenten Donald Trump ein Dorn im Auge. Sollte er am 5. November erneut gewählt werden, dann läge ein Handelskrieg zwischen den beiden weltgrößten Wirtschaftsmächten im Bereich des Möglichen. Schließlich hat Trump damit gedroht, sämtliche Importe aus China mit historisch hohen Zöllen zu überziehen. Einen weniger rigiden Kurs würde die demokratische Spitzenkandida-

tin und amtierende Vizepräsidentin Kamala Harris steuern. Sie will die Regierung von Staatspräsident Xi Jinping wegen ihrer protektionistischen Handelspolitik ebenfalls zur Rechenschaft ziehen. Harris würde aber weniger auf Konfrontation setzen. Sie würde an die Doktrin ihres derzeitigen Chefs Joe Biden anknüpfen, und die heißt: Frieden durch Stärke.

Präsident Barack Obama stellte Weichen mit »Pivot to Asia«

Die Weichen für Bidens China-Politik hatte sein früherer Chef Barack Obama gestellt. 2010 hatte Obama den »Pivot to Asia«, also den Schwenk in der amerikanischen Sicherheitspoli-

tik vom transatlantischen hin zum transpazifischen Raum, eingeleitet. Auf der einen Seite wollte er die Zusammenarbeit mit Peking verstärken, insbesondere im Kampf gegen die globale Erwärmung. Gleichwohl geißelte er die militärischen Muskelspiele des chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dessen Beharren auf Gebietsansprüchen im süd- und ostchinesischen Meer.

Obama steuerte einen zweigleisigen Kurs und konzentrierte sich auch auf bilaterale Beziehungen in der Region. So verstärkte das Weiße Haus zum einen die Militärbeziehungen mit Ländern wie Australien, Vietnam und den Philippinen. Auch bot Obama an, für das Jahr 2016 beim ASEAN-Gipfel die Rolle des Gastgebers zu übernehmen. Darüber hinaus war er eine der treibenden Kräfte hinter der Gründung der Transpazifischen Partnerschaft (TPP). Das Handelsabkommen mit elf Staaten, China ausgenommen, wurde aber nie Realität. Trump kündigte den Vertrag auf, noch ehe der US-Kongress den Pakt absegnen konnte.

Obamas »Pivot to Asia« litt aber nicht nur unter dem Unilateralismus der Marke Trump und der Tatsache, dass sein Nachfolger die transpazifische Partnerschaft verließ. Chinas Drohgebärden gegenüber Taiwan und der wachsende Handelsüberschuss belasteten zudem das bilaterale Verhältnis zwischen Washington und Peking. Hinzu kamen finanzielle Engpässe. Die Zwangseinsparungen, die der Haushaltskompromiss mit den Republikanern vorgeschrieben hatte, bedeuteten, dass die USA ihre Militärpräsenz in der Region stark einschränken mussten. Washington musste sogar den Gürtel derart eng schnallen, dass Präsident Obama 2016 außerstande war, zum APEC-Gipfel zu reisen.

Hillary Clinton und »Amerikas pazifisches Jahrhundert«

Umso größer war während der Schlussphase der Obama-Administration das Engagement seiner Außenministerin Hillary Clinton. Auch

und späteren Präsidentschaftskandidatin waren eine deutliche Verstärkung der US-Militärpräsenz und ein größerer Einsatz im Kampf für Demokratie und Menschenrechte.

Clintons ambitionierter Plan endete mit der verlorenen Präsidentschaftskandidatur, doch er war ohnehin auf gemischte Reaktionen gestoßen. Die australische Regierung zum Beispiel lobte den Ansatz. Der Historiker Robert Ross von der Harvard-Universität sah die Dinge aber kritischer. »Das wäre alles sehr gefährlich gewesen. Das massive Engagement des geopolitischen Rivalen USA im eigenen Hinterhof hätte China eingeschüchtert und verunsichert«, ist der Experte überzeugt. Er vermutet, dass Peking mit Aggressivität reagiert hätte, es zu regionalen Unruhen gekommen wäre und Hoffnungen auf eine bilaterale Kooperation auf der Strecke geblieben wären.

Unterdessen hat die China-Politik während des laufenden Präsidentschaftswahlkampfes eine vergleichsweise untergeordnete Rolle gespielt. Gleichwohl haben beide Kandidaten ihre Position mehr oder minder deutlich artikuliert. Dabei nimmt der Außenhandel eine zentrale Rolle ein. Schließlich belief sich das bilaterale Defizit der USA gegenüber China im Handel mit Waren 2023 auf fast 280 Milliarden Dollar.

Der »neue republikanische Protektionismus« von 2017 bis 2020 wurde in der Person des 45. Präsidenten Trump verkörpert. Er überzog das Reich der Mitte mit 380 Milliarden Dollar an Abgaben auf Importe. Im Falle eines Wahlsieges will Trump nun sogar noch nachlegen, ungeachtet der Warnungen, die zahlreiche Ökonomen ausgesprochen haben (siehe auch Seite 13). Sollte er im Januar die Nachfolge von Präsident Joe Biden antreten, dann hat er angedroht, die Abgaben für Einfuhren aus China auf 60 Prozent anzuheben.

Mit Blick auf die Schlussphase des Wahlkampfes sind die Zölle für Trumps Konkurrentin Harris ein gefundenes Fressen. Sie geißelte Trumps Pläne. Diese seien nichts an-

Kräfte messen: US-Präsident Joe Biden (rechts) und der chinesische Präsident Xi Jinping beim Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) in San Francisco. © picture-alliance/AP/Doug Mills



Das wäre alles sehr gefährlich gewesen. Das massive Engagement des geopolitischen Rivalen USA im eigenen Hinterhof hätte China eingeschüchtert und verunsichert.

ROBERT ROSS, CHINA-EXPERTE DER HARVARD-UNIVERSITÄT

während ihrer Kampagne zu den US-Präsidentschaftswahlen 2016, bei der sie Trump unterlag, betonte Clinton »Amerikas pazifisches Jahrhundert«. Auf den transpazifischen Raum entfalle die halbe Weltbevölkerung, argumentierte sie. Dort Märkte für amerikanische Verbraucher, Unternehmen und Investoren zu erschließen, sei nicht nur für die US-Wirtschaft und speziell den Außenhandel entscheidend, sondern für die gesamte Region von enormer strategischer Bedeutung. Dort gelte es schon deswegen Frieden zu bewahren, um offene Handelswege sicherzustellen. Ein weiterer Eckpunkt ihrer Politik bestand in einer rigiden Vorgehensweise gegen Nordkoreas Nuklearprogramm. Für die Umsetzung ihrer hochgesteckten Ziele hatte die Demokratin einen Sechs-Punkte-Plan. Dieser bestand zum einen aus einer Verstärkung der bilateralen Beziehungen zu einzelnen Ländern, wobei China besondere Bedeutung beigemessen werden sollte. Weitere Anliegen der früheren Außenministerin

deres als »eine unzumutbare Mehrwertsteuer auf Güter des täglichen Bedarfs«, sagte sie. Zudem hat Harris ihre sicherheitspolitischen Pläne deutlich artikuliert. Sie tritt für die Beibehaltung der »One China«-Politik ein, die seit 1972 ein Eckpfeiler der US-Strategie im asiatisch-pazifischen Raum ist. Demnach erkennen die USA nur die Volksrepublik China an, respektieren aber ebenso Taiwans Recht auf politische Autonomie und Selbstverteidigung. Zweifel bestehen jedoch, inwieweit sie Bidens Versprechen, Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs militärisch zu verteidigen, tatsächlich nachkommen würde. Trump versucht hingegen, auch in der Geopolitik kaufmännische Prinzipien einzusetzen. »Wenn wir Taiwan zu schützen und zu verteidigen haben, dann sollten sie uns dafür bezahlen«, hat er wiederholt betont und würde dies wohl auch im Falle eines Wahlsieges umsetzen. Peter DeThier

Der Autor ist Washington-Korrespondent der »Börsen-Zeitung«.



Tosender Applaus: Präsident Selenskyj während seiner Rede vor dem US-Kongress im Dezember 2022.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Carol Guzy

Ukraine-Unterstützung nach US-Wahlen

Banger Blick in die USA

Wie die Ukraine-Unterstützung der USA nach den Wahlen konkret aussehen wird, ist unklar. Europa wird mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen stellvertretend für die ganze Welt gegen Putins autokratisches Regime, um auch andere Aggressoren in Schach zu halten.“ Mit dieser Botschaft war der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am 21. Dezember 2022 nach Washington gereist, um im US-Kapitol vor beiden Kammern des Kongresses zu sprechen. Nach seiner Rede erhoben sich die US-Politiker und spendeten Selenskyj minutenlang Applaus.

Knapp zwei Jahre später scheint die Unterstützung für das von Russland überfallene Land zu bröckeln. Als Präsident Selenskyj Ende September die USA besuchte, war lange nicht klar, ob sich führende republikanische Politiker überhaupt mit ihm treffen würden, da die Fraktion über die weitere Unterstützung der Ukraine uneins war. Bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung blieben viele Stühle leer.

Es ist unklar, ob die USA größter Unterstützer der Ukraine bleiben

Mit bangem Blick verfolgen die Ukrainer die Entwicklungen in den USA. Das Land ist der größte Einzelunterstützer, der US-Kongress hat seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 fünf Hilfspakete mit einem Umfang von 175 Milliarden US-Dollar verabschiedet. Im Vergleich: Deutschland hat in dem Zeitraum Militärhilfen in Höhe von etwa 34 Milliarden Euro geleistet. Nicht nur den Ukrainern, sondern allen in Europa ist bewusst, dass sich der Kontinent in Zukunft stärker um sich selbst kümmern muss, egal, ob Kamala Harris oder Donald Trump das Rennen um das Weiße Haus gewinnen werden.

Welche Szenarien es dazu gibt, hat Dominik Tolksdorf, Experte für transatlantische Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), beschrieben. Auch bei einem Wahlsieg von Kamala Harris würde die US-Regierung eine stärkere Rolle der Europäer bei der Unterstützung der Ukraine einfordern. Das hieße, Europa müsste sich finanziell stärker als bisher an den Ukraine-Hilfen beteiligen.

Bei einer Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus wäre die Ukrainepolitik „um vieles unberechenbarer als unter Biden“, schreibt Tolksdorf. Trump sei der Auffassung, dass die Europäer viel mehr finanzielle und militärische Unterstützung leisten müssten, da das Überleben der Ukraine für sie wichtiger als für die USA sei.

Eine Trump-Administration könnte daneben Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Russland anstoßen, die die territoriale Integrität der Ukraine infrage stellen. Trump könnte dabei versuchen, die Ukraine zu Verhandlungen zu drängen, indem er droht, andernfalls jegliche US-Unterstützung auszusetzen. Zudem könnte Trump die Europäer unter Druck setzen, sich seiner Initiative anzuschließen, indem er ankündigt, andernfalls die US-Verpflichtung gegenüber der Nato-Bündnisverteidigung aufzuheben. Die vollständige Einstellung der US-Hilfe an die Ukraine gilt als Worst-Case-Szenario.

Auch in Deutschland beherrschen die Themen Verhandlungen und Waffenstillstand seit Monaten die politische Debatte. Angestoßen hatte sie Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, als er sich im März für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Kriegs aussprach. In

Kiew wird befürchtet, ein Waffenstillstand könnte zum Einfrieren des Konfliktes führen. Auch Experten wie Claudia Major – sie leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – sind alarmiert.

Fehler wie beim Minsker Abkommen nicht wiederholen

Major warnte bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung davor, jene Fehler zu wiederholen, die bei den Minsker Abkommen von 2014 und 2015 zwischen Russland und der Ukraine gemacht wurden. Das Abkommen, das in der weißrussischen Hauptstadt Minsk vereinbart wurde, sah nach der Annexion der Krim durch Moskau die Beendigung des Krieges im Donbass sowie die Beilegung des politischen Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine vor. Was tatsächlich geschah, war ein Verstetigen der russischen Besetzung in ukrainischen Gebieten und das Bevorteilen Russlands, stellte Major fest. Die politischen Fragen hinter dem Konflikt seien ungeklärt geblieben. Russland halte an seinen Zielen fest und lehne eine unabhängige ukrainische Identität und Staatlichkeit ab.

Die Ukraine hingegen hat für sich spätestens seit 2014 geklärt, dass sie ihre Zukunft in Europa, im Westen sieht. Deutschland hat die EU-Integration zuletzt stark unterstützt. Das hat gravierende strategische Folgen: Bei der Beilegung des Krieges geht es nicht nur um die Ukraine, sondern um die zukünftige Grenze zwischen der Europäischen Union und Russland. Und es sieht so aus, als wollten die USA in dieser Frage nicht die führende Rolle spielen, sondern es den Europäern überlassen. *Nina Jeglinski*

Stationierung von US-Raketen in Deutschland

Streit um die Abschreckung

Kritiker befürchten ein neues Wettrüsten

Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Stationierung von US-Langstreckenwaffen im Juli am Rande des Nato-Gipfels in Washington bekannt gab, ging die Meldung zuerst fast unter. Zwar sagte Scholz: „Diese Entscheidung ist lange vorbereitet und für alle, die sich mit Sicherheits- und Friedenspolitik beschäftigen, keine wirkliche Überraschung“, aber viele Teile der Öffentlichkeit wurden von der Ankündigung komplett überrascht. So verfestigte sich der Eindruck, dass die Bundesregierung es versäumt habe, die Öffentlichkeit rechtzeitig über dieses Vorhaben zu informieren.

Erstmals werden wieder US-Mittelstreckenwaffen stationiert

Erstmals seit den 1990er Jahren werden US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert. Dabei handelt es sich um drei Typen. Ab 2026 sollen Tomahawk-Marschflugkörper mit einer Reichweite bis zu 2.500 km entsendet werden. Damit würden von Deutschland aus Russlands westliche Militärbezirke im Zielbereich liegen. Zudem kommt die Standard Missile 6 (SM6), eine ballistische Rakete. Drittens wird die Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW), Code-name: Dark Eagle, stationiert. Diese Hyperschallrakete kann rund 3.000 Kilometer weit fliegen.

Damit reagiert die NATO auf die Stationierung nuklearfähiger Iskander-Raketen, die Russland 2018 in der Exklave Kaliningrad aufgestellt hat. Bundeskanzler Scholz hat die US-Stationierung als Beitrag zur Sicherung Deutschlands bezeichnet. „Das erhöht die Sicherheit wegen der Abschreckungswirkung“, sagte er. Doch die Kritik kam postwendend und ist seitdem nicht abgerissen. Mehr noch: Die Debatte hatte Auswirkungen auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Ostdeutschland. Dort hat vor allem das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) Wahlkampf gegen die Stationierung gemacht.

Aber auch in Teilen der SPD und bei den Grünen weckt die deutsch-amerikanische Vereinbarung Sorgen vor einem neuen Wettrüsten. In einem Papier für die Friedrich-Ebert-Stiftung stellte Wolfgang Richter, Oberst a.D. der Bundeswehr und lange Jahre deutscher Vertreter bei Abrüstungsgesprächen der Vereinten Nationen und der OSZE, fest: Die Absichtserklärung zur Raketenstationierung sei zwar auch eine Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und solle der Abschreckung vor einem Angriff auf

die Nato dienen. Doch sie folge primär einem US-Konzept von 2017. „Die Stationierung würde präzise konventionelle Überraschungsangriffe auf strategische Ziele in Russland erlauben und so das nukleare Gleichgewicht mit den USA, und die strategische Lage Deutschlands verändern“. In einer Krise könne dies zum russischen Präventivschlag führen. Zudem könnte der Schritt einen Stationierungswettrüsten auslösen und den letzten Rest an Rüstungskontrollen zerstören. Wenn der New Start-Vertrag Anfang 2026 ersatzlos auslaufe, gebe es keine rechtsverbindlichen Vereinbarungen mehr, die einen nuklearen Rüstungswettrüsten verhindern könnten. Die Risiken würden vor allem Europa betreffen, nicht die USA, die außerhalb der Reichweite russischer Mittelstreckenwaffen liegen.

Um das zu ändern, müsste Russland ähnliche Waffen auf Kuba oder in Venezuela stationieren. „Deeskalation ist in unserem Sicherheitsinteresse, darüber muss mit Moskau trotz des Ukrainekrieges gesprochen werden“, fordert Richter. Doch von Dialog sei aktuell keine Rede. Dieser Einschätzung widerspricht Fabian Hinz, Research Fellow am International Institute for Strategic Studies in Berlin. Die gegenwärtige Lage unterscheide sich deutlich von jener in den 1980er Jahren. Damals habe der Konflikt im Zeichen nuklearer Trägersysteme gestanden, während es sich bei der aktuellen US-Stationierung bisher ausschließlich um konventionell bestückte Systeme handele. Zudem habe zwischen den beiden Machtblöcken eine ungefähre Parität in Bezug auf Nuklearwaffen und deren Trägersysteme geherrscht, und es habe grundsätzlich Gesprächsbereitschaft bestanden.

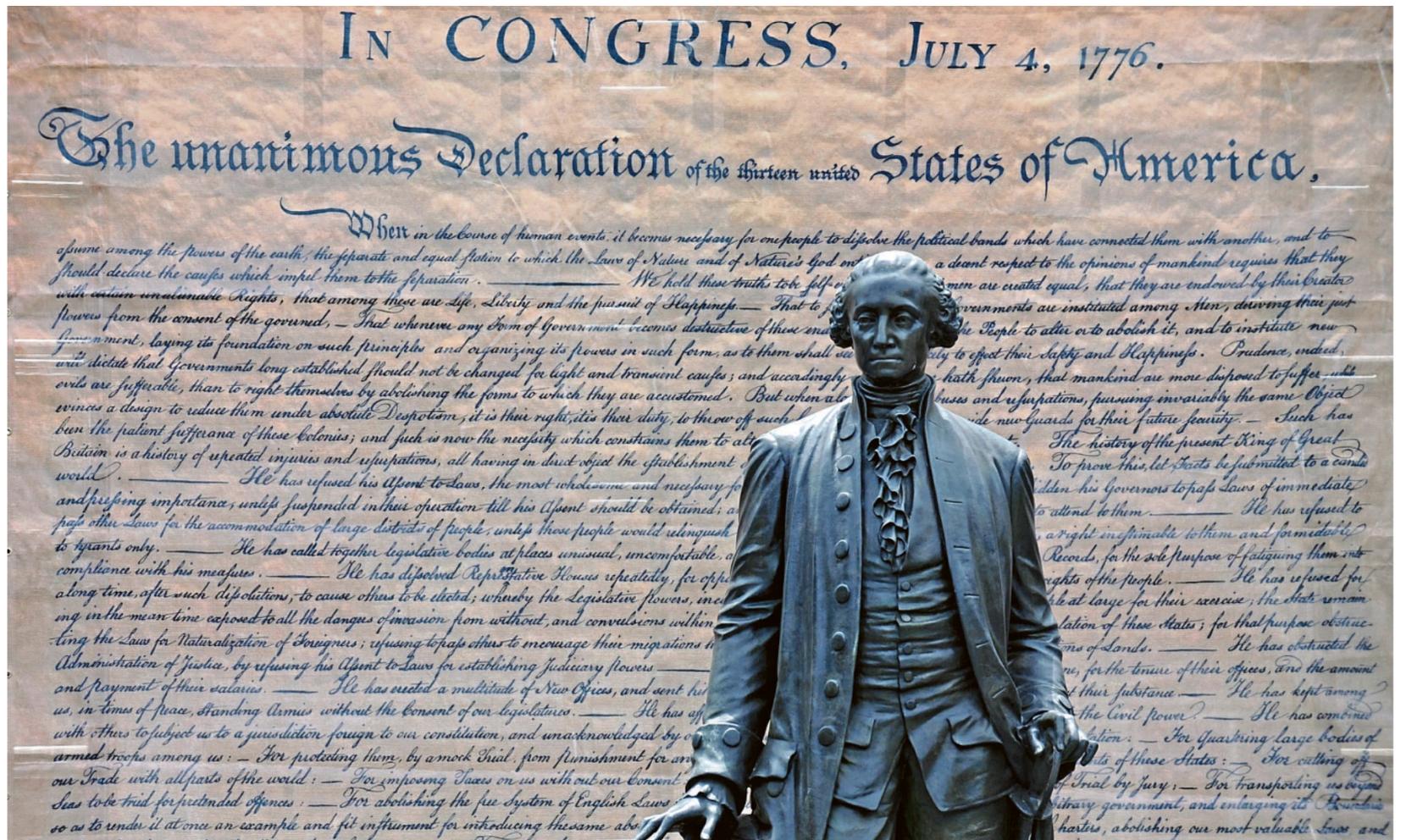
„Heute fehlt dieses Fundament. Russland agiert nicht mehr als europäische Status-quo-Macht, sondern als aggressiv revisionistischer Akteur“, sagt Hinz. Auch fehle eine an Ausgleich interessierte Figur, wie damals der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow. Aktuell müsse die Verteidigungsfähigkeit des eigenen Landes und des eigenen Bündnisses gesichert werden. Dazu gehörten auch präzise und reaktionsschnelle Abstandswaffen, wie jene, die die USA nun stationieren möchten. Die Stationierung der US-Raketen könne jedoch nur ein erster Schritt sein. Grundsätzlich sei es „unerlässlich, mittel- und langfristige über eigene europäische Fähigkeiten im Bereich bodengestützter weitreichender Waffen nachzudenken“, sagt Fabian Hinz.

Nina Jeglinski



Bundeskanzler Scholz verkündet die Stationierung von US-Raketen.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld



Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung hat eine neue Ära der Demokratie eingeleitet, der Beginn moderner republikanischer Staaten. Ihr Verfasser: Thomas Jefferson, der von 1801 bis 1809 als dritter US-Präsident die Vereinigten Staaten führte.

© picture alliance/abaca/
Dennis Van Tine

Die Freiheitsstatue in New York, der Grand Canyon in Arizona, Disney World in Florida: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das Land der schier unbegrenzten Reisemöglichkeiten, von Naturschönheiten bis zu historischen Sehenswürdigkeiten. In Washington ragt der imposante Capitol Hill über die Hauptstadt. Das Parlamentsgebäude ist der Hort der ältesten existierenden Demokratie der Welt. So traf es nicht nur die USA, sondern Demokratiefreunde weltweit ins Mark, als ein aufgeputschter Mob am 6. Januar 2021 das Kapitol stürmte. Gewählte Volksvertreter mussten aus dem Sitzungssaal des Senats um Leib und Leben fürchtend fliehen. „Amerika, du hast es besser?“ Die polarisierte politische Stimmung lässt einen an diesen Worten zweifeln, die der größte deutsche Dichter 1827 den Vereinigten Staaten widmete. Goethe schrieb dies 51 Jahre, nachdem dreizehn britische Kolonien ihre Unabhängigkeit von König George III. und dessen Weltreich erklärt hatten, um einen Staat zu formen, der auf individuellen Freiheitsrechten fußen sollte, auf Gewaltenteilung und republikanischen Prinzipien.

Die Unabhängigkeitserklärung als Ausgangspunkt des Westens

Wer sich in diese Gründer-Zeit zurückversetzen will, kann sich in Amerikas Hauptstadt ins Auto setzen und rund zweieinhalb Stunden Richtung Südwesten fahren, vorbei an den saftgrünen Wiesen Virginias und den typischen weiß strahlenden Holzzäunen, durch kleine, gepflegte Städtchen und erreicht dann das beschauliche Charlottesville. In dessen Süden, getrennt durch die Interstate 64, findet sich ein echtes Juwel aus der Zeit der Gründerväter Amerikas. Kein Schloss liegt hier, keine Wallfahrtsstätte mit dem Grab eines Heiligen, sondern ein Bürgerhaus. Eine Farm. Monticello hieß das Heim und die Plantage des vielleicht wichtigsten

» Benutzt die Gegenwart mit Glück! / Und wenn nun Eure Kinder dichten, / Bewahre sie ein gut Geschick / Vor Ritter-, Räuber- und Gespenstergeschichten.

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE

248 Jahre Demokratie

Quelle des Westens

1776 erklärten sich 13 Kolonien unabhängig von König George III. und dessen britischem Weltreich. Der Verfasser des entscheidenden Dokuments hat nicht nur die Geburt einer neuen Nation eingeleitet.

Amerikanern neben George Washington: Thomas Jefferson, Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, dem Gründungsdokument der USA. Diese Schrift ist Ausgangspunkt dessen, was später in der Weltordnung zum freien Westen wurde. Jeffersons Landgut zählt seit 1987 zum Weltkulturerbe. Hier hängt noch immer das 1789 angefertigte Porträt John Lockes, jenes englischen Philosophen, der Jeffersons Denken prägte. Auf Locke geht die Idee der Gewaltenteilung zurück, staatliche Macht sollte in die ausführende Gewalt, die Exekutive, und die gesetzgebende Gewalt, die Legislative, geteilt werden. Der Franzose Montesquieu übernahm diese Idee später, ergänzte sie mit der Judikative um eine dritte Gewalt. Diese Grundpfeiler eines republikanischen Systems von „Checks and Balances“ wurden erstmals in der US-Verfassung verwirklicht.

Es ist »ihre Pflicht, solche Regierung abzuwerfen«

Wer Jeffersons Spuren folgen will, der sollte von Monticello Richtung Norden fahren. Denn Jefferson verfasste das wichtigste Dokument seines Lebens nicht in Monticello, sondern in Philadelphia. Im National Constitution Center lässt sich nicht nur der historische Ort besuchen, an dem einst die Unabhängigkeit erklärt wurde. Gegenüber der Independence Hall steht auch die Liberty Bell, die Freiheitsglocke, mit der die Gründung Amerikas 1776 eingeläutet wurde. Mit der Unabhängigkeitserklärung goss Jefferson in Philadelphia Lockes Philosophie erstmals in ein politisches Programm. Alle Menschen seien gleich geschaffen, von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet: dem Leben, der Freiheit und dem Streben nach Glück, schrieb Jefferson, um dann ei-

nen weiteren entscheidenden Punkt zu nennen: Zur Sicherung dieser Rechte werden Regierungen unter den Menschen eingerichtet. König George III. habe seine Macht missbraucht, schreibt Jefferson weiter. Unter anderem habe er „den uns zugehörigen Teil der See geplündert, unsere Küsten verheert, unsere Städte niedergebrannt und das Leben unserer Leute vernichtet“. Die Menschen hätten diese Übel lange erduldet. Aber nun sei es „ihr Recht, ja ihre Pflicht, solche Regierung abzuwerfen, und sich für ihre künftige Sicherheit neue Gewähren zu verschaffen“. Was für ein Staatsentwurf! Er braucht keinen Gott, keinen Kaiser, keine Stände. Er braucht nur Bürgerinnen und Bürger. Der Staat ist für die Menschen da, soll inneren und äußeren Frieden garantieren. Die Menschen leben nicht, um einem König zu dienen oder das Vaterland groß zu machen. Sie sollen nicht für eine politische Ideologie oder eine gesellschaftliche Klasse sterben. Vielmehr leben sie als Individuen, und der Staat soll ebendiese Individualität schützen. Deutschland stieß nach 1945 zu dieser demokratisch geprägten Wertegemeinschaft des Westens, die 1776 in Philadelphia ihren Anfang nahm. Die Bundesrepublik nahm letztlich Anleihe bei Jefferson. Deutschland setzte erstmals in seiner Geschichte das Individuum mit seinen Grundrechten an die oberste Stelle. Artikel 1 des Grundgesetzes erklärt es zur „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Bei seiner Rede zum 65. Geburtstag des Grundgesetzes im Bundestag erklärte der Schriftsteller Navid Kermani 2014 dazu, das Grundgesetz kehre mit seinem ersten Satz „die Prämisse der vorherigen deutschen Verfassungen ins Gegenteil um und erklärt den Staat statt zum Telos nunmehr zum Diener der

Menschen, und zwar grundsätzlich aller Menschen, der Menschlichkeit im emphatischen Sinn“.

Schon Goethe warnte vor »Gespenstergeschichten«

Das ist der Westen, seine Grundidee. Sicher, nicht immer wird diese gelebt. Die USA verteidigte sie zwar mit einem hohen Blutzoll nicht zuletzt im Krieg gegen Nazi-Deutschland. Aber sie führte auch höchst umstrittene Kriege. Jefferson hielt auf seiner beschaulichen Plantage in Monticello Hunderte von Sklaven. Erst in einem blutigsten Bürgerkrieg fand der grausame Menschenhandel ein Ende, und noch immer ist der Rassismus in den USA nicht völlig besiegt. „Amerikaner tun am Ende immer das Richtige, nachdem sie vorher alle anderen Möglichkeiten ausprobiert haben“, soll Winston Churchill gesagt haben. Das Streben nach Glück der vielen Einzelnen hat die USA zur größten

Wirtschaftsnation gemacht, bis heute zum Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt, nicht zuletzt für gut und hoch qualifizierte. Die US-Verfassung ist die Quelle des Westens, die Vereinigten Staaten bilden die Festung der liberalen Welt, seit nunmehr 248 Jahren. Goethe, Jeffersons deutscher Zeitgenosse, beschrieb die Vorteile der Neuen Welt so: „Hast keine verfallene Schlösser / Und keine Basalte, / Dich stört nicht im Innern, / Zu lebendiger Zeit, / Unnützes Erinnern / Und vergeblicher Streit.“ Heute erleben auch die USA Fake News, Populismus und politische Gewalt. Liberale republikanische Institutionen werden diskreditiert. Was schwante dem deutschen Dichtmeister, als er fortgehend die Amerikaner 1827 mahnte: „Benutzt die Gegenwart mit Glück! / Und wenn nun Eure Kinder dichten, / Bewahre sie ein gut Geschick / Vor Ritter-, Räuber- und Gespenstergeschichten.“

Stephan Balling |



Jeffersons Landgut in Virginia ist seit 1987 Weltkulturerbe.

© Thomas Jefferson Foundation at Monticello

Die Sicht eines langjährigen Korrespondenten auf die Vereinigten Staaten von Amerika

Von Cowboys, Sheriffs und Indianern

Der Journalist Hubert Wetzel hat ein sehr persönliches und liebevoll-kritisches Porträt der USA, ihrer Menschen und Probleme geschrieben



Amerikanischer Mythos: Noch schätzungsweise 600.000 bis eine Million Männer und Frauen verdienen sich in den USA ihren Lebensunterhalt als Cowboys. © picture alliance/Design Pics/Joel Sartore Photography

Ja, man darf „Indianer“ sagen. Hubert Wetzel, langjähriger USA-Korrespondent der „Financial Times Deutschland“ und der „Süddeutschen Zeitung“ hat sich die Erlaubnis bei einer maßgeblichen Instanz vor Ort eingeholt. Auf der Internetseite des National Museums of the American Indian, das auf der National Mall im Herzen Washingtons in Zusammenarbeit mit den indigenen Völkern der USA errichtet wurde, steht es zu lesen: Indianer, Amerikanischer Indianer, indigener Amerikaner, Indigener oder Ureinwohner – all diese Begriffe sind zulässig. Auch wenn es den betroffenen Menschen in der Regel am liebsten sei, als Angehörige ihres jeweiligen Volkes oder Stammes bezeichnet zu werden.

Bei einem Besuch in der Cheyenne-River-Reservation im Bundesstaat South Dakota musste Wetzel im Gespräch mit Remi Bald Eagle vom Volk

der Lakota-Sioux jedoch auch erkennen, dass sich die gelebten Realitäten mitunter erheblich komplizierter darstellen. Remi Bald Eagle, Sohn eines hochdekorierten Veteranen des Zweiten Weltkriegs und selbst ehemaliger Feldwebel der US-Armee mit Einsätzen in Afghanistan und im Irak hat zwar weder ein Problem mit Bezeichnungen wie Indianer oder Indigener, aber sehr wohl mit Bezeichnungen wie „American Native“ oder „American Indian“. Denn Amerikaner sind für Remi Bald Eagle jene Weißen, die sein Volk einst physisch und kulturell fast völlig ausgelöscht und in Reservationen eingesperrt hatten.

Dies ist nur eine von vielen spannenden Begegnungen mit Menschen in den Vereinigten Staaten, von denen Hubert Wetzel in seinem lesenswerten und persönlichen Buch über Amerika, das „Land der unbegrenzten Widersprüche“ erzählt. Und über

die Widersprüche und die Brüche, von denen die amerikanische Gesellschaft aktuell geprägt und belastet ist, kann er viele Geschichten erzählen.

Washington und New York sind nicht die Vereinigten Staaten

Als Korrespondent hat Wetzel das Land in zwei sehr unterschiedlichen und entscheidenden Phasen seiner jüngeren Geschichte erlebt: Zwischen 2003 und 2005 – die USA waren unter Präsident George W. Bush gerade in den Irak einmarschiert und die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt – und zwischen 2016 und 2022. Vier dieser sechs Jahre unter Präsident Donald Trump seien „dunkel und unerbitlich wie eine alttestamentarische Plage“ über das Land gekommen. Den Journalisten interessieren aber weniger die politischen Kämpfe

in Washington und Trumps Treiben im Weißen Haus, sondern das Leben und die Einstellungen der Durchschnittsamerikaner – vor allem abseits der großen Metropolen. Überhaupt, Washington sei nicht die USA, schon gar nicht jener linksliberal geprägte Vorort, in dem er mit seiner Familie lebte, und auch nicht New York. Er berichtet lieber von Kohlekumpeln in Kentucky, die über Wochen auf einem Bahngleis campieren und dieses blockieren, um die Auszahlung ihrer ausstehenden Löhne von einer pleitegegangenen Bergbaufirma zu erzwingen, oder von hartgesottene und hart arbeitenden Cowboys in Nevada, die Ärger mit der Staatsmacht wegen nicht bezahlter Weidegebühren haben und nicht davor zurückschrecken, gemeinsam mit rechtsgerichteten Milizionären eine kleine Rebellion anzustiften. Wetzel schreibt über Country-Sänger, Überlebende von Amokläufen und

jenen Ärzten, die die Opfer von Schießereien oder Drogenkonsum behandeln, Prediger und zutiefst gläubige Menschen, über Grenzpolizisten und illegale Einwanderer oder Veteranen des Zweiten Weltkriegs und all der anderen Kriege, die die USA seitdem geführt haben.

Themen wie Waffen, Drogen und Zuwanderung spalten die Nation

Wetzel gelingt es immer dann, ein besonders prägnantes Bild von den amerikanischen Realitäten zu vermitteln, wenn er Themen wie Drogen, Waffen oder Migration aus den unterschiedlichen Perspektiven seiner Gesprächspartner darstellt und dies mit seinen eigenen Beobachtungen und Überzeugungen abgleicht. Plumpes Amerika-Bashing ist nicht seine Sache. Im Gegenteil: Er verhehlt erst gar nicht, dass er sich Land und Leuten verbunden fühlt. Seine journalistische Distanz verliert er aber nicht. Sein Buch ist im besten Sinne lehrreich und hinterfragt manch gängige deutsche Klischee über die „Amis“. Und Wetzel zeigt, dass noch lange nicht alle Amerikaner die Fähigkeit verloren haben, sich über all die Gräben die Hand zu reichen. Wie etwa im Fall zweier Sheriffs in zwei benachbarten Countys in Colorado. Der eine ein Republikaner und Trump-Anhänger, der andere ein Demokrat. Der eine lehnt jegliche Einschränkungen des in der Verfassung gewährten Rechts, Waffen zu besitzen und zu tragen, rigoros ab und würde „lieber in sein eigenes Gefängnis“ gehen als solche Gesetze anzuwenden. Der andere ist ein vehementer Befürworter dieser sogenannten Red-Flag-Gesetze. Befreundet sind sie trotzdem.

Alexander Weinlein



Hubert Wetzel:

Amerika. Land der unbegrenzten Widersprüche.

Goldmann, München 2024; 256 S., 22,00 €

Anzeige

Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023



Gustav GUSTENAU | Florian HARTLEB [Hrsg.]
Antisemitismus auf dem Vormarsch
Neue ideologische Dynamiken
2024, 272 S., brosch., 64,- €
ISBN 978-3-7560-1858-1
E-Book 978-3-7489-4591-8

Der menschenverachtende Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023 auf israelische Zivilist:innen hat wie ein Katalysator für Judenhass gewirkt. Der Konflikt im Nahen und Mittleren Osten kann möglicherweise dauerhaft eskalieren. Dadurch wird der Antisemitismus auch in Europa stärker. Der Band zielt aus diesem Grund auf die neuen ideologischen Dynamiken, die sich in den neuen virtuellen Räumen intensivieren.



Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung
unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



KURZ REZENSiert

Ein kleines, feines Buch über eine der größten Errungenschaften der Menschheit

Die Hilferufe werden schriller, die Appelle dringlicher: So versuchen Menschenrechtsorganisationen auf die weltweit zunehmenden Verstöße gegen die Menschenrechte aufmerksam zu machen. Im April sprach Amnesty International von der größten Bedrohung „seit Jahrzehnten“. Immer mehr Kriege, immer mehr Kriegsverbrechen. Die Zahl der Menschen, die in Demokratien lebten, die rechtsstaatliche Prinzipien achteten, sei auf den Stand von 1985 gefallen. Und selbst in diesen Ländern, in den USA etwa, in Europa, in Deutschland, geraten Menschenrechte in Bedrängnis – durch Hassrede, Rassismus und Antisemitismus. Sind die Menschenrechte noch von Bedeutung? Ja, meint die Kölner Verfassungs- und Völkerrechtlerin Angelika Nußberger, die acht Jahre Richterin und Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg war. Die Menschenrechte seien der „Kitt der modernen Gesellschaften“. Sie hielten zusammen, was leicht aus-



Angelika Nußberger, Rotraut Susanne Berner:

Frei und gleich. Die Menschenrechte.

C.H. Beck, München 2024; 141 S., 24,00 €

einanderfallen könne. Trotz Rückschlägen: Die Menschenrechte seien eine der größten Errungenschaften der Menschheit, so Nußberger. Für alle, die nicht akzeptieren wollen, dass sie beschnitten oder gelehnt werden, hat sie ein kleines, feines Buch geschrieben. Darin erzählt die Rechtsprofessorin nicht nur die Geschichte der Menschenrechte, sondern erläutert auch anhand von wahren Gerichtsfällen, was Menschenwürde, Meinungsfreiheit, das Recht auf Leben und Gleichbehandlung oder der Schutz des Privatlebens und der Umwelt bedeuten – und warum

immer wieder neu über die Menschenrechte verhandelt werden muss. Darunter finden sich auch Fälle, in denen Gerichte unterschiedlicher Meinung waren: Ist der Ausschluss einer intergeschlechtlichen Läuferin von Sportwettbewerben Diskriminierung, Zwergerweitwurf ein Verstoß gegen die Menschenwürde? Und hat nicht auch ein Kind aus einer verbotenen Leihmutterchaft Rechte – und wir alle Anspruch auf Klimaschutz?

Die Menschenrechte seien ein Kompass, schreibt Nußberger. Doch der Kompass habe eine „schwankende Nadel“, die immer wieder neu justiert werden müsse. Das heißt: Über große Fragen wie Gleichberechtigung, Krieg und Frieden, Toleranz und Solidarität gilt es weiter nachzudenken – und zu streiten.

Das Buch, zu dem die Illustratorin und Kinderbuchautorin Rotraut Susanne Berner wunderbar pointierte Bilder beigesteuert hat, ist dazu eine Einladung, auch gerade an ein jüngeres Publikum. sas



6. Januar 2021: Trump-Anhänger sammeln sich vor dem Sturm auf das Kapitol in Washington. © picture-alliance/John Nacion/STAR MAX/IPX

Die Vereinigten Staaten seit 1950

Lincolns düstere Ahnung

Der Historiker Manfred Berg analysiert die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft. Der Einzug Trumps ins Weiße Haus sei kein Betriebsunfall gewesen.

„Eine Nation unter God – eine Nation unter Gott.“ Als am 6. Januar 2021 ein wütender Mob von Anhängern Donald Trumps das Kapitol in Washington D.C. gewaltsam stürmt, weil sie dessen Wahlniederlage ebenso wenig akzeptieren wollen wie der republikanische US-Präsident selbst, klingt diese Sentenz aus dem amerikanischen Treue-Eid wie Hohn. Die Bilder von der Erstürmung des amerikanischen Parlaments gleichen eher denen eines Bürgerkriegs.

160 Jahre zuvor hatte ein anderer republikanischer Präsident seine Landsleute noch eindringlich zur Geschlossenheit aufgerufen: „Wir sind keine Feinde, wir sind Freunde. Wir dürfen niemals zu Feinden werden“, betonte Abraham Lincoln bei seiner Amtseinführung am 4. März 1861. Einen Monat später begann der Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten, den Blauen und den Grauen.

Die Gefahr eines Bürgerkriegs wird in den USA ernsthaft diskutiert

Könnten sich die USA nach der Präsidentschaftswahl am 5. November erneut mit einer Situation wie der am 6. Januar 2021 konfrontiert sehen? Stehen sie gar vor einem zweiten Bürgerkrieg – diesmal zwischen den Blauen und den Roten, einem demokratisch und einem republikanisch gesinnten Landesteil? Der Historiker Manfred Berg – er lehrt amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg – hält dies zumindest nicht für ausgeschlossen. Im Fall eines knappen oder gar unklaren Wahlausgangs werde Trump jedenfalls „nicht zögern, erneut den militanten Kern seiner Anhänger zu mobilisieren“, ist sich Berg sicher und verweist auf Umfragen, nach denen vor allem jüngere Amerikaner einen Bürgerkrieg für immer wahrscheinlicher halten.

Im Zentrum seines analytisch glänzenden und spannend erzählten Buchs „Das gespaltene Haus“ steht allerdings primär die Frage, wie es überhaupt dazu kommen konnte,

dass in den USA die Möglichkeit eines Bürgerkriegs ernsthaft diskutiert wird. Um dies zu klären, blickt Berg zurück auf die vergangenen sieben Jahrzehnte und arbeitet die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Konfliktlinien seit den 1950er Jahren heraus.

Drei Phasen hat Berg ausgemacht, in denen die amerikanische Gesellschaft auseinander driftet. In einer ersten Phase in den 1960er und 1970er Jahren sieht er jenen „liberalen Konsens“, der die USA seit Präsident Franklin D. Roosevelt mit seinem New Deal geprägt habe, zerfallen. Der amerikanische Liberalismus, der eine starke Bundesregierung befürwortet, die im Interesse der arbeitenden Klassen die Wirtschaft reguliert sowie die Bürgerrechte fördert, habe in der ersten Hälfte der 1960er Jahre unter den demokratischen Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson mit der Bürgerrechtspolitik, der Aufhebung der Rassentrennung zwischen Schwarz und Weiß und der Reformagenda der „Great Society“ zwar einen Höhepunkt erreicht, aber auch die politische Landkarte auf den Kopf gestellt. Die weiße Wählerschaft im Süden der USA, einst eine Hochburg der Demokraten, kehrte der Partei in Massen den Rücken und wandte sich den Republikanern zu.

Im Zuge der Kulturrevolution der 60er Jahre und dem Erstarken der Black-Power-Bewegung sowie des daraus resultierenden weißen Backlashs sieht Berg die Konsensdemokratie weiter erodieren. Zudem sei das Vertrauen vieler Amerikaner in ihr politisches Führungspersonal in Folge des

Vietnamkriegs und der Watergate-Affäre von Präsident Richard Nixon erstmals massiv erschüttert worden.

Die Globalisierung und das Ende des Amerikanischen Traums

In der Globalisierung, die in den 1980er und 1990er Jahren an Fahrt gewinnt, erkennt Berg die zweite entscheidende Phase. Sie verhiess zwar einerseits ein Mehr an Wohlstand und individueller Freiheit, führte aber auch zur Deindustrialisierung ganzer Regionen im Nordosten und Mittleren Westen der USA. Das Versprechen des „American Dream“ vom sozialen Aufstieg erfüllt sich für viele nicht mehr, die Einkommensunterschiede werden größer. Zugleich sieht die weiße Bevölkerung ihre Hegemonie durch eine rasant zunehmende Einwanderung bedroht und die Tonlage in den Debatten über Geschlechterfragen, Abtreibung oder den Besitz von Waffen nimmt an Schärfe zu.

Den Beginn der dritten Phase setzt Berg mit dem Ende der Blütezeit des Neoliberalismus unter den Präsidenten Ronald Reagan und Bill Clinton an. Während der Präsidentschaften von George W. Bush und Barack Obama rückt die Republikanische Partei zunehmend nach rechts und gerät unter den Einfluss der Tea Party, weißer Nationalisten und religiöser Eiferer. Der Einzug Trumps ins Weiße Haus sei eben kein „Betriebsunfall in der amerikanischen Geschichte, sondern das Produkt einer jahrzehntelangen Polarisierung“ in Politik und Gesellschaft gewesen.

Die Frage, ob die Amerikaner diesen Prozess der Polarisierung noch einmal umkehren können, lässt Berg offen. Abraham Lincoln hatte bereits 1858 mit einem Zitat aus dem Markus-Evangelium prophezeit, dass ein Haus, das mit sich selbst uneins sei, nicht bestehen könne. Die Amerikaner, so gibt ihnen Berg mit auf den Weg, seien „gut beraten, sich auf die Mahnung ihres großen Präsidenten zu besinnen“.

Alexander Weinlein



Manfred Berg:
Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute.
C.H. Beck, München 2024; 544 S., 35,00 €

KURZ REZENSIERT

Kämpfe und Ansichten einer streitbaren Parlamentarierin

Sie war die wohl prominenteste Gegenspielerin von Donald Trump während dessen Präsidentschaft. Und es ist sicherlich kein Zufall, dass sich die demokratische Kongressabgeordnete und ehemalige Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, just in jenem Jahr, in dem Trump erneut an die Tür des Weißen Hauses klopft, mit einem Buch zu Wort meldet.

Als Trump am 4. Februar 2020 seine Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress hielt, da zerriss Pelosi auf dem Präsidium hinter Trump vor laufenden Kameras demonstrativ das ihr vorliegende Redemanuskript des Präsidenten. Am folgenden Tag scheiterte das erste von Pelosi eingeleitete Amtsenthebungsverfahren gegen Trump im republikanisch dominierten Senat. Ein Jahr später sollte auch das zweite von ihr initiierte Impeachment wegen Trumps unverhohlenen Aufruf zum Sturm auf das Kapitol scheitern.

Nun ist es mit Büchern von Politikern so eine Sache: Wo der Leser nach Einblicken hinter die Kulissen des politischen Apparats und kritischer Selbstreflexion sucht, findet er allzu oft eine Menge Politprosa und Eigenlob. Das ist auch bei Nancy Pelosi leider an etlichen Stellen nicht viel anders. Wobei sie durchaus Grund für Stolz hat. Als erste Frau auf dem im amerikanischen Verfassungsgefüge so wichtigen Posten des Sprechers des Repräsentantenhauses von 2007 bis 2011 und dann erneut von 2019 bis 2023 hat sie Geschichte geschrieben.

Vor allem vermittelt die Lektüre ihres Buches – es ist keine Autobiographie, sondern eher eine Auswahl ihrer politischen Kämpfe und Überzeugungen – ein recht gutes Bild des Menschen und der Politikerin Pelosi. Da ist die typische Amerikanerin, die fest in den Werten ihres Landes verwurzelt ist: Familie, Glaube, Patriotismus. Ergänzt wird dies durch jenen pathosgeschwängerten Exzeptionalismus, der den USA eine herausragende Rolle als Hort der Freiheit zuspricht. In Pelosis Ausführungen über ihr Eintreten für Menschenrechte in China und für die Eigenständigkeit Taiwans wird dies besonders deutlich. Und sie ist eine Vertreterin des schier unerschütterlichen Optimismus, der so viele Amerikaner auszeichnet.



Nancy Pelosi:
Woman of Power.
Goldmann, München 2024; 384 S., 24,00 €

Pelosis Buch zeigt aber auch jene überzeugte Parlamentarierin, die dem Kongress seit 1987 angehört. Zum Beispiel, wenn sie sämtlichen US-Präsidenten einen Hang zur Selbstüberschätzung attestiert. In der Belüftungsanlage des Weißen Hauses müsse wohl ein berauschender Stoff stecken. Auch Barack Obama sagt sie auf den Kopf zu, dass er seine Gesundheitsreform dem Kongress zu verdanken habe, der das Gesetz geschrieben habe. Von „Obamacare“ ist bei Pelosi nicht die Rede.

aw

KURZ REZENSIERT

Die Herrschaft der Minderheit in einer multiethnischen Demokratie

Die USA rühmen sich der ältesten modernen Demokratie. Dennoch haben die amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt erhebliche Zweifel an der demokratischen Verfasstheit der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Autorenduo definiert Demokratie in einer multiethnischen Gesellschaft wie den USA wie folgt: „Sie ist ein politisches System mit regulären, freien und fairen Wahlen, in denen erwachsene Staatsbürger aller ethnischen Gruppen sowohl das Wahlrecht als auch grundlegende bürgerliche Freiheiten besitzen.“ Sei dies nicht gegeben, so drohe „Die Tyrannei der Minderheit“, wie der Titel ihres pointierten und durchaus scharfzüngigen Buches lautet.

Eine solche Herrschaft der Minderheit attestieren die Autoren den USA. So sei beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, dass Afroamerikanern und Latinos fälschlicherweise mitgeteilt wird, ihre Namen stünden nicht in der Wählerliste, zweimal so hoch wie bei Weißen. Auch von den Gesetzen, die Vorbestraften das Wahlrecht entziehen, seien Afroamerikaner unverhältnismäßig oft betroffen.

Vor allem aber verweisen Levitsky und Ziblatt auf die verfassungsrechtlichen Besonderheiten des Wahlrechts. So hätten von dem Umstand, dass der Präsident eben nicht direkt vom Volk, sondern von den in den Bundesstaaten nach dem Prinzip „Der Gewinner bekommt alles“ gewählten Wahlmännern gewählt wird, bislang nur Republikaner profitiert. So zuletzt bei der Wahl von Donald Trump im Jahr 2016.



Steven Levitsky, Daniel Ziblatt:
Die Tyrannei der Minderheit.
DVA, München 2024; 353 S., 26,00 €

Auch die Zusammensetzung des Senats sehen die Autoren als höchst problematisch an. Der Umstand, dass alle Bundesstaaten unabhängig von ihrer Bevölkerungsgröße mit zwei Senatoren vertreten sind, führe dazu, dass dünn besiedelte Staaten mit zusammen weniger als 20 Prozent der US-Bevölkerung eine Senatsmehrheit bilden können. Auch hier, so weisen Levitsky und Ziblatt nach, profitierten bislang die Republikaner. In der Folge können zudem auch die Richter am Obersten Gerichtshof von einem Präsidenten nominiert und vom Senat bestätigt werden, die beide nicht die Mehrheit der Amerikaner vertreten. Dies sei aktuell bei drei der Obersten Richter der Fall. Und auch hier seien erneut die Republikaner die Profiteure.

Nun wissen Levitsky und Ziblatt natürlich, dass sie den Republikanern die mehr als 200 Jahre alte Verfassung nicht zum Vorwurf machen können. Mit einiger Berechtigung halten sie ihnen aber entgegen, sich von einem grundlegenden demokratischen Prinzip verabschiedet zu haben: die Anerkennung einer Wahlniederlage und die friedliche Übergabe der Macht.

aw

ORTSTERMIN: PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IM GROßSTADTDSCHUNDEL

Chamäleonartiger Wahlkampf im Big Apple

In den Straßen New Yorks, einer Hochburg der Demokraten, ist der Wahlkampf wenig präsent – ein Streifzug durch die Weltstadt

Nur noch wenige Tage, bis in den USA entschieden wird, wer der neue Präsident oder die neue Präsidentin wird – ein Republikaner oder eine Demokratin? Als sicher gilt, dass die demokratische Kandidatin Kamala Harris die Electoral Votes aus New York gewinnen wird. Denn: Die Oststaatenmetropole, immerhin Geburtsort von Donald Trump, gilt als Demokraten-Hochburg. Bei so viel Zustimmung für die Demokratische Partei stellt sich die Frage: Wird in New York City überhaupt noch für die Wahl geworben?

Natürlich gibt es große Kundgebungen. Trump spricht eine Woche vor der Wahl im Madison Square Garden zu seinen Anhängern. In den Straßen ist der Wahlkampf aber weniger präsent. Wer genau hinschaut, findet sie aber, die kleinen Botschaften, Hinweise und Aufforderungen zur Präsidentschaftswahl 2024. Sie sind nicht laut, bunt und omnipräsent. Eher subtil, diskret. Chamäleonartig fügen sie sich ein in ein sich permanent wechselndes Stadtbild. „Taking Action, Taking A Stand – Vote Democracy“, heißt es beispielsweise auf einem Sticker an einer Straßenlaterne in Soho, einem ehemals linken Künstlerviertel in Manhattan.

Queere Zeitung warnt vor Trump-Präsidentschaft

Ursprünglich bekannt als Brutstätte für talentierte Künstler und Designer, hat sich Soho (kurz für: South of Houston Street) in den letzten Jahren zu einem hochpreisigen Einkaufsviertel entwickelt. Doch trotz explodierender Wohn- und Galeriepreise ist Soho noch immer ein vi-



Entspannter Wahlkampf für Harris-Unterstützer: New York ist eine Hochburg der Demokraten.

©picture alliance / Sipa USA | Richard B. Levine

brierendes, schillerndes Stadtviertel – auch dank seiner queeren Nachbarschaft.

Es scheint also kein Zufall zu sein, dass in Soho für die Demokratische Partei geworben wird, schließlich gilt der republikanische Kandidat Donald Trump als queerfeindlich. Darüber informiert auch die kostenlose Lokalzeitung „Gay City News“, die vielerorts in Soho ausliegt und analysiert, was eine Rückkehr Trumps für die LGBTQ-Rechte bedeuten würde. Spoiler: Nichts Gutes.

Verlässt man die Lower East Side in Richtung Midtown, wird es schwieriger, Hinweise auf die bevorstehende Wahl zu finden. Wahlplakate sucht man vergeblich, und auch sonstige parteipolitische Werbung existiert nicht. Kaum zu übersehen ist dafür ein gigantisch großes Banner am Eingang der Public Library. Mit seinem weißen Schriftzug „vote“ schreit es dem Betrachter fast schon entgegen, wählen zu gehen. Wie das geht, erklären einem die unzähligen Informationsmaterialien

in der Eingangshalle der Bibliothek, übersetzt in neun verschiedene Sprachen.

Weiter geht es mit dem meistgenutzten New Yorker Fortbewegungsmittel, der Subway. Der Express-Zug Richtung Uptown kommt quietschend zum Stehen. Die Türen öffnen sich und geben freie Sicht auf den plakatierten Zug. Zwischen Werbung für Anwaltskanzleien, dem neuen iPhone und Online-Dating-Plattformen finden sich vereinzelt Wahlplakate. Doch auch hier: Maxi-

male Parteineutralität, lediglich zur Wahl wird aufgerufen.

Nicht einmal eine halbe Stunde dauert die Fahrt nach Harlem, in ein Stadtviertel, das für viele noch immer nach Gospel und Jazz klingt. Die Zeiten, in denen Harlem als sozialer Brennpunkt galt, sind vorbei – das Viertel der wohl bekanntesten Black Community der Welt lebt seit einigen Jahren wieder auf. Doch auch wenn sich das Stadtbild verändert hat, so ist das Wahlverhalten der Bewohner unverändert. Seit Jahrzehnten wird in Harlem die Demokratische Partei gewählt, bei der letzten Präsidentschaftswahl mit rund 85 Prozent. Zwar gibt es auch hier keine Wahlplakate, doch wer länger sucht, findet bei dem ein oder anderen Straßenhändler wahlweise ein Poster, eine Tasse oder eine Cap mit dem Konterfei von Kamala Harris – dargestellt als schwarzer Popstar.

In der Bronx fällt die Wahlbeteiligung gering aus

Dann geht es in das nördlichste Borough der Stadt, in die Bronx. In den 1970ern war sie Sinnbild städtischen Verfalls und zugleich Geburtsort des Hip-Hops. Bis heute sind Teile bitterarm und die Kriminalitätsrate im Vergleich zu den anderen Stadtteilen noch immer hoch. Gering hingegen ist die Wahlbeteiligung; bei der letzten Präsidentschaftswahl 2020 haben in der Bronx nur knapp mehr als die Hälfte (56,5 Prozent) der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben; und dennoch verhält es sich hier wie in ganz New York City: Man muss sie nur suchen, die versteckten Hinweise auf die bevorstehende Wahl. Marejke Tammen

VOR 55 JAHREN

»Azur« auf galaktischer Mission

8.11.1969: Erster deutscher Satellit im All Im Oktober 1957 schoss die Sowjetunion mit „Sputnik 1“ den ersten Satelliten ins All. Mit dem sogenannten „Sputnik-Schock“ begann im Kalten Krieg endgültig der Wettlauf um die Eroberung des Weltraums. Bis die Bundesrepublik hier auf den Plan trat, sollten jedoch noch zwölf Jahre vergehen: Am 8. November 1969, genau um 2:52 Uhr Mitteleuropäischer Zeit, wurde der erste deutsche Forschungssatellit in die Erdumlaufbahn gebracht und Deutschland damit zur Weltraumnation. Damals hatten neben den USA und der UdSSR nur Großbritannien, Italien, Frankreich, Kanada, Japan und Australien eigene Satelliten im All.

Dabei hätte der wegen seiner bläulich schimmernden Solarpaneele „Azur“ getaufte Satellit schon einen Tag früher seine Reise auf einer US-Rakete antreten sollen. Doch ein Kabelbrand führte dazu, dass der Start von der Vandenberg Air Force Base in Kalifornien um 24 Stunden verschoben werden musste. Im eigens eingerichteten Deutschen Raumfahrtkontrollzentrum im bayerischen Oberpfaffenhofen, wo Presse und Ehrengäste zu Vorträgen und Buffets geladen waren, gab es entsprechend lange Gesichter. Auch nach dem Start lief nicht gleich alles glatt: Eine NASA-Bodenstation in Alaska konnte nicht wie geplant den ersten Kontakt zu „Azur“ aufbauen, auch der nächsten Station in England gelang es nicht, die Datenübertragung zu starten. Erst die Zentralstation des Deutschen Bodensystems in Weilheim hatte Erfolg.

Die Enttäuschung war damit schnell verflogen. Den Jubel ihrer amerikanischen Kollegen, als die ersten Rohdaten aus Oberbayern in die USA per Fernschreiber übermittelt worden waren, konnten die Deutschen über ihre Kopfhörer hören. „Rund um Azur herrschte eine unglaublich enthusiastische Stimmung. Es war ein Abenteuer, das wir alle zum Erfolg bringen wollten – und wir haben es geschafft. Wir konnten zeigen, dass auch Deutschland zu einer Satellitenmission fähig ist“, zitiert das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) den damaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter Dieter Sundermann.

„Azur“ sollte unter anderem die kosmische Strahlung, den Sonnenwind und die Polarlichter untersuchen. Doch die „Azur“-Mission war auch eine politische. Fünf Jahre vor dem Start hatte Bundeswissenschaftsminister Hans Lenz (FDP) der NASA eine Zusammenarbeit in der Weltraumforschung vorgeschlagen. Die Bundesrepublik wollte ihre technischen Fähigkeiten ausbauen, um sich langfristig auch an internationalen Weltraumvorhaben beteiligen zu können. „Azur“ be-



„Azur“ war der erste deutsche Satellit im All.

© picture-alliance/dpa

zeichnet das DLR als „Grundstein für eine bis heute anhaltende Zusammenarbeit zwischen der deutschen und amerikanischen Weltraumforschung“. So hätten die USA „die Zuverlässigkeit der bundesdeutschen Industrie und die wissenschaftliche Exzellenz der deutschen Forschungslandschaft“ geschätzt.

Eigentlich sollte „Azur“ ein Jahr die Erde umkreisen. Doch nach rund acht Monaten, am 29. Juni 1970, brach der Kontakt zu dem 72-Kilo-schweren Erdtrabant aus ungeklärten Gründen ab, der nun als Weltraumschrott seine Bahnen zieht. Als Erfolg wurde die Mission dennoch gewertet. „Sputnik 1“ war übrigens schon 92 Tage nach seinem Start in tiefere Schichten der Erdatmosphäre eingetreten – und verglüht. Benjamin Stahl

AUSBLICK

Nächste Woche im Plenum

Die Opfer der „Euthanasie“-Programme und die Aufarbeitung von Zwangssterilisationen während der NS-Herrschaft stehen in der kommenden Sitzungswoche am Donnerstag im Mittelpunkt der parlamentarischen Beratungen. Die Abgeordneten wollen abschließend über einen Antrag (20/11945), den die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion eingebracht hatten, beraten.

Aktuell sind für Donnerstag zwei weitere Kernzeitdebatten vorgesehen. Die Union will über die Handelspolitik debattieren. Dazu ist die abschließende Beratung eines Entwurfes für ein Handelsoffensivegesetz (20/11614) sowie eines Antrags zur „Exportation Deutschland“ (20/9136) aufgesetzt. Im Anschluss geht es um einen Antrag der AfD-Fraktion zur Migrationspolitik. Der noch nicht vorliegende Antrag firmiert unter dem Titel „Migrationswende hinsichtlich Syrien einleiten“. Am Freitag steht bislang eine Kernzeitdebatte an. Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu einen Antrag zu „35 Jahre Mauerfall“ angekündigt, der noch nicht vorliegt.

Stand 29.10.: Die Tagesordnung kann sich noch erheblich ändern.



© Deutscher Bundestag / Tobias Koch

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 04. – 08.11.2024

**Wehrhafte Demokratie (Do),
Nichtinvasiven Pränataltests (Fr)**

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

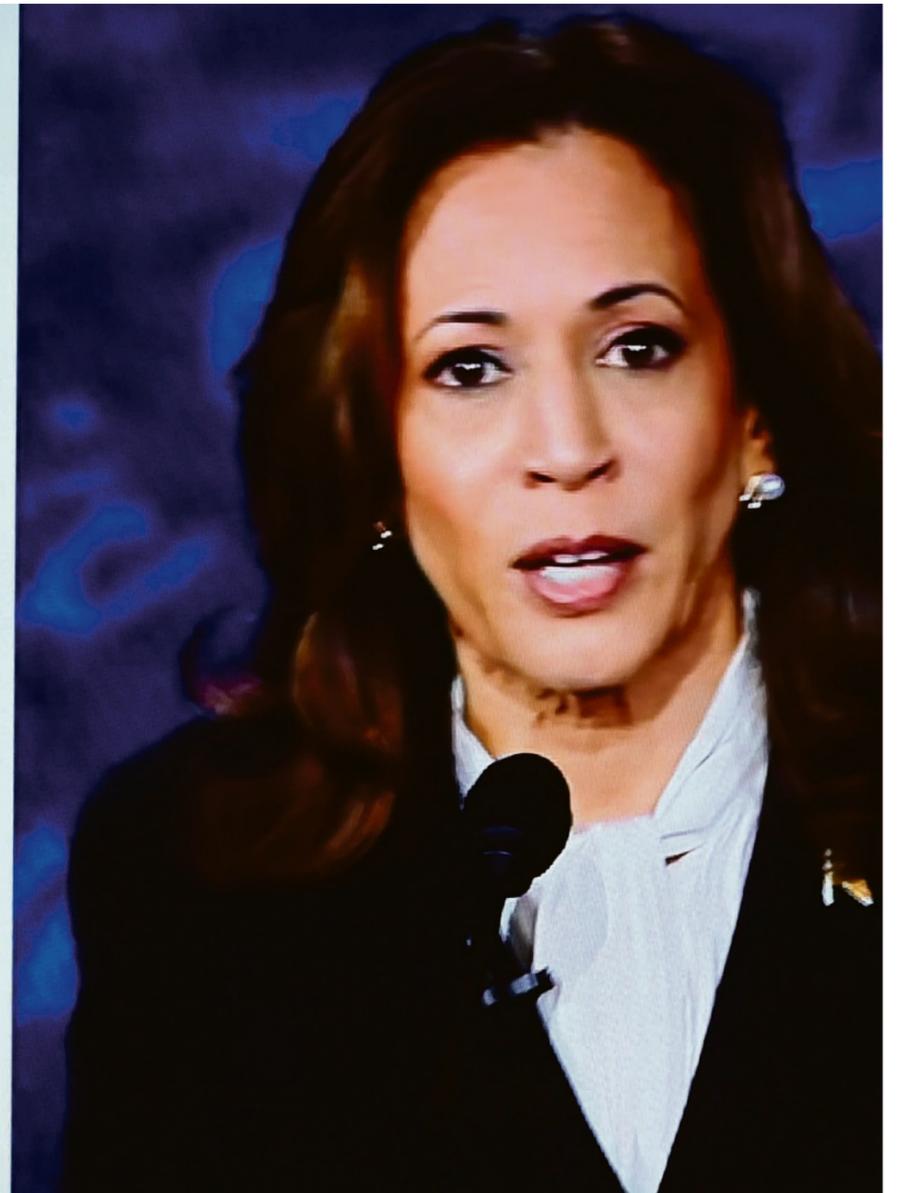
**www.bundestag.de/mediathek:
Alle Debatten zum Nachsehen
und Nachlesen.**



leicht
erklärt!

Die Wahl in den USA

Neue Führung für das große Land



Worum geht es?



Nächste Woche gibt es in den USA Wahlen.

Die USA ist eines der größten und einflussreichsten Länder der Welt.

Es liegt auf diesem Kontinent:
Nordamerika

Zwischen Europa und Nordamerika liegt
ein großes Meer.

Das heißt Atlantik.

Gewählt wird in den USA auch ein neuer
Präsident oder eine neue Präsidentin.

Das ist der Chef von der Regierung des
Landes.

So ähnlich wie in Deutschland der
Bundeskanzler.

Der heißt im Moment so:
Olaf Scholz.



In diesem Text werden folgende Fragen
beantwortet:

Warum ist die Wahl in den USA so
wichtig?

Was ist bei der Wahl anders als bei Wahlen
in Deutschland?

Wer kann neuer Präsident oder neue
Präsidentin werden?

Worum geht es bei der Wahl noch?

Warum ist die Wahl in den USA so wichtig?

Die USA ist eines der einflussreichsten Länder auf der Welt.



Das sind die Gründe dafür:

- In den USA wohnen sehr viele Menschen.
- Das Land ist sehr groß.
- Die Firmen in den USA sind auf der Welt sehr erfolgreich.
- Die USA ist für die Welt-Politik und den Welt-Frieden sehr wichtig.

Wenn der Präsident in den USA eine Entscheidung trifft, ist das also oft wichtig für die ganze Welt.

Was ist bei der Wahl in den USA anders als in Deutschland?

In Deutschland wählen die Bürger den Bundes-Kanzler nicht selbst.

Gewählt werden vor allem Parteien.



Diese Parteien schicken dann Politiker in den Bundes-Tag.

Und diese Politiker wählen dann den Bundes-Kanzler.

In den USA funktioniert das anders.

Die Bürger können darüber abstimmen:

Wer soll neuer Präsident werden?

Anders als in Deutschland müssen sich die Wähler vorher zur Wahl anmelden.

Am Ende werden nicht einfach alle Stimmen zusammengezählt.

Das Ergebnis wird auf eine besondere Art bestimmt.

Und das geht so:

Die ganze USA ist in 50 Bundes-Staaten eingeteilt.

Das ist so ähnlich wie die Bundes-Länder in Deutschland.



In jedem Bundes-Staat wird von den Bürgern abgestimmt, die sich zur Wahl angemeldet haben.

Am Ende hat ein Kandidat die meisten Stimmen.

Für diesen Kandidaten stimmt dann der ganze Bundes-Staat.

Dabei ist es ganz egal, ob der Sieger am Ende nur eine oder ganz viele Stimmen Vorsprung hat.

Jeder Bundes-Staat hat dann eine bestimmte Anzahl an Stimmen.

Das entscheidet, wie viele Stimmen ein Bundes-Staat hat:

Wie viele Menschen leben dort?

Manche Bundes-Staaten haben nur 3 Wahl-Leute.

Der Bundes-Staat mit den meisten Wahl-Leuten ist Kali-Fornien.

Hier gibt es 54 Wahl-Leute.



Die Wahl-Leute geben dann ihre Stimmen ab.

Diese Aufgabe ist eine große Ehre.

Die Wahl-Leute müssen sich dabei aber an das Ergebnis im Bundes-Staat halten.

Sie müssen den Kandidaten wählen, der die meisten Stimmen im Bundes-Staat bekommen hat.

Gesamt gibt es 538 Wahl-Leute.

Sie wählen am Ende den neuen Präsidenten.

Wer mindestens 270 Stimmen von Wahl-Leuten hat, der hat die Wahl gewonnen.



Wer kann neuer Präsident oder Präsidentin werden?

Echte Chancen auf den Wahl-Sieg haben nur zwei Personen:

- Donald Trump

(das spricht man etwa so: Donneld Trammpp)

- Kamala Harris

(das spricht man etwa so: Kommala Härris)



Wer ist Donald Trump?

Donald Trump war schon einmal Präsident von den USA.

Das war vor dem aktuellen Präsidenten Joe Biden.

Das spricht man etwa so: Tscho Beiden



Donald Trump ist 78 Jahre alt.

Die Partei von Donald Trump nennt man so:
Republikaner.

Früher hatte Donald Trump diese Berufe:
Bau-Unternehmer und Fernseh-Star.

Wer ist Kamala Harris?

Kamala Harris ist derzeit die Vertretung
vom Präsidenten.



Die Partei von Kamala Harris nennt man so:
Demokraten

Sie ist 60 Jahre alt.

Ihre Eltern kommen aus diesen Ländern:
Indien und Jamaika.

Jamaika ist ein Land auf einer Insel
zwischen Nord- und Süd-Amerika.

Früher war das ihr Beruf:
Anwältin.

Was ist mit Joe Biden?

Auch der aktuelle Präsident Joe Biden
gehört zu den Demokraten.

Eigentlich sollte er auch dieses Mal zur
Wahl stehen.



Doch vor ein paar Wochen hat er gesagt:
Ich will doch nicht noch einmal Präsident
werden.

Das ist der Grund:

Er ist schon 81 Jahre alt.

Seine Vertreterin ist viel jünger.

Deshalb soll sie versuchen, neue
Präsidentin zu werden.

Worum geht es bei der Wahl noch?

In den USA wird nächste Woche nicht nur
ein neuer Präsident gewählt.



Es wird auch ein neues Parlament
gewählt.

Das funktioniert so ähnlich wie der
Bundes-Tag in Deutschland.

Der Präsident wird nur alle 4 Jahre neu
gewählt.

Das Parlament in den USA wird aber alle 2
Jahre neu gewählt.

Einmal bei der Präsidenten-Wahl.

Und einmal in der Mitte von den 4 Jahren.

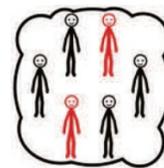
Außerdem gibt es in den USA noch einen
Senat.

Das ist eine Gruppe von Politikern, die
Entscheidungen trifft.

Der Senat funktioniert so ähnlich wie der
Bundes-Rat in Deutschland.

Auch für den Senat wird nächste Woche
abgestimmt.

Es wird aber nicht der ganze Senat neu
gewählt.



Nur 34 von 100 Senat-Mitgliedern werden
dieses Mal gewählt.

Doch auch das kann sehr wichtig sein.

Das ist der Grund dafür:

Wer mehr als 50 Stimmen im Senat hat,
kann wichtige Entscheidungen treffen.

Deshalb versucht die Partei vom
Präsidenten das:

Die meisten Stimmen im Parlament und
im Senat haben.

Denn nur dann kann der Präsident leicht
Entscheidungen treffen.

Parlament und Senat bestimmen nämlich
immer mit.

Was ist in den letzten Wochen passiert?

Die letzten Wochen vor der Wahl sind sehr
wichtig, um Stimmen zu gewinnen.

Man nennt diese Zeit auch so:

Wahl-Kampf.

Dabei machen die Bewerber Werbung für
sich.

Das heißt:

Sie wollen die Wähler von sich überzeugen.

Sie wollen ihnen zeigen:

Ich wäre der beste Präsident.

Und sie wollen, dass möglichst viele
Wähler für sie abstimmen.

Das machen sie auf verschiedene Arten.

Zum Beispiel:

- Sie sagen, was sie nach der Wahl alles für die Menschen machen wollen.
- Sie sagen, warum sie ein guter Präsident wären.
- Sie sagen, dass andere Bewerber nicht so gut wären.



Was ist im Wahl-Kampf Besonderes passiert?



Besonders waren vor allem zwei Dinge:

1. Joe Biden will nicht mehr antreten

Eigentlich wollte der aktuelle Präsident noch einmal zur Wahl antreten.

Doch dann haben immer mehr Menschen zu ihm das gesagt:

Du bist zu alt für diese Aufgabe.

Deshalb hat er irgendwann entschieden:

Kamala Harris soll versuchen, die neue Präsidentin zu werden.

2. Schüsse auf Donald Trump

Bei einem Wahl-Kampf-Termin ist das passiert:



Ein Mann hat auf Donald Trump geschossen.

Er wurde dabei am Ohr getroffen und hat geblutet.

Die Beschützer von Donald Trump haben den Angreifer getötet.

Seitdem wurde Donald Trump noch viel besser bewacht.

Kurz zusammengefasst

Nächste Woche wird in den USA gewählt.

Und zwar das:

1. Ein neuer Präsident

Das ist so ähnlich wie der Bundes-Kanzler in Deutschland.

2. Ein neues Parlament

Das ist so ähnlich wie der Bundes-Tag in Deutschland.

3. Teile vom Senat

Das ist so ähnlich wie der Bundes-Rat in Deutschland.

Die ganze Welt schaut gespannt zu, wer

die Wahl gewinnen wird.

Das ist der Grund dafür:

Die USA ist für die ganze Welt sehr wichtig.

Was die Regierung von den USA entscheidet, kann also auch viele Dinge in anderen Ländern verändern.

Die wichtigste Person dabei ist der Präsident.

Deshalb wird auf der ganzen Welt viel über die beiden Menschen berichtet, von denen einer neuer Präsident wird.

Das sind:

Kamala Harris und Donald Trump.

In den letzten Wochen haben die beiden und ihre Teams das gemacht:

Den Menschen sagen, dass sie ihre Stimme für sie abgeben sollen.



Dabei sind besondere Dinge passiert.

Jemand hat versucht, Donald Trump zu töten.

Und Kamala Harris sollte eigentlich erst gar nicht zur Wahl stehen.

Doch der aktuelle Präsident hat irgendwann entschieden:

Ich bin zu alt für diese Aufgabe.

Ich stehe nicht mehr zur Wahl.

Also hat seine Vertreterin diese Aufgabe von ihm übernommen.

Wenn sie gewinnt, wäre sie die erste Frau, die Präsidentin von den USA wird.

Donald Trump war früher schon einmal Präsident.

Es wird aber wohl sehr knapp, wer von beiden am Ende wirklich die Wahl gewinnt.

Die ganze Welt schaut dabei gespannt zu.



Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / Anadolu / Tayfun Coskun. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 497/2024

Die nächste Ausgabe erscheint am 9. November 2024.